

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Belegungs-
 Verzeichnisse für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das
 übrige Ausland 6 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgezeigte Kolonne
 je Zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 15. Januar 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 6121.

Englische Preisverhältnisse.

London, den 10. Januar.

Ein Personalwechsel in der Londoner Journalistik wirft ein interessantes Licht auf die Entwicklung der Preisverhältnisse in England.

Die „Daily News“, das lange Zeit meist gelesene und angesehenste Blatt des englischen Liberalismus, ist in andre Hände übergegangen, oder richtiger, von den Anteilsheltern der Aktiengesellschaft, der das Blatt gehört, ist die größte Partie in andre Hände übergegangen. Die Herren Arnold Morley und Henry Oppenheim, die weit über die Hälfte der Anteile eigneten, haben ihren Besitz einem Konsortium verkauft, das aus den Herren George Cadbury, R. Lehmann und Mr. Leon besteht. Die Erstgenannten sind liberale Imperialisten — Mr. Arnold Morley steht in keinem verwandtschaftlichen Verhältnis zu dem Alt-Radikalen John Morley. Er ist der Sohn des reichen Nonconformisten-Häuptlings Samuel Morley und war, nachdem er längere Zeit Einseitiger der liberalen Partei gewesen, im letzten Gladstoneschen Ministerium General-Postmeister. Die neuen Inhaber, Mr. Cadbury und seine Freunde, sind radikale Anti-Imperialisten, Mr. Cadbury ist der Haupt-Inhaber einer der größten Kakaos- und Schokoladen-Fabriken Englands und gehört, wie heiläufig seine beiden größten Konkurrenten in England, Rowntree und Fry, der Sekte der Quäker an. Mr. Lehmann gehört einer aus Hamburg stammenden Malerfamilie an und ist ständiger Mitarbeiter des Witzblattes „Punch“. Mit dem Uebergang der Besitztitel ist auch eine Schwelung in der Haltung des Blatts verbunden. Bisher vertrat es in der Südafrika-Frage im wesentlichen die Politik der Regierung, von nun ab wird es sie bekämpfen und den Voeren-awäkten seine Unterstützung ziehen. Der Posten des Chefredakteurs geht von Mr. Ed. T. Cool, der ihn bisher inne hatte, an Mr. Rud. Lehmann über, der des Redakteurs der Parlamentsrubrik von Mr. Luch an Mr. Maffingham, den einstigen Redakteur des „Daily Chronicle“, und der des zweiten Redakteurs an Mr. Harold Spender, ebenfalls seiner Zeit Redakteur am „Chronicle“.

Soweit ist an der Sache nichts Außergewöhnliches. Wie die Herren Maffingham und Spender vor nunmehr als Jahresfrist wegen ihrer Bekämpfung der Chamberlain-Milnerischen Politik aus dem „Daily Chronicle“ ausgeschieden hatten, weil die Eigentümer des Blatts, die Gebrüder Lloyd, es für unpatriotisch hielten, jener Politik zu opponieren, so muß Mr. Ed. Cool jetzt seinen Platz räumen, weil die neuen Hauptaktionäre der „Daily News“ durch Parteinarbeit für die Voeren in der Sache des Friedens in Südafrika am wirksamsten zu fördern glauben. Es ist das Eigentumsrecht, das materielle Interesse oder je nachdem die Ideologie der betreffenden Kapitalinhaber, welche in letzter Instanz die Haltung der Zeitungen bestimmen. Auch für Mr. Cool ist die Erfahrung nicht neu. Er war Chefredakteur der „Ball Ball Gazette“, als dies bis dahin liberale Blatt von dem amerikanischen Millionär Astor angekauft und in ein konservatives Organ umgewandelt wurde, und hatte, da er die Wandlung nicht mitmachen wollte, seinen Posten zu verlassen. Mit ihm schied damals u. a. auch der obengenannte Harold Spender aus der „Ball Ball Gazette“ aus.

Was den Fall für die neueren Entwicklungen charakteristisch macht, sind die Umstände des Besitzwechsels in der „Daily News“. Die Herren Morley und Oppenheim haben ihre Anteile verkauft, weil sie den Rückgang der Erträge nicht länger mit ansehen konnten oder mochten. Ehedem war „Daily News“ für die Eigentümer eine Goldgrube. Noch vor acht bis neun Jahren erzielte Mr. Labouchere, als er seinen Anteil an das Blatt verkaufte, dafür die häßliche Summe von 90 000 Pfd. Stl. — nahezu zwei Millionen Mark. Damals machte das Blatt glänzende Ueberschüsse — sie sollen sich bis auf 40 000 Pfd. Stl. und darüber belaufen haben. Heute deckt es schwerlich seine Kosten, seine Auflage ist in rascher Progression gefallen, während der Krieg wahrscheinlich seine Ausgaben sehr gesteigert hat.

Die Alt-Radikalen sind schnell bei der Hand, für den Rückgang des Blatts seine Haltung in der Voerenfrage verantwortlich zu machen. Aber die guten Leute haben ein kurzes Gedächtnis. Als die Herren Lloyd vom „Daily Chronicle“ Ende 1899 ihren Redaktionswechsel eintreten ließen, hieß es umgekehrt: die bis dahin boerenfreundliche Haltung jenes Blatts habe einen so starken Abwärtensschwung zur Folge gehabt, daß das Finanzinteresse der Besitzer den Frontwechsel diktierte. Die eine Lesart widerspricht der andern. Thatsächlich ist denn auch die Haltung der „Daily News“ an ihrem Rückgang sehr unschuldig. Das Blatt weicht nicht der Konkurrenz von Gegnern seiner Stellung zur Südafrika-Frage, es wird erdrückt durch billigere, die Sensation stärker kultivierende, einen neuen Prestigepuls repräsentierende Blätter. Von den Abnehmern, die es verloren, sind fünf Sechstel, wenn nicht mehr, an „Daily Mail“ und „Daily Express“ übergegangen, das erstere liberal-, das letztere unionistisch-imperialistisch. Beides Halbpfennig-Blätter mit enormen Auflagen.

Die ersten Versuche, Morgenblätter in London zu einem Halbpfennig (4/6 Pf.) pro Nummer herauszugeben, wurden Anfang der neunziger Jahre gemacht, waren aber damals nicht sonderlich erfolgreich. Die Blätter blieben in Ausfaltung und Redaktion so weit hinter den großen Penny-Blättern zurück, daß sie diesen wenig Boden abgewinnen konnten und demgemäß ein recht prekaries Dasein führten. Anders als vor bald fünf Jahren Gebrüder Harmsworth mit der „Daily Mail“ auf die Bühne traten. Hier wurde dem Publikum für einen Halbpfennig ein Blatt geboten, das in der „Mache“ den großen Blättern nichts nachgab, in der Fülle der Nachrichten sie nahezu erreichte, sie an Uebersichtlichkeit übertraf, und in der Behandlung des Stoffes dem Geschmack und Bedürfnis der Masse der Leser die größten Zugeständnisse machte

Das war ein Blatt, das der Geschäftsmann, der Angestellte im Eisenbahnwagen bequem lesen konnte, wenn er morgens in die City fuhr. Kein langer Leitartikel, der ein aufmerksames Lesen erforderte, keine allzu ausführlichen Berichte: alles vielmehr nach dem Princip der „Tit Bits“ — der kurzen Bissen — zubereitet, pikant und leicht verdaulich. Der Erfolg war kolossal. In kurzer Zeit hatte „Daily Mail“ die Auflage der großen Blätter erreicht, heute dürfte das Blatt von allen täglichen Blättern Englands die größte Verbreitung haben. Zu Anfang des Kriegs stieg sie auf eine Million. Seitdem ist der radikale „Morning Leader“, eines der ersten Halbpfennig-Blätter, nach dem gleichen Muster eingerichtet worden, und von den Gebrüdern Pearson, zwei Journalisten, die es durch geschickte Gründungen von Unterhaltungsblättern zu großem Vermögen gebracht haben, der „Daily Express“, gegründet worden, das womöglich noch mehr dem Geschmack der Masse entspricht, wie die vorerwähnten Blätter, sie jedenfalls an Strapazierbarkeit im Aufsätzlichen und an Fingigkeit im Auffischen von Sensationsnachrichten noch etwas übertrifft.

Uebersieht man morgens die Auflage der Zeitungshändler, dann sieht man sofort, wie sehr diese Halbpfennig-Blätter die Penny-Blätter zurückgedrängt haben. Es ist daher meines Erachtens auch sehr fraglich, ob eine Frontveränderung irgend welcher Art genügen würde, der „Daily News“ die frühere Position zurückzuerobieren. Die größere Wahrscheinlichkeit liegt auf der andern Seite. Die Tage der radikal-demokratischen Penny-Morgenblätter scheinen mir gezählt. Das bedeutet aber eine Steigerung des kapitalistischen Charakters der Zeitungsunternehmungen. Es werden immer größere Mittel erfordert, ein Blatt ins Leben zu rufen und über Wasser zu halten. Gäbe es nicht eine Reihe von Gegenkräften im nationalen Leben und wäre das „Kapital“ in Wirklichkeit die Einheit, die es dem „Vogel“ nach ist, so wäre die Presse vollständig dem Kapitalisteninteresse überliefert. Immerhin wird, wenn man diese Entwicklung der Presse verfolgt, die Antwort des irischen Nationalisten Jim Conahy auf die von einem amerikanischen Blatt gestellte Randfrage begreiflich, welches die größte sociale Gefahr für das zwanzigste Jahrhundert sei. Sie lautete lakonisch: „Die Zeitungen.“

Um noch einmal zur Personentrage zurückzukehren, so stehen die obengenannten Journalisten sämtlich in der Socialpolitik auf sehr vorgeschrittenem Standpunkt. Der „Jingo“ Cool giebt da den Provoers Lehmann, Spender usw. nichts nach. Er ist einer der hervorragenden Ruschianer Englands und hat, unterstützt durch seinen, aus der Arbeiterklasse hervorgegangenen Kollegen Clement Edwards, sich große Verdienste um die Wohnungsreform, den Kinderzuschuß und ähnliche Fragen erworben, sowie wiederholt mit Glanz in kritischen Momenten der Schlichtung von Ausständen vermittelte. Als Kollegen in der — damals radikalen — „Ball Ball Gazette“ hatte er den jetzigen Oberkommissar für Britisch-Südafrika, Sir Alfred Milner. Mr. Harold Spender war verschiedene Jahre Dozent für Volks-Hochschulkurse und hat dann längere Zeit im Londoner Eastend verlebt, um das Leben und die Bedürfnisse der untersten Volksschichten genauer kennen zu lernen. Er kandidierte zu Anfang des Voerenkriegs bei einer Nachwahl in einem Eastend-Wahlkreis als Liberalradikaler, ward aber mit großer Mehrheit vom Kandidaten der Kriegspartei geschlagen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Januar.

Der Reichstag

setzte Montag die socialpolitische Debatte fort, die sich immer bei der Beratung des Etats des Reichsamts des Innern entspinnt. Zunächst gab die socialpolitische Leuchte des Centrums, der Herr Kaplan Dr. Ditye, ein Prädigen ultramontaner Socialpolitik. Ueberall blies er zum Rückzug. Geht es nach seinen Wünschen, dann ist die 12 000 Mark-Affaire begraben. Die Bäckereiverordnung soll nach den Wünschen der Bäckermeister und ihrer Freunde auf der Rechten zurückverworf werden usw. So versagt das Centrum in allen entscheidenden Arbeiterfragen. Was haben dem gegenüber die unverbindlichen Redensarten auf sich, die Herr Ditye über die Notwendigkeit eines rascheren Tempos in der Socialpolitik zum besten gab.

Die weitere Debatte wurde fast ausschließlich von unsren Rednern beherrscht. Genosse Hoch beleuchtete in einer längeren Rede die socialpolitische Unfähigkeit und Rückständigkeit des Reichsamts des Innern. Sein besonderes Thema war der Bauarbeiter-Schutz und die ungewandigen Maßnahmen, die Graf Posadowsky ergriffen hat. Graf Posadowsky gab sich wieder als ganz verkannte Unschuld und der sächsische Geheimrat Dr. Fischer wiederholte seinen Versuch, dem socialdemokratischen Heher ein auszuweichen, der das schöne und ungetriebene Verhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern, Regierungsorganen und Arbeitern störe. Der Geheimrat Werner, ein recht junger Herr, nahm das von Wurm heftig angegriffene ungeschickte Register zu den Verträgen der Fabrikinspektoren in Schutz, und wenn er auch versicherte, daß nicht gekränkter Autorenstolz ihn zur Verteidigung dieser mißlungenen Arbeit antreibe, so zeigten seine Worte und die temperamentvolle Art seines Vortrags doch, wie schwer er gekränkt worden ist. Besonders angehen hatte es ihm der gut geprägte Ausdruck unsres Genossen Fischer vom meinungslosen Geheimrat. Er hatte sich da eine vernichtende Erwidrerung zurecht gelegt, die er mit großem Aplomb vortrug, die leider aber nicht einmal bei den Anhängern der Regierung einschlug.

Mit der Unaufmerksamkeit des Hauses hatten übrigens alle Redner zu kämpfen, besonders unser Genosse Horn, der die Zustände in den Glashütten und Schleifereien einer eingehenden und sachkundigen Kritik unterzog. Von bürgerlicher Seite sprach noch der Pole v. Czarninski, der seine berechtigte Beschwerde über willkürliche Abänderung polnischer Vornamen bei Eintragungen in das Ständesamts-Register vorzutragen suchte, von dem Vicepräsidenten Bising aber zur Sache gerufen wurde. Der Staatssekretär des Innern muß zwar wissen, wann die Sachse in Holland laichen und wie hoch der Krankenversicherungs-Beitrag einer Berliner Lehrerin ist, aber die polnischen Eigennamen gehören doch noch nicht zu seinem Ressort.

Der freisinnige Abgeordnete Dr. Müller-Meiningen wünschte eine Ausgestaltung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb und erteilte dem manchesterlichen Standpunkt und den Wahlkreisfragen seines Fraktionsgenossen Wiemer dadurch eine Lektion, daß er sich im Gegensatz zu diesem sehr energisch für das völlige Verbot der Verwendung von Phosphor bei der Zündholzfabrikation aussprach.

Den Schluß des Tags bildete eine Rede des noch nicht à la Rindowström gezähmten agrarischen Röske. Die Verbindung des Reichsamts des Innern mit Interessentengruppen soll erlaubt sein, wenn es sich um agrarische oder agrarfreundliche Verbände handelt. Zabelhaft ist sie nur, wenn durch solche Einflüsse hinter den Coulissen die schleunige Durchführung des Fleischschau-Gesetzes hintertrieben wird. Der Bund der Landwirte ist mit der doppelten Buchführung eben sehr vertraut. Zum Schluß richtete Herr Röske an den Staatssekretär mit großer Energie die Gewissensfrage, ob dem der neue Zolltarif noch in dieser Session kommen würde und ob die Regierung auch entschlossen sei, die Handelsverträge rechtzeitig zu kündigen. Graf Posadowsky schwieg und Schweigen ist auch eine Antwort.

Dienstag wird vor die Fortsetzung der Etatsberatung die Duellinterpellation Trimborn eingeschoben.

Die Etatsberatung im Abgeordnetenhause.

Im Abgeordnetenhause begann am Montag die erste Lesung des Staatshaushalts-Etats. Ruhiger als man nach den Vorkommnissen der letzten Monate erwartet hatte, setzte die Kritik ein. Natürlich mußten alle Redner den seit der letzten Session eingetretenen Wechsel in der höchsten Beamtenstelle des Staats streifen, aber keiner von ihnen konnte sich dazu entschließen, die gesamte wirtschaftliche und politische Lage einer eingehenden Besprechung zu unterziehen. Die ganze Debatte trug den Charakter einer harmlosen Plauderei, wie man sie vielleicht am Vierteljahr zu hören pflegt, wie sie aber einer Volksvertretung nicht würdig ist. Arbeiterfragen wurden nicht aufgeworfen, dafür hat das Bourgeois-Parlament kein Interesse. Der einzige, der auf eine Arbeiterfrage einging, war Graf Limburg-Stirum (L.), nicht etwa um die Interessen der Arbeiter zu schützen, sondern um den neuen Ministerpräsidenten, der übrigens der Sitzung nicht beiwohnte, schärf zu machen für die Bekämpfung der Socialdemokraten. Und keiner der nachfolgenden Redner hielt es für nötig, ihm zu erwidern.

Der erste Redner, der Centrumsabgeordnete Fritzen, rühmte die gute, ja glänzende Finanzlage und wies darauf hin, daß sich bereits Anzeichen des Rückgangs der wirtschaftlichen Konjunktur bemerkbar machen, namentlich in der Textil- und Eisenindustrie, so daß man für die nächsten Jahre nicht mehr so gute finanzielle Ergebnisse erwarten dürfe. Weiter brachte der Redner die bekannten kirchenpolitischen Forderungen des Centrums vor, betonte die Notwendigkeit eines Volksschulgesetzes auf konfessioneller Grundlage und zog auch die Frage der Reform einer Kriminalpolizei in den Kreis seiner Betrachtungen, ohne indes positive Vorschläge zu unterbreiten. Ungefähr in demselben Sinne äußerte sich Graf Limburg-Stirum (L.), der wie alljährlich das Reich zur Vorsicht in seinen Ausgaben mahnen zu müssen glaubte, ohne zu bedenken, daß ja seine Freunde mit daran die Schuld tragen, daß infolge der immer steigenden Ausgaben für Meer, Flotte und Weltmachtspolitik die Finanzlage von Jahr zu Jahr schlechter wird.

Größer als die Reden der Vorredner war die des Abgeordneten Richter (fr. Vp.) angelegt. Die Kritik der Miquel'schen Finanzpolitik, der Nachweis, daß trotz der hohen Eisenbahn-Ueberschüsse keine Tarifreformen zu erwarten sind, die Gegenüberstellung der Finanzwirtschaft im Reich und in Preußen machten schließlich Eindruck auf das Haus. Sehr glücklich und geschickt operierte Herr Richter gegen seinen alten Gegner Miquel und gegen den Minister des Innern in der Frage der Reform der Kriminalpolizei, der Theaterzensur und der Spreeprefektur; er verstand es, die Lächer auf seine Seite zu bringen, insbesondere als er den Konservativen vorhielt, daß die Kanalvorlage diesmal von ihnen nicht abgelehnt, sondern angenommen oder verschleppt werden würde. Schon die beiden Vorredner hatten die Kanalvorlage erwähnt. Sowohl der Vertreter des Centrums als auch der der Konservativen haben offenbar Furcht vor einer Auflösung des Landtags im Falle einer nachmaligen Ablehnung des Kanals. Diese Furcht ist allerdings unbegründet, zu einer Auflösung wird es nicht kommen, die Vorlage wird auch nicht verschleppt, sondern glatt an-

genommen werden und die Agrarier aller Richtungen werden dafür durch höhere Zölle belohnt werden. Spielten doch die Herren Frigen und Graf Limburg schon ganz deutlich auf den neuen Zolltarif an!

Nach Richter erhob sich endlich Herr v. Miquel, um zunächst seine Finanzpolitik wieder einmal als die einzig richtige zu preisen und sodann einige Worte gegen den Kanal zu sagen. Zwar betonte er, daß er niemals eine Vorlage energischer vertreten habe, wie die Kanalvorlage, aber die Art und Weise, wie er über den Kanal sprach und das, was er vorbrachte, läßt keinen Zweifel, daß er auch in dieser Session die Rolle des Schlüsselträgers spielen und den Agrariern gute Ratsschläge erteilen will, wie sie die Kanalvorlage zu Falle bringen können. Wachte er doch Herrn Richter, der warm für den Kanal eingetreten war, den Vorwurf, seine Rede sei nicht geeignet, den Kanal zu fördern, sondern sie bewirke eher das Gegenteil. Also weil Herr Richter für den Kanal ist, sollen die Agrarier dagegen stimmen!

Nachdem noch der Minister des Innern, Herr v. Rheinbaben, in nicht ernst zu nehmender Weise die Angriffe gegen sein Ressort verteidigt, Sattler (natl.) einen echt nationalliberalen Vortrag aufgeführt hatte, wurde die weitere Beratung auf Dienstag vertagt.

Socialpolitik und Spreckpräfektur.

Im Abgeordnetenhause hat am Montag der Minister des Innern, Rheinbaben, die Notwendigkeit einer schärferen Aufsicht über die Berliner Stadtverwaltung durch die Errichtung einer Spreckpräfektur damit zu beweißen gesucht, daß die Stadt Berlin ihren sozialen Pflichten gegen die ärmeren Bevölkerungsklassen nicht gerecht werde.

So gern wir auch bereit sind, mit Genußnahme festzustellen, daß der Minister in der Beurteilung der Verhältnisse des herrschenden Kommunalfreiwirtschafts zur Höhe der socialistischen Kritik emporgestiegen ist, so sehr setzt es uns in Erstaunen, daß die Einsicht darüber, welche Mittel der Besserung anzuwenden seien, nicht in demselben Grade gewonnen ist, wie seine Arbeit über den socialpolitischen Bankrott des herrschenden Stadtkingels.

Herr v. Rheinbaben weiß doch so gut wie wir, daß auch der preussische Staat auf allen Gebieten socialer Fürsorge völlig versagt hat, daß seine sociale Thätigkeit noch weit unter dem Maß freiständiger Socialpolitik steht. Der preussische Staat, der in der Höhe des Junkertums schmachtet, könnte gar nicht, auch wenn er es wollte, irgend eine befriedigende socialer Richtung tragen. Wie kann angesichts dieser Thatfache Herr v. Rheinbaben hoffen, daß die Einsetzung eines neuen hohen Verwaltungsbeamten die städtische Socialpolitik fördern könnte, es möchte denn sein, daß er nur an Kirchenbauten und ähnliche Maßnahmen gedacht hat, die in gewissen Kreisen auch unter die Fürsorgeleistungen für die Armen gerechnet werden! Die Verschärfung der preussischen Staatsaufsicht kann die Verhältnisse nur noch verschlimmern.

Wenn es dem Minister Rheinbaben hauptsächlich mit seinen socialen Bemühungen Ernst ist, so giebt es nur ein Mittel, wie er seine Absichten sicher durchsetzen kann. Er bringe ein Gesetz ein und setze seine Annahme mit allen Mitteln durch, das in Staat und Gemeinde das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht gewährt. Wir verbürgen uns dafür, daß Herr v. Rheinbaben dann niemals mehr über Vernachlässigung der socialen Pflichten zu klagen haben wird.

Deutsches Reich.

Bernstein und Motteler.

Der „Hamburgische Korrespondent“ berichtet: „Der bekannte socialdemokratische Schriftsteller Eduard Bernstein wird demnächst unbehelligt nach Deutschland zurückkehren können. Als Redacteur des „Socialdemokrat“, der in Zürich während des Socialistengesetzes in den 80er Jahren erschien, hatte Bernstein sich eine Anzahl von Anklagen bei deutschen Gerichten zugezogen, deren Verjährung bis jetzt durch die ständige Erneuerung der staatsanwaltlichen Anträge verhindert wurde, so daß Bernstein bei einer Rückkehr nach Deutschland sich einer Menge von Prozessen und vermutlich schweren Verurteilungen ausgesetzt hätte. Er ging deshalb, als er auch aus der Schweiz ausgewiesen wurde, nach England und lebt seit etwa 10-12 Jahren in London. Vor einigen Monaten hat die Schweiz den Ausweisungsbefehl aufgehoben, und nunmehr hat auch die preussische Justizbehörde beschlossen, Straf über Dinge wachsen zu lassen, die 15-20 Jahre zurückliegen. Eine Erneuerung der Anklagen ist unterblieben, damit wird am 1. Februar d. J. Verjährung eintreten und der Rückkehr Bernsteins nach Deutschland steht nichts mehr im Wege.“

Die Meldung des Hamburger Blattes ist noch unserer Kenntnis der Thatfachen zutreffend. Sie ist aber nicht vollständig. Neben Bernstein kann nunmehr auch sein Leidensgenosse Motteler, der „rote Postmeister“, der die Expedition des „Socialdemokrat“ besorgte, in die Heimat zurückkehren. Auch gegen diesen Gefährten Bernsteins in Londoner Exil ist der Stediorief nicht erneuert worden; in Mottelers Fall ist die Verjährung bereits Anfang Januar eingetreten.

Die beiden tapferen und verdienten Vorkämpfer des Proletariats, die in der schwersten Zeit der Partei auf vorgeschobenem Posten standen, können somit endlich nach langen Jahren der Verbannung das Vaterland wiedersehen, an das sie Familie, Freunde und Waffenbrüderchaft fesseln.

Die Einbringung des Zolltarifs im Reichstag wird von Schweinburg für Frühjahr angekündigt. Der Offiziosus Miquels versichert, daß alles gehen werde, um diese Absicht zu verwirklichen. Erwähnen sich diese Versicherungen, so dürfte sich der Reichstag dann im Sommer verlagern und im Herbst mit der Beratung des Zolltarifs fortfahren, der die grundsätzliche und eingehendste Erörterung bedarf und auch finden dürfte.

Graf Posadowsky verdirbt es immer mehr mit seinen Freunden. Die „Kölnische Zeitung“ rüffelt ihn, weil er in einem unwillkürlich gewählten Wort die Socialdemokratie im Reichstag als Arbeiterpartei bezeichnete, unwillkürlich den Thatfachen die Ehre gebend. Die „Berl. Neuest. Nachrichten“ sind ihrerseits erstaunt, daß Graf Posadowsky nichts davon weiß, daß der Centralverband den russischen Handelsvertrag gemacht hat. Wenn der Herr Staatssekretär sich über die Wichtigkeit jener Thatfachen weiter informieren wolle, so brauche er nur die damaligen deutschen Unterhändler, an deren Spitze der jetzige Staatssekretär des Reichskanzlers, Freiherr v. Niemöller, stand, beziehungsweise die Mitglieder des wirtschaftlichen Ausschusses, die damals an der Spitze des Zollbeirats standen, die Herren Geh. Kommerzienräte Müller und Vogel und den Herrn Vergart Wächter zu fragen; er werde von diesen sicher die gewünschte Auskunft erhalten können.

Wahrhaftig, Graf Posadowsky befindet sich einer Lage, um die ihn niemand beneidet!

Ein unersehlicher Verlust droht das parlamentarische Leben zu treffen. Herr v. Frege, der Vater der grünen Jungen, der Freund der Pressenlinge, der Vicepräsident des Reichstags und

Präsident der Sprachkunst, will nach Ablauf der Session das parlamentarische Leben lassen.

Die Journalistentribüne wird, wenn Herr von Frege seine Drohung wahr macht, vor Gram erlöschen, und die konservative Partei wird ihren Bestand verlieren. Herr v. Frege wußte als Vicepräsident König Salomon und Wipphagen in seiner Person zu vereinen. Er tritt nur selten ein, aber wenn er es thut, erbebt das Haus unter seinem Griff.

Wenn sich der Wadere den Entschluß doch noch einmal überlegen möchte!

Zum Hypothekbankrott. Warum die Pommerische Hypothekbank plötzlich zu der Erkenntnis gekommen ist, daß sie keine Bilanz mit Dividende aufstellen läßt, während sie vor einem Monat noch 7 Prozent in Aussicht gestellt hat, das mag ein sehr verständiger Ministerialerlass über die Hypothekbank-Bilanzen erklären. Der Landwirtschaftsminister hat angeordnet, daß die Hypothekbanken ihre eigenen von ihnen zu niedrigeren Kursen „herbeingenommen“, d. h. zurückgekauften Pfandbriefe nur mit dem Kurs- oder dem Ankaufswert, nicht mit dem Nennwert in die Bilanz stellen dürfen. Die Pommerische Hypothekbank — die in der Vergangenheit in Berlin einen Geschäftspalast besaß — hat, um die Kurse zu halten, große Beträge ihrer Pfandbriefe „herbeingenommen“ müssen, und sie soll dazu mit erheblichen Verlusten gute Hypothekeln aus ihrem Besitz verkaufen. Nun ist es aber bedenklich, daß eine kleine Kreditbank sich bereit erklärt hatte, der Pommerischen Hypothekbank Vorschüsse zu jenem Zweck zu machen, wenn die letztere ihre inneren Verhältnisse offen darlegen wollte. Sie hat das aber nicht gethan. Warum nicht? Der Schluß liegt nahe, daß die Pommerische Hypothekbank irgend ein dunkles Departement hat, das ebenfalls mit Terrains Not leidet.

Es scheint, daß die Kritik an der Treuhänder-Gesellschaft auf die Behörde nicht ohne Einfluß geblieben ist. Die den Pfandbriefgläubigern angebotene Insreduktion soll von der Aufsichtsbehörde nicht genehmigt worden sein.

Die Aufsichtsbehörde hat den Treuhänder der Grundschuldbank Justizrat Eugen Jenzkyli abgesetzt. Herr Jenzkyli scheint als Syndikus noch zu amirieren. Auf den 6. Februar ist eine Aktionärversammlung der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekverkehr einberufen, um die Liquidation zu beschließen oder den Konkurs einzuleiten. Bei dieser großen Terraingesellschaft ist Herr Jenzkyli im Aufsichtsrat.

Chirurg Saladin durch Wilhelm II. Wie wir einem spaltenlangen Bericht der „Nordd. Allg. Ztg.“ entnehmen, legte der deutsche Konsul in Beirut am 12. Dezember einen kunstvoll gearbeiteten Kranz im Namen Wilhelm II. am Grabe des Sultans Saladin in Damaskus nieder. Der Konsul erinnerte dabei die dem Feststalt bewohnenden türkischen Würdenträger an die Worte des deutschen Kaisers, die er bei seinem zwei Jahre zurückliegenden Besuche von Damaskus an die Vertreter der Stadt gerichtet habe: er fühle sich im Herzen bewegt bei dem Gedanken, an der Stelle zu stehen, wo einst einer der ritterlichsten Herrscher aller Zeiten, der große Sultan Saladin, geherrscht hat, ein Ritter ohne Furcht und Tadel, der seinen Gegnern oft genug zeigen mußte, worin wahre Ritterlichkeit und echte Gottesfurcht besteht.

Seine Majestät der Kaiser, fuhr der Konsul fort, hatte damals mit Ihrer Majestät der Kaiserin des Grob Sultan Saladin persönlich besuch und zum Zeichen seiner Verehrung für diesen großen Herrscher an dessen Grab einen Kranz, dessen Kränze wir hier noch heute sehen, niederlegen lassen. Seine Wälder sind jetzt vergilbt und seine Blumen verrotten. Um dem Andenken Saladins des Groben ein dauerndes Merkmal seiner Hochachtung zu widmen und zugleich ein dem Jahr der Zeit mehr Widerstand leistendes Zeichen zur Erinnerung an seinen Besuch dieser geweihten Stätte zu hinterlassen, hat Seine Majestät der Kaiser deutschen Künstlern die Anfertigung eines Kränzes aus Metall, würdig dem Andenken des hier zur ewigen Ruhe gebetteten Toten, angedehnt.

Sultan Saladin ist eine jener Herrschergefallen, denen die alle Thaten sorgsam registrierende Geschichtsschreibung den Beinamen des „Groben“ zu verleihen pflegt. Immerhin vergessen die Historiker nicht, neben der diesen orientalischen Herrscher auszeichnenden Tapferkeit und in Augenblicken edlerer Haltung belundeten Großmut auch dessen Roheit, Raubgier und Grausamkeit hervorzuheben.

Das Experimentieren mit Uniformen soll angeblich fortgesetzt werden. „Von gut unterrichteter Seite“ geht der „Königsberger Allgem. Ztg.“ folgende Nachricht zu: Veränderungen in der militärischen Uniform werden in nächster Zeit, vielleicht schon zum 1. Januar, erwartet. Es handelt sich im wesentlichen um Abschaffung des sogenannten „Ueberroths“, an dessen Stelle für den Dienst ein litementartiger Waffenrock nach östreichischem Schnitt in grauem Tuch treten soll, während der bisherige blaue Waffenrock nur für Parade- und Gesellschaftszwecke dienen soll. Auch sollen in der ganzen Armee durchweg die hellgelben naturfarbenen Stiefel, wie sie bisher nur die Jäger zu Pferde trugen, eingeführt werden.

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Wien, 14. Januar. Bei den heutigen Wahlen des Großgrundbesitzes wurden in Gorz und Istrien je ein liberaler Italiener, in Schlesien 3 verfassungstreue Deutsche gewählt. Der Bestand ist unverändert. Der Großgrundbesitz in Tirol wählte die Kompromißliste, nämlich 2 verfassungstreue Deutsche, darunter Stadtmayr, einen Italiener und einen Konservativen.

Frankreich.

Die zweijährige Dienstzeit und das franco-russische Bündnis. Dem „Gaulois“ zufolge soll die französische Regierung dem russischen Kaiser die Versicherung gegeben haben, daß die zweijährige Dienstzeit in Frankreich nicht durchgesetzt würde. Ferner sollen Unterhandlungen zwischen den Regierungen gepflogen werden über ein vor sieben Monaten zwischen Frankreich und England begonnenes Finanzunternehmen. Nach dem Kommentar, den das nationalistische Blatt zu der Mitteilung giebt, findet dasselbe es ganz in der Ordnung, daß Russland Frankreich Vorschriften über seine politischen Angelegenheiten zu machen wagt!

Italien.

Rom, 11. Januar. (Voll. Ztg.) Es werden neuerdings aus verschiedenen Landestheilen, so aus dem Römischen, Neapolitanischen, den Marken, Sardinien, Venedig, gemeldet, die ihre übererhebende Ursache in dem Verlangen der armen Landbevölkerung nach Aufteilung des Gemeindefonds oder gewisser Latifundien haben. Erste Anträge werden aus Eboli und Salerno gemeldet, wo das ausgedehnte Weideland der Gemeinde proprietärs an die wohlhabenden Grundeigentümer verpachtet ist. Die Kleinbauern und ländlichen Tagelöhner wollen, daß man es ihnen in Erbpacht gebe, und haben schon öfter lärmende Kundgebungen zu diesem Zweck veranstaltet. Ihre Lage verschlechterte sich und ihr Unwille stieg noch, als die von einer englischen Gesellschaft geplante Anlage einer Puderfabrik und Einführung der Ribenskultur an dem Uferlande des Gemeinderats scheiterte. Beschäftigungslose gewerbliche Arbeiter vereinigen sich mit den Landleuten, und vorerstigen durchziehen ihrer 800 unter Vorantzung einer Fahne und den — aus der Zeit der „fasci“ — erinnerlichen — Rufen: „Es lebe der König! Rieder mit dem Gemeinderat! Wir wollen Aufteilung des Landes!“ die Straßen von Eboli. Während drangen sie in das Rathaus ein, und es kam zum Handgemein mit den herbeigeeilten Schutzleuten und Carabinieri, die Hände Revolverfächer abgeben mußten, um die Menge einzuschüchtern. Es gelang schließlich, sie zu zerstreuen, wobei mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden. Aus Salerno wurde Militär herbeigerufen.

Rußland.

Das Reichsbudget für 1901 ist veröffentlicht worden. An Einnahmen werden angeführt: Ordentliche 1720 000 000 Rubel, außerordentliche 1500 000 Rubel, aus freien Baarmitteln der Reichsrentei 59 866 000 Rubel, insgesamt 1788 866 000 Rubel; an Ausgaben: Ordentliche 1 656 652 550 Rubel, außerordentliche 131 829 450 Rubel, insgesamt 1788 482 000 Rubel. Von ordentlichen Ausgaben entfallen auf Zahlungen für Anleihen 274 909 748 Rubel, oberste Regierungsbehörden 8 155 401 Rubel, Heiligen Synod 23 788 809 Rubel, Hofministerium 12 715 248 Rubel, Ministerium des Auswärtigen 5 289 074 Rubel, des Kriegs 324 024 871 Rubel, der Marine 98 597 866 Rubel, der Finanzen 805 883 826 Rubel, der Landwirtschaft 40 728 781 Rubel, des Innern 87 650 199 Rubel, des Unterrichts 33 076 518 Rubel, des Verkehrs 353 143 455 Rubel, der Justiz 46 227 505 Rubel, auf die Kontrolle 7 119 715 Rubel. An Einnahmen erwartet man: an direkten Steuern 127 172 905 Rubel, indirekten Steuern 652 310 800 Rubel, Zölle 88 918 729 Rubel, Regierungsdogalinen 227 999 900 Rubel, aus Staatsbesitz und Kapitalien 465 835 862 Rubel, Postaufnahmen 88 906 500 Rubel, Veräußerungen von Reichsdomanen 573 291 Rubel, Kompensation der Ausgaben der Reichsrentei 72 617 197 Rubel. Die ordentlichen Einnahmen übersteigen die ordentlichen Ausgaben um 73 443 450 Rubel.

Dem zahlenmäßigen Bericht ist eine ausführliche Erklärung beigegeben, die sich nicht nur über die Finanzlage sondern auch die ganze Politik Russlands ausläßt. Die direkten Ausgaben für die militärischen Operationen in Ostasien werden für 1900 auf 61,9 Millionen Rubel geschätzt, wozu jedoch noch bedeutende Bewilligungen an Eisenbahn-Gesellschaften in der entsprechenden Höhe von 82 Millionen kommen. Konstatiert wird die mäßige Finanzlage, die auf die Ereignisse in China zurückgeführt wird.

Nun schluß wird die Friedensliebe des Zaren in allen Tonarten gefeiert.

Das tröstliche an diesen Ereignissen ist, daß sie mit schlagender Klarheit die ganze Aufrichtigkeit der friedlichen Gefühle erkennbar machen, von denen der russische Monarch besetzt ist. Sein erhabenes Wort, das alle und jeden zum Frieden rief und die friedlichen Absichten Russlands verkündete, ist ein hehres, ein christliches Wort gewesen. In dieser schwierigen Lage der chinesischen Wirren waren alle Gedanken des Oberhauptes der russischen Nation auf die Erhaltung des Friedens gerichtet. Nur durch die Notwendigkeit und den Zwang, seinen Vertreter in Peking zu verteidigen und das Leben der Russen und anderer Europäer zu schützen, begann Russland eine Reihe von militärischen Operationen, die zur Einnahme Peking führten. Gleichwohl arbeitet Russland an der schnellen und allgemeinen Beendigung und der Wiederherstellung ununterbrochen wohlwollender Beziehungen zu dem chinesischen Reich. Sobald die unmittelbaren und drängenden Aufgaben erfüllt sind, entsetzt Russland seine Truppen aus Peking und schreitet zur Verminderung der Streitkräfte in der Mandchurei. In der Verteidigung seiner Grenze hat Russland in China selbst alles das erfüllt, was ihm die Pflicht als christliche Macht zur Unterdrückung des Aufstands gebot. Nicht die Aussicht auf Vorteil, sondern das Bewußtsein der Gemeinamkeit mit der ganzen Menschheit hat uns so handeln lassen. All dies bezeugt unwiderleglich, daß Russland im höchsten Grade friedlich gestimmt ist. Russland braucht keine Gefahr zu fürchten, woher sie auch immer kommen könnte, Russland, das von heute zu morgen so ungeheure Streitkräfte aufsalten könnte. Aber unser Staat macht aus seiner Macht nicht die Elemente geheimer egoistischer Berechnungen. Der russische Kaiser ist bei seinen friedlichen Absichten ein großer christlicher Fürst, der seinen andern Antriebe als dem seines Herzens folgt und nur von der idealen Wahrheit und dem Wohle der Menschheit geleitet wird.

Die russische Friedensbotschaft, die jetzt bei der Beendigung, die die Union der Mandchurei hervorgerufen hat, zur trostbedürftigsten rechten Zeit kommt, wird natürlich alle englischen Verschlimmerungen sofort niederschlagen.

Der Boeren-Krieg.

Englische Schlappe bei Belfast.

700 Boeren griffen bei Belfast den Außenposten an, der von 60 Mann des Royal Irish Regiments verteidigt wurde, diese kämpften tapfer mit Messern und Bajonetten, bis nur 20 Mann übrig blieben, die sich ergaben. Schließlich wurden die Boeren von Gordon-Hochländern und andern Truppen aus ihren Stellungen vertrieben. Unter den gefallenen Boeren befand sich der Sohn des Kommandanten Viljoen, bei dessen Leiche eine Depesche Voeths an Viljoen mit der Weissung, den Spitzkop einzunehmen, vorgefunden wurde. Der Spitzkop wurde später angegriffen, die Boeren jedoch mit Verlust zurückgeschlagen.

Ueber

weitere Gefechte

berichtet Lord Kitghener vom 13. Januar aus Pretoria: Es haben verschiedene Gefechte stattgefunden, in denen die Boeren zurückgetrieben wurden. Weidenseitige Verluste gering. In einem Gefecht bei Senekal fielen Kommandant Duprez und acht Boeren.

Bewegungen in der Kapkolonie.

Ein Kapstadter Telegramm meldet, daß sich eine Abteilung von 120 Boeren in der Gegend von Lubbach-Cloof befindet. Andre Boeren stehen in dem Distrikte von Beaufort-West. Dieselben nahmen eine englische Patrouille von 20 Mann gefangen, ließen sie jedoch am nächsten Tage wieder frei. Beaufort-West befindet sich 100 Meilen von Kapstadt entfernt.

Kriegsmut in Australien.

Nach einer Meldung aus Sydney sind in den letzten Tagen zahlreiche Soldaten faulenflüchtig geworden, da sie befürchteten, nach Südafrika geschickt zu werden. Der Oberbefehlshaber hat infolge dessen einen Tagesbefehl erlassen, der für Desertieren eine zweijährige Gefängnisstrafe androht.

Behandlung Voerengefangener.

Aus Paris wird gemeldet: Unter den gestern in St. Helena eingetroffenen 200 gefangenen Boeren war eine große Anzahl infolge Nahrungsmangels so schwach, daß sie sofort in die Ambulanz geschafft werden mußte.

Das Fiasko des Friedenskomitees.

Die englischenblätter erklären, daß in dem gegenwärtigen Stadium des Kriegs die Aussichten auf Friedensunterhandlungen begreiflicherweise sehr geringe seien. Daily Mail berichtet seinerseits über die Verhandlung, die einigen Delegierten des Friedenskomitees seitens der Boeren widerfahren ist und erzählt, daß drei derselben bei Lindley am 10. Januar in die Hände der Boeren gefallen seien, von denen der eine erschossen und die beiden andern durchgepeitscht wurden.

Das ganze bisherige Vorgehen der Boeren läßt derartige Brutalitäten absolut ungläublich erscheinen. Daß die kämpfenden Boeren den Kreaturen Rinderns besondere Qualitäten bereiten würden, ist allerdings kaum anzunehmen.

Ueber die Rüstungen Englands

wird mitgeteilt: Die kanadische Regierung soll durchaus nicht geneigt sein, von ihrer vortrefflichen heritenten Polizei etwas zu Kriegswecke an England abzugeben. Ueber vereinzelten Abenteurern würden sich aber auch Freiwillige durch die in Afrika nicht viel bedeutenden versprochenen 5 Schilling den Tag nur in geringer Zahl verlocken lassen, umsonst als die englische Regierung jetzt eine Anwerbung

auf fünf Jahre zur Bedingung mache. Man hofft in London jedoch, daß es bis zur zweiten Hälfte des Februar gelingen werde, aus der Preimat und den Kolonnen zusammen an Kavallerie, reitender Infanterie und irregulärer Reiterei 10000 Mann auf den Kriegsschauplatz zu schaffen. Der Remontenanschub betrug seit einigen Monaten monatlich 5000 Pferde und wird in den nächsten vier Wochen 8000 Pferde betragen. Alle diese Maßnahmen werden von sachverständiger Seite zur siegreichen Beendigung des Krieges nicht als genügend angesehen, vielmehr wird behauptet, daß Großbritannien mindestens noch einmal oder gar doppelt so viel Truppen aufbringen müsse, wie jetzt schon in Ostafrika ständen, das würde also jetzt noch einen Bedarf von 2- bis 400 000 Mann bedeuten.

Parlamentarisches.

Dem Reichstage ist in neuer Auflage das Verzeichnis der Bundesratsvollständigen sowie das alphabetische Verzeichnis der Reichstagsmitglieder mit angehängter Fraktionsliste zugegangen. Nach dieser zählen: Deutsch-Konservative 52 Mitglieder, Reichspartei 21, Deutsch-sozialistische Reformpartei 10, Zentrum 106, Polen 13, Nationalliberale 51, Freisinnige Vereinigung 13, Deutsche Freisinnige Volkspartei 27, Deutsche Volkspartei 7, Sozialdemokraten 57, linker Fraktion angehörig 88, zusammen 395 Mitglieder. Lebteigt sind zwei Parteien: Dr. Hille (C.) — 3 Wahlen — hat sein Mandat am 21. November 1900 niedergelegt; Potny (Pole) — 1. Wosen — ist am 21. Dezember 1900 gestorben.

Die Wohnungsfrage im Anschluß des Stadtparlamentes.

Der zur Vorberatung des Antrags Singer und Genossen und der Magistratsvorlage, betreffend die Errichtung der König-Friedrich-Strasse, eingeleitete Ausschluß hielt gestern seine dritte Sitzung ab und trat, da die Beratung über den Magistratsantrag auf Veranlassung unserer Vertreter vorweg genommen und in den zwei ersten Sitzungen zu Ende geführt worden war, gleich in die Generaldiskussion des Antrags unserer Genossen ein. Dieser zerfällt bekanntlich in zwei Teile, von denen der erste sich auf die Zustände im städtischen Familienobdach, der zweite auf Einleitung einer planmäßigen, zielbewußten kommunalen Wohnungspolitik bezieht. Unsere Vertreter gingen zunächst auf die Vorgänge ein, die sich im Herbst v. J. im städtischen Familienobdach abgespielt haben; sie führten dann aus, daß infolge des Stachs bei den Hypothekendarlehen und der dadurch bedingten Einschränkung der privaten Bauhätigkeit, deren Folge eine weitere Steigerung der Mietpreise sein würde, zu den nächsten Semester-Umzügen ein weit größerer Ansturm auf das Familienobdach zu erwarten sei und daß dann die dort zur Verfügung stehenden Räume absolut ungenügend sein müßten. Unsere Vertreter verdichteten ihre Ausführungen zu dem folgenden Antrag:

Der Ausschluß wolle beschließen:

Da die zur Unterbringung obdachloser Familien zur Zeit bereitstehenden Räume aller Voraussicht nach dem in nächster Zeit entstehenden Bedürfnis nicht genügen werden, ersucht die Versammlung den Magistrat:

durch einen Erweiterungsbau des städtischen Obdachs für obdachlose Familien oder durch Herstellung geeigneter interimistischer Wohnräume oder durch Adaptierung eines städtischen Gebäudes für die Aufnahme obdachloser Familien die zur Befriedigung stehenden Räume schleunigst ausdehnend zu vergrößern.

Wegen der Bereitstellung der dafür erforderlichen Mittel steht die Versammlung einer Vorlage des Magistrats entgegen.

Uebergehend auf die allgemeinen Verhältnisse wurde in ausführlicheren Darlegungen die Notwendigkeit einer umfassenden städtischen Wohnungspolitik betont, da für die unbedeutende Bevölkerung der Kern der Wohnungsfrage neben dem zu geringen Angebot von kleinen Wohnungen in der Unzulänglichkeit dieser Wohnungen nach der sanitären Seite und den kaum mehr zu erschwingenden Mietpreisen bestehe. Am diesen Uebelständen — soweit es in der heutigen Wirtschaftsordnung überhaupt möglich ist — zu steuern, empfahlen unsere Vertreter planmäßige Erweiterung des städtischen Grundbesitzes und Verwertung desselben, soweit er für eigene städtische Zwecke nicht verwendet wird, im Wege des Erbanrechts, Errichtung städtischer Häuser mit gesunden kleinen Wohnungen auf städtischem Terrain und Vermietung dieser Wohnungen zu Mietpreisen, bei denen nur die landesübliche Verzinsung und die Amortisation des aufgewendeten Kapitals sowie die für die Instandhaltung der Gebäude entstehenden Kosten in Anrechnung kommen, Errichtung eines Wohnungsamts zur schnellen Erforschung der jeweiligen Wohnungsverhältnisse, Anstellung städtischer Wohnungsinspektoren und schließlich Aenderung der städtischen Steuerpolitik nach der Richtung, daß nicht wie jetzt die Nutzungswerte, sondern die Verkaufswerte als Grundlage für die Besteuerung dienen. — Unsere Vertreter führten ferner aus, daß sie sich gegen den Plan des Magistrats weiden müßten, städtische Terrains an private Unternehmer zu verkaufen, damit diese dort Häuser mit kleinen Wohnungen errichten könnten, und daß sie auch der Ansicht des Magistrats, für die städtischen Arbeiter Wohnungen zu erbauen, nicht zustimmen würden, die das Wohnen in Häusern, die dem Arbeitgeber gehören, in jedem Fall eine neue Form der Abhängigkeit für die Arbeitnehmer bedeute. — In der Diskussion wurde von allen Rednern zugegeben, daß z. B. in Berlin ein Mangel von kleinen Wohnungen vorhanden sei, was allerdings angesichts der vorliegenden Zahlen nicht gut zu bestritten war. Auseinander gingen die Ansichten darüber, ob dieser Wohnungsmangel jetzt oder demnächst zu einer Wohnungsnot werden würde. Während der Debatte ließen eine große Zahl Anträge ein, die bestimmt waren, den Uebelstand auf die eine oder andere Weise zu begegnen. Die Diskussion derselben wurde jedoch bis zur Specialdebatte und bis sie gedruckt vorlägen, zurückgestellt. Der Schluß der Sitzung nahm der Vertreter des Magistrats das Wort, um auszusprechen, daß nach seiner Ansicht die Stadt mit der Errichtung eigener städtischer Häuser nur dann vorgehen dürfe, wenn sie bereit sei, das Wohnungsbedürfnis von nahezu 45 Proz. der Bevölkerung, die in unzulänglichen Wohnungen leben, durch die Errichtung solcher Häuser selbst zu befriedigen. Da eine derartige Ausschaltung der privaten Bauindustrie nach seinem Dafürhalten unmöglich und unthunlich wäre, müßte er sich schon jetzt gegen die diesbezüglichen Anträge unserer Vertreter erklären. Auf die andern Anregungen einzugehen, bezieht er sich für die nächste Sitzung vor.

Partei-Nachrichten.

Dumm und frech nannten wir in unserer Nr. 10 die Aufrufe von der „Kons. Korrespondenz“, weil sie behaupteten, die Verbandsleiter in der Druckerei unseres Blattes hätten durch Zahlung dieser Summe (der 150 M.), die in der letzten Monatsrechnung unseres Parteifreies nachgewiesen werden) Ereignissen vorgebeugt, wie sie in Leipzig eingetreten sind. Wir stellten demgegenüber fest, daß die Verbandsleiter in der Druckerei unseres Blattes seit Verleihen desselben regelmäßige Beiträge an die Parteilasse leisten. Darauf antwortet jetzt die „Kons. Korrespondenz“ in einer Weise, von der wir gern gestehen, daß wir sie trotz der Einschüßung, die wir dem Blatte zu teil werden lassen, doch nicht erwartet hätten. Sie sagt:

„Der Vorwärts“ ist ärgerlich darüber, daß wir aus der letzten Monatsrechnung über Beiträge für die sozialdemokratische Parteilasse den Zusammenhang zwischen den im „Vorwärts“ beschäftigten Mitgliedern des Buchdruckerbundes und der Sozialdemokratie nachgewiesen haben. Daß dieses „Ungende“ Verhältnis sich schon früher befanden hat, ist durchaus nebenbei. Gätten sich die Verbandmitglieder früher geweigert, ihre Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie in bar zu „betätigen“, so würden sie vermutlich ebenso wie ihre Kollegen von der „Leipz. Volksztg.“ hinausgeschloffen sein. Festgestellt ist jedenfalls die Thatsache, daß die Mitglieder des Verbandes deutscher Buchdrucker — und zwar sämt-

liche — die im „Vorw.“ beschäftigt sind „freiwillige“ Beiträge zur sozialdemokratischen Kasse zu liefern gezwungen werden, obwohl gerade diese Organisation mit aller Energie die politische Neutralität vertritt.“

Wir haben der „K. K.“ nicht erwidert, weil sie auf die Thatsache der Zahlung von Beiträgen für unsere Parteilasse durch die Verbandsleiter der Druckerei unseres Blattes aufmerksam gemacht hat, sondern weil sie es so darstellt, als ob die von ihr erwähnte Zahlung von 150 M. erfolgt wäre zu dem Zweck, einer drohenden Entlassung dieses Organs vorzubeugen. Deshalb weisen wir auf die Thatsache hin, daß solche Zahlungen seit Jahren regelmäßig erfolgen, ein Umstand, der gegenüber den Behauptungen der „K. K.“ nicht nebensächlich, sondern gerade die Hauptsache ist, denn daraus begründet sich für jedermann die Vermutung, daß auch diesmal nicht andere Gründe für die Zahlung vorhanden sind, wie sonst.

Die Feststellung, daß die Zahlungen seit Jahren regelmäßig erfolgen, bezeichnet nun die „K. K.“ als die Feststellung, daß die Zahlungen gezwungen erfolgen. Das sagt zur Dummheit und Frechheit auch noch die Frage. Gätten die „K. K.“ behauptet, die Zahlungen erfolgten gezwungen, so hätten wir es als eine Unwahrheit bezeichnet; denn sie erfolgten thatsächlich, weil die Zahl der Parteimitglieder sind. Die Behauptung aber, der Zwang sei durch unsere Konstatierung der Regelmäßigkeit festgestellt, ist eine Lüge.

Vergessen kann man schon werden, wenn man sich mit solchem Gesindel herumzuschlagen muß; es ist für anständige Menschen immer peinlich, sich mit berufsmäßigen Verleumdern befassen zu müssen. Aber mit schweigernder Verachtung ist eben dieser Sorte gegenüber nichts zu erreichen; das mühen sie erst recht als einen Sieg aus und Gläubige finden sie leider immer noch. Da heißt es fest zu greifen und den Lumpenkerl ordentlich schütteln, mag diese Beschäftigung auch noch so unangenehm sein.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— In der „Volksstimme“ für Magdeburg erschien vor einigen Monaten unter der Verantwortlichkeit des Genossen D a u p t ein Artikel, worin unter der Spitzmarke „Ein geachteter Staatsanwalt“ erzählt wurde, ein durch Verfolgungen belasteter Staatsanwalt in Bremen sei eines Tags von zwei Arbeitern, die auf seine Veranlassung unschuldig verhaftet worden waren, auf dem Gerichtsflur geprügelt worden. Wegen dieses aus einem andern Blatte entnommenen Artikels wurde Haupt der Verleumdung der Staatsanwaltschaft in Bremen angeklagt, weil es noch der Anklage in Bremen weder einen Staatsanwalt giebt, der durch Verfolgungen belastet ist, noch einen, der ungeschuldig hat verhaften lassen, noch endlich einen, der geprügelt worden ist. Da Haupt auch nicht in der Lage war, dies zu beweisen, wurde er zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Der Konflikt in der Holzindustrie vor dem Einigungsamt.

Am Montag verhandelte das Einigungsamt unter Vorsitz des Gewerbeberichters v. S c h u l z über die beabsichtigte Einführung der Kontrollbücher im Tischlergewerbe. Als Beisitzer im Einigungsamt fungierten die Herren V e r n a r d und M a a s (Arbeitgeber), M a s s i n t und K o b l e n z e r (Arbeitnehmer).

Nach Eröffnung der Sitzung erhielt G l o c k e als Vertreter der Arbeitnehmer das Wort: Wir sind der Meinung, daß die Einführung des Kontrollbuchs gegen den Vergleich vom 20. März 1900 verstößt. Diese Arbeitsordnung führt eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse herbei, denn sie hebt das gesetzliche Kündigungsrecht ganz auf; indem sie nur Stundenlohn festsetzt, geht den im Wochenlohn stehenden Arbeitern die Bezahlung der gesetzlichen Feiertage verloren, der Punkt 3 hebt die Vergünstigungen des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches auf, und den Punkt 4 halten wir für ungesetzlich, weil die Aufrechnung von Ansprüchen des Arbeitgebers gegen den Arbeitslohn nicht statthaft ist. Er wäre hinsichtlich, selbst wenn er unterschrieben würde. Diese Arbeitsordnung ist von der Innung erlassen, ohne daß die Vertretung der Arbeiter, der Gesellenansicht befragt wurde, auch die Aufsichtsbehörde ist nicht dagegen eingeschritten, daß diese Arbeitsordnung, die doch in einem Punkt ohne Zweifel ungesetzlich ist, von der Innung eingeführt werden soll und die sich weigern den Meister sogar mit Strafe bedroht werden. Um so mehr müßten wir uns veranlassen, das Einigungsamt anzurufen. Mit dem Kontrollbuch zugleich soll ein sogenannter Fragebogen eingeführt werden, der nichts anderes ist, als das, was man unter dem Namen „schwarze Listen“ zu bezeichnen pflegt. Wir haben über diese Punkte eine Verständigung mit der Wetzehner-Kommission zu erzielen versucht, es ist uns aber nicht gelungen, da die Arbeitgeber nicht von ihrem Standpunkt zurückgehen wollen. Die Arbeitgeber wenden ein, es handle sich hier um eine interne Angelegenheit ihrer Betriebe. Das können wir nicht anerkennen, denn wenn, wie es geschieht, die Innung verfügt hat, jeder Geselle, der nicht unterschreibt, wird sofort entlassen, so ist das eine Sache, die nicht mehr eine interne Angelegenheit ist, sondern in hohem Grade allgemeine Interessen berührt. Es scheint, daß diese Angelegenheit Anlaß geben soll zu einer allgemeinen Aussperrung, einer Wopregel, die gegen die Vereinbarungen verstößt, weshalb wir das Einigungsamt für durchaus kompetent halten, sich mit dieser Sache zu beschäftigen.

Herr V r y, als Sprecher der Arbeitgeber, führt aus: Es könne nicht zugegeben werden, daß die Wetzehner-Kommission für alles, was im Gewerbe vorkommt, zuständig sein solle. Jedenfalls habe sie sich mit dieser Sache nicht zu befassen. Der Erlaß von Fragebogen sei ein gutes Recht der Arbeitgeber, und die Benutzung derselben gebe die Arbeiter gar nichts an. In dieser Angelegenheit würden sich die Arbeitgeber von niemand dreinreden lassen. Das Kontrollbuch — dieser Name ist mir unympathisch, weil es kein Kontrollbuch sondern eine Arbeitsordnung ist — haben wir eingeführt, um die Schwadigungen, welche das Bürgerliche Gesetzbuch den Arbeitgebern bringt, durch Vertrag auszugleichen. Das hat sich als notwendig herausgestellt. Redner führt näher aus, daß der volle Anschluß der Kündigungs begründet sei. Die meisten Klagen vor dem Innungs-Schiedsgericht entstehen wegen der Kündigung. (G l o c k e: Das liegt an den Meistern. — Heiterkeit.) Wenn wir die Verpflichtungen, die § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs dem Arbeitgeber auferlegt, ansprechen wollen, so kann uns das niemand verdenken, denn selbst der Eisenbahndienst mit seinen nach Millionen zählenden Ueberschüssen hat ganz dasselbe getan. Wir selber ist es passiert, daß ich in ganz kurzer Zeit an ein und demselben Arbeiter dreimal Bezahlung für Versäumnisse aus § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs leisten mußte. Einem kleinen Unternehmer würde das gar nicht möglich sein, darum müssen wir für unser Gewerbe den § 616, der kein zwingendes Recht ist, ausschließen. Was die Lohnaufbesserung betrifft, so bin ich im Gegenzug zum Vordruder der Meinung, daß die Frage, ob eine Lohnaufbesserung, wie wir sie im Punkt 4 unserer Arbeitsordnung festlegen, noch zweifelhaft, und durchaus noch nicht entschieden ist. Redner begründet seine Ansicht, indem er sich auf die einschlägigen Gesetzesparagrafen und darauf bezügliche Kommentare stützt. Redner bezeichnet die Aufrechnung als zulässig und giebt den Arbeitern anheim, die Frage im Prozeßwege entscheiden zu lassen. Zur Einführung des Kontrollbuchs sagt Redner: Die größte Gefahr für die Arbeiter haben bereits unterschrieben. (Lebhafte Widerspruch bei den Arbeitern.) Ja wohl, in allen größeren Betrieben, mit Ausnahme des Nimmelschen, ist die Unterschrift erfolgt, und die Arbeiter des Herrn Nimmels werden auch noch unterschreiben. Außerhalb Berlins gelten dieselben Bedingungen, die durch unsere Arbeitsordnung eingeführt werden sollen. Ueberall sind dieselben ohne weiteres angenommen, nur in Berlin ist es der Holzarbeiter-Verband, der seine Mitglieder zum Widerstande auffordert.

Ein Vertreter der Innung schließt sich dem Vordruder an und betont, daß die Innung das Einigungsamt des Gewerbeberichts nicht für zuständig halte, aber die Innung einen Schiedspruch zu fällen.

Vorsitzender v. S c h u l z: Um einen Schiedspruch, dem sich die Innung zu fügen hat, kann es sich ja nicht handeln. Wir suchen eine Einigung herbeizuführen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, ob diese nun einer Innung angehören oder einer andern Korporation. An und für sich halte ich das Gewerbegericht für kompetent. Das Einigungsamt wird über die Frage der Zuständigkeit beraten.

Nach kurzer Beratung verkündet Vorsitzender v. S c h u l z, das Einigungsamt hält sich für zuständig und stützt sich im allgemeinen auf § 61 des Gewerbeberichts-Gesetzes. In diesem speziellen Fall ist das Einigungsamt der Ansicht, daß die Wetzehner-Kommission für alle Differenzen aus dem Arbeitsverhältnis zuständig ist.

Die Verhandlungen werden hierauf fortgesetzt. Ahrens (Arbeitnehmer) begründet die Ungeheuerlichkeit des vierten Punktes des Kontrollbuchs. Die Arbeitgeber wollen, wie Herr V r y sagt, so gnädig sein, diesen Punkt zurückzuziehen, wenn er durch gerichtliches Urteil als ungesetzlich erkannt wird. Nun, in diesem Fall handelt es sich nicht mehr um den guten Willen der Arbeitgeber, sondern man muß sie diesen Punkt zurückziehen. Sie, meine Herren Arbeitgeber, sagen, Sie wollen die Kontrollbücher im Interesse der Arbeiter einführen. Sollten Sie wirklich jetzt ein so gutes Herz für die Arbeiter bekommen haben, so ist doch nicht ausgeschlossen, daß andre Arbeitgeber diese Kontrollbücher als ein Mittel zur Mäßregulierung von Arbeitern benutzen können. Als wir nach dem Streit den Vergleich schlossen, da kamten Sie, meine Herren, doch schon das Bürgerliche Gesetzbuch. Aber erst jetzt halten Sie Ihre Arbeitsordnung für notwendig, nachdem Herr V r y aus § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs dreimal einen Thaler zahlen mußte. Als ich in der Wetzehner-Kommission fragte, wie es denn jetzt mit den Entlassungen wird, da antworteten Sie: Es bleibt dabei, wer nicht unterschreibt, wird entlassen. Also, während die Verhandlungen über den Streitpunkt noch schweben, bleiben Sie dabei, die welche nicht unterschreiben, zu entlassen, und Sie haben das auch thatsächlich gethan. Ein derartiges Vorgehen würden Sie von unserer Seite nie erfahren.

Direktor Lorenz: Der streitige Punkt wird hier von der Gegenseite verschoben, nur, um Effekt zu machen. Zur Sache selbst ist zu bemerken, daß die Bestimmungen der Arbeitsordnung, mit Ausnahme des Punktes 3, schon längst thatsächlich bestehen, und daß sie deshalb keine Ursache zum Streit hätten geben sollen. Voraus, meine Herren, schließen Sie denn, daß wir mit den Fragebogen schwarze Listen einführen wollen? Wenn man mit jemand ein Geschäft abschließen will, so ist es doch ganz natürlich, daß man sich über denselben erkundigt. Wir sind eben mit der Zeit klug geworden. Sie, vom Holzarbeiter-Verband, sind es ja auch jetzt wieder, die die Arbeiter kommandieren, nicht zu unterschreiben.

G l o c k e: Herr V r y sagte, die schwarzen Listen — ich kann die Fragebogen nicht anders nennen — richten sich nur gegen solche Gesellen, die als Betrüger von Werkstoff zu Werkstoff laufen und die angefangene Arbeit liegen lassen. Ich halte es nicht gerade für schön, Leute, die nicht hier sind, als Betrüger zu bezeichnen. Wenn jemand die Arbeit liegen läßt, weil er sie für den vom Meister gebotenen Accordlohn nicht fertigstellen kann, so liegt das doch nur daran, daß eben die Meister nicht selten einen zu niedrigen Lohn zahlen. In solchen Fällen die Arbeit liegen zu lassen, das hat wohl schon mancher gethan, der heut ein adäquater Meister ist. Solche Gesellen als Betrüger zu bezeichnen, das muß entschieden zurückgewiesen werden. Herr Lorenz meint, die Fragebogen seien ebenso berechtigt wie die Zeugnisse bei den Kaufleuten. Ja, diese arbeiten doch unter ganz andren Verhältnissen. Wenn Sie, meine Herren, uns, wie es bei den Kaufleuten üblich ist, lange Kündigung und dementirendes Lohn bewilligen wollen, dann lassen wir vielleicht auch wegen der Nachfragen mit uns reden. Es liegt uns ja überhaupt nur daran, daß wir uns, wenn Sie eine neue Arbeitsordnung für nötig halten, gemeinsam darüber verständigen.

V r y bemerkt nach längeren Ausführungen: Nachdem sich das Einigungsamt für zuständig erklärt hat, geben wir dem hohen Gericht anheim, darüber zu beraten, ob das, was wir von unsren Arbeitern verlangen, sich im Rahmen der Vereinbarungen hält, ob wir berechtigt sind, innerhalb unserer Betriebe Bestimmungen zu erlassen, und ob diese Bestimmungen die Grenzen der Billigkeit überschreiten. — Auf eine Anfrage des Beisitzers V e r n a r d erwidert Herr V r y: Beim Abschluß des Vergleichs nach dem Streit haben wir die Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts im Auge gehabt. Die §§ 616 und 804 des Bürgerlichen Gesetzbuchs waren uns damals noch nicht bekannt. Wenn aus dem Einigungsprotokoll gefolgert werden soll, daß wir unsere Verpflichtungen aus diesen Paragrafen nicht durch Vertrag auslösen dürfen, dann erkläre ich namens meiner Kollegen, daß wir die Aufhebung des Protokolls verlangen müssen. (Bewegung unter den anwesenden Arbeitern.)

Ahrens: Nach unserer Meinung kommen bei dem Vergleich vom 20. März 1900 diejenigen gesetzlichen Normen in Betracht, die zu jener Zeit zu Recht bestanden. Das sind die Paragrafen des Bürgerlichen Gesetzbuchs, und wir halten deshalb daran fest, daß den Arbeitern die Vergünstigungen, die ihnen aus diesen Paragrafen erwachsen, auch zu gute kommen. Das ist unser selbstverständliches Recht. Die Herren Arbeitgeber beklagen sich darüber, daß der Holzarbeiter-Verband mit Mißbilligung des Esrenen gegen einzelne Werkstellen vorgegangen sei. Das ist, wie wir schon öfter betont haben, nicht der Fall, und kann uns auch nicht nachgewiesen werden. Sie aber, meine Herren, haben ja doch Ihre Kollegen, welche die Kontrollbücher nicht annehmen, mit einer Strafe von 20 M. bedroht. Von den hinterlegten Sichtwechseln, auf die Sie hier nicht eingegangen sind, gar nicht zu reden. Wenn von unserer Seite irgend welche Maßnahmen mit ähnlichen Zwangsmitteln ins Werk gesetzt würden, dann wollten wir einmal sehen, welche ein Sturm der Entrüstung sich in Ihren Reihen erheben würde.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen, das Einigungsamt zieht sich zur Beratung zurück.

Nach fünfständiger Unterbrechung der Sitzung, während welcher Zeit längere Sonderberatungen der Parteien stattfanden, verkündete Vorsitzender v. S c h u l z: Das Einigungsamt ist noch nicht in der Lage, einen Schiedspruch, falls ein solcher notwendig werden sollte, zu fällen. Es wird ein neuer Termin angesetzt auf Mittwoch 5 Uhr nachmittags. Ich hoffe, daß wir in erster Linie Vergleichsvorschläge machen können, auf die sich beide Parteien einigen können. Wenn das nicht der Fall sein sollte, dann sind wir in der unangenehmen Lage, einen Schiedspruch zu fällen.

Aus der Frauenbewegung.

Der hiesige Verein „Frauenwohl“ hat an das preussische Abgeordnetenhaus eine Petition gerichtet:

„Gelegentlich der Revision des Kommunal-Wahlrechts für alle Stadt- und Landgemeinden in Preußen das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht für Männer und Frauen, die im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind und zu den Gemeinde-lasten beitragen, einzuführen und die öffentliche Auslegung der Wahllisten vier Wochen vor der Wahl anzuordnen.“

In der Begründung heißt es unter andrem:

„Die Mißstände der öffentlichen sowie der indirekten Dreiklassenwahl sind so bekannt und in die Augen fallend, daß sich für die allerseits als dringend notwendig anerkannte Reform des Gemeindevahlrechts lediglich das Reichstagswahlrecht zu Grunde legen läßt. Die Besonderen der Gemeinde-Organisation und ihre Verhältnisse rechtfertigen es jedoch, daß das Wahlrecht nur von wirtschaftlich selbständigen und in der Gemeinde selbständigen Personen ausgeübt wird, so daß in der Verwaltung der Gemeinde stimmberichtig ist, wer zu ihrer Erhaltung, wenn auch im geringsten Maße, beiträgt.“

Es ist zwar anerkennenswert, daß die „tabulalen“ bürgerlichen Frauen das gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen fordern, aber haben sie auch — um von allen weiteren Einwendungen abzu-

sehen — bedacht, daß durch die Einschränkung des „allgemeinen“ Wahlrechts auf diejenigen, die zu den Gemeindefähigen beitragen, die meisten — Frauen vom Wahlrecht ausgeschlossen würden?

Verein der Frauen und Mädchen Schöneberg. Am 10. Januar, abends 8 Uhr, im Klubhause, Gausw. 5/6: Regelmäßige Mitgliederversammlung. 1. Vortrag des Frauenv. Dr. Springer, prakt. Ärztin, über: „Wie kann man seine Kinder zu gesunden Menschen erziehen? 2. Diskussion, 3. Abrechnung der Weihnachtsspenden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Wahlen zum Kuratorium des Arbeitsnachweises der Brauereien Berlins haben für die Gruppe der Arbeitnehmer am vergangenen Sonntag stattgefunden. Sämtliche in der öffentlichen Versammlung vom 9. Dezember v. J. aufgestellten Kandidaten wurden gewählt. Bei den Brauereiführern wählten Wilhelm Richter und A. Heider und deren Erbgemänner mit 509 Stimmen gegen 330 Stimmen, welche letztere die seit 1895 im Kuratorium stehenden Bundesgenossen Lindner und Jung erhielten. In der zweiten Gruppe wurden in letzter Stunde von den zum Teil organisierten Handwerkern noch eigene Kandidaten aufgestellt, doch wurden nur 182 Stimmen für dieselben abgegeben, während Hermann Carl und Wilhelm Jordan bei deren Erbgemännern 1143 Stimmen erhielten. Wenn es auch ausgeschlossen ist, daß durch diese Neuwahl größere sofortige Änderungen im Arbeits- und Arbeitsnachweis-Verhältnisse eintreten werden, so lehrt doch der Ausgang der Wahl, daß die überwiegende Mehrheit der Berliner Brauer und Brauereiarbeiter den im Centralverband organisierten Kollegen ihre Zustimmung und Vertrauen entgegenbringt. Und auf Grund dieses Vertrauens werden sich auch fernerhin Verbesserungen in den Verhältnissen der gesamten Berliner Brauerei-Arbeiterschaft erreichen lassen.

Die Tischler- (Zwangs-) Innung, wenigstens was ihren Vorstand und ihre Delegiertenversammlung anbelangt, langt auch bei den jetzigen Differenzen zwischen Meistern und Gesellen wegen Einführung des sogenannten Kontrollbuchs wieder recht wider, wie es treuen Sozialen gegent, nach der Weise der Schlaraffen der „Freien Vereinigung der Holzindustriellen Berlins“, auf deren Drängen der Beschluß der Innungsleiter, die zwangswise Einführung eines neuen Arbeitsvertrags durch das Kontrollbuch, ja überhaupt zurückzuführen ist.

In einem den Mitgliedern der Innung soeben zugesandten Circular zeigen die Vorstände der Innung, der Freien Vereinigung der Holzindustriellen Berlins und des Centralverbandes der Tischlermeister Berlins an, daß in den nächsten Tagen von „hierzu besonders beauftragten Kollegen“ Recherchen in den Werkstätten bezug, bei den Meistern ausgeführt werden sollen. Diese „beauftragten“ sollen sich, so heißt es in dem Circular, „das Kontrollbuch und sonstiges hierauf bezügliche Material“ von den Inhabern der Werkstätten vorlegen lassen. Es soll also ein Druck auf diejenigen Tischlermeister ausgeübt werden, welche den Frieden mit ihren Arbeitern durch zwangswise Einführung des Kontrollbuchs bisher noch nicht gestört haben.

Deutsches Reich.

Die Formier in Knafstedts Maschinenfabrik in Kottbus streifen. Sie verlangen die Bezahlung des ohne ihr Verschulden entstandenen Ausschusses mit 2/3 des Accordpreises. Die Firma mutet ihnen zu, schon ausgezahlte Löhne für nach Berlin gelieferte Güterteile, die angeblich Ausschuss sind, zurück zu zahlen. Natürlich fehlt den Arbeitern jede Kontrolle.

Auf den Friedhof der Zwangsinnungen wird als Leichnam die Schuhmacher-Zwangsinnung zu Pöllchau abgeliefert. Die ehrwürdigen Meister von Hans Sachens Kunst sagen: „Die Konkurrenz der Fabrik und die Gewohnheit des Publikums, nur fertige Waren zu kaufen, hat die hiesigen Schuhmachermeister zu Schuldschuldern degradiert, denen das Innungswesen keine Vorteile bietet. Deshalb leuchtet uns nicht ein, weshalb wir eine Einrichtung unterhalten sollen, die ohne Gegenleistung nur Lasten und auferlegt.“ — Was sagen die Mittelstandsretter hierzu?

Die Aussperrung der Handschuhmacher in Halberstadt dauert fort. Nachdem sich eine der Hauptfirmen mit den Arbeitern geeinigt hatte, war angenommen worden, daß auch die übrigen Firmen Frieden schließen würden, diese Hoffnung ist aber leider nicht in Erfüllung gegangen. Die Firmen lehnten den Vergleichsvorschlag der Gesellen ab, und so geht der Kampf weiter.

Die Leinenindustriellen Westdeutschlands sind kürzlich beisammen gewesen und haben über die Lage der Leinenindustrie beraten. Das Resultat war, daß beschlossen wurde, die Produktion einzuschränken, um durch diesen beherrschten Unternehmer-Preis die Preise für die Leinenfabrikate in die Höhe zu schrauben. Und dieses Vorgehen der westdeutschen Leinenindustriellen ist auch der Grund, weshalb die Firma Münsinger in Braunschweig in „Erwägung“ gegeben hat, ob man den achtstündigen Arbeitstag oder eine fünf-tägige Arbeitswoche einführen wolle.

Eine Buchdruckermessregelung. Das Amtsblatt von Dortmund, die „Dortmunder Zeitung“ hat vor einiger Zeit in einem Heftblatt „Nichtverbändler“ durch Anzeigen gesucht. Als der hiesige Ortsverband der Buchdrucker sich diesbezüglich an die Firma wandte, erhielt er keine Antwort. Die in der Dortm. Ztg. beschäftigten Seher wurden auch bei der Geschäftsleitung vorstellig, man erklärte ihnen aber, Verbändler würden grundsätzlich nicht mehr eingestellt werden. Zugleich wurde ihnen versichert, daß sie nicht entlassen werden sollten. Das war am 10. Dezember 1900. Und schon am 12. Januar 1901 wurden die in der Dortm. Ztg. stehenden Seher durch eine ganz entgegengelegte Mitteilung überrascht. Die Verbandsmitglieder wurden aufgefordert, bis Dienstag, den 15. d. M., schriftlich zu erklären, daß sie aus dem Verbande austreten; andernfalls sollten sie ihre Stellung als gelündigt betrachten. Es handelt sich also um eine direkte Messregelung wegen Verbandszugehörigkeit. Von 33 beschäftigten Sehern gehören nur 12 dem Verbands an. Der Verband hat den ihm aufgezwungenen Kampf angenommen. Eine öffentliche Volksversammlung wird sich in diesen Tagen mit dem Thema befassen.

Sociales.

Eine Kleinigkeit Sozialreform. Nach der „Frankfurter Ztg.“ bestimmte der preussische Eisenbahnminister für die Gehilfen des Stations-, Bureau-, Abfertigungs-, Werkstätten- und sonstiger Dienste alle Gehilfen können unter Befassung ihrer Einkünfte bis zu 14 Tagen jährlich beurlaubt werden. Bei etwaigen Entlassungen ist ihnen mindestens ein Monat vorher zu kündigen. Arbeiterpreise, Lebensunterhalt und Aufenthaltsräume, die zu längerer Unterbrechung der Eisenbahnbediensteten dienen, sollen mit guten Wächern, Zeitungslesern, ausgestattet werden.

Warum? Den zahlreichen Arbeitern und Angestellten der Eisenbahnbetriebs-Werkstätten in Cottbus ist vor einiger Zeit der Austritt aus dem dortigen Konsumverein anbefohlen worden. Man geht offenbar mit der Absicht um, den Arbeitern eine Lohnzulage zu bewilligen, damit sie in der Lage sind, den Kleinräumern in Cottbus ihre teuren Waren abzukaufen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Arbeiter-Bildungsschule, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Seitenrangel 2 Treppen. Heute abend 9 Uhr: Beginn des Kurses in Naturerkennnis (die allgemeinen Grundlehrerkenntnisse). Vortragender Schriftsteller Dr. Bruno Vorwardt, Donnerstag, den 17. Januar, Nationalökonomie (die moderne Arbeiter-

bewegung), Vortragender: Rechtsanwalt Viktor Bräunl, Freitag, den 18. Januar, Rede- und Übung (Kursus für Fortgeschrittene), Vortragender: Dr. Steiner, Bibliothek, 3 Treppen, 8-9 Uhr. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

In Friedrichshagen findet am Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im Saale von Karl Conrad die außerordentliche Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt. Auf der Tagesordnung steht: Statutenänderung, Ergänzungswahl des Vorstands, Änderung der Monatsversammlungen. Um zahlreiches Erscheinen bittet. Der Vorstand.

Treptow-Baumfächerweg. Morgen Mittwoch hält der sozialdemokratische Verein „Vorwärts“ eine außerordentliche Generalversammlung im Lokale des Herrn Nöhler, Marienb. Orientb. und Ernststr. 10, ab. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Bericht und Neuwahl des gesamten Vorstands. Welche Vorteile bietet eine Konjungenossenschaft. Nur Mitglieder haben Zutritt. Der Vorstand.

Veranstaltungen.

Der III. Kongress der Christlichen Deutschlands trat am 18. Januar im Gewerkschaftshaus „Germania“ in Dresden zusammen. Anwesend sind 28 Delegierte. Den ersten Gegenstand der Verhandlung bildete der Geschäftsbericht der Centralkommission, den Klafschmann gab. Der Auftrag der Centralkommission, den dieselbe vom II. Kongress erhalten hatte, bestand darin, die Einführung einheitlicher Lohnsätze in die Wege zu leiten, die Gründung von Fachvereinen zu fördern und den Anschlag der Arbeiterinnen herbeizuführen. Was den ersten Auftrag anbelangt, so ist es gelungen, in den Städten Berlin, Dresden, Breslau, Leipzig einheitliche Tarife einzuführen. Fachorganisationen mit Anschlag der Arbeiterinnen bestehen in Berlin, Leipzig, Frankfurt a. M., Offenbach a. M. Nach Einführung des Berechnens überstieg der Verdienst der Gehilfen um ein beträchtliches den früheren Lohn. Die Leipziger Prinzipale trachteten deshalb nach Reduktion des Tarifs und beantragten die Schaffung eines Normaltarifs. Die Herren wurden auf den nunmehr stattfindenden Kongress verwiesen. Offenbach hat den gewissen Geld wieder eingeführt und zwar ohne Zustimmung der Centralkommission. Die ausgesommene Statistik ergibt, daß 2/3 der Christlichen Mitglieder des Verbands der Deutschen Arbeiter sind. Die Delegierten erklären sich im allgemeinen mit der Tätigkeit der Centralkommission zufrieden. Dem Bericht folgen verschiedene Ergänzungen mit dem Hinweis, daß in den noch folgenden Situationsberichten der Delegierten weitere Aufklärung über getane Schritte folge. Damit schließt die erste Sitzung.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und der Umgegend. Eine Anschließung des Bundes fand am 6. Januar statt. Der zweite Kassierer des Bundes, Robert Meyer, legte die detaillierte Abrechnung vom Sängerkongress in Weihenau vor. Nach dieser steht einer Gesamteinnahme von 4091,05 M. eine Gesamtausgabe von 2481,10 M. gegenüber. Es verbleibt demnach ein Ueberschuß von 2209,95 M. Von den Revisoren ist diese Abrechnung geprüft und wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Zum Arrangement am 18. März wurde bekannt gegeben, daß der Komponist Weisheimer aus Italien Mitte Februar in Berlin eintrifft und gewillt ist, die Proben zu leiten. Da die Weisheimerischen Kompositionen Schwierigkeiten bieten, wurden die größeren und mit gutem Stimmenmaterial versehenen Vereine, welche gewillt sind, diese Lieder in ihren Uebungsstunden einzulernen, sowie Proben und Aufführung mitzumachen, aufgefordert, dieses dem Vorstande bis Sonntag, den 18. Januar, anzuzeigen. — Die dem Ausschuss vorgelegte Statistik über die Organisationsfrage der Vereinsmitglieder des Bundes hat folgendes Resultat ergeben: Bis zum 1. Januar 1901 haben 184 Vereine den vorgelegten Fragebogen beantwortet. Die Gesamtmitgliedschaft beträgt 4646 Personen, von diesen sind 4009 organisiert und 637 nicht organisiert und zwar: 2982 gewerkschaftlich, 1907 politisch und 1706 gewerkschaftlich und politisch. — Nachdem vom Vorsitzenden bekannt gegeben, daß die Liedertextbücher mit Tonangabe (Jubiläumsausgabe) pro Stück mit 20 Pfennig an die Vereine resp. Mitglieder abgegeben werden, erfolgte Schluß der Sitzung.

China.

Die Note unterzeichnet.

Eine Depesche aus Peking vom Sonntag meldet: Prinz Tsching hat die gemeinsame Note am Sonnabend, Li-Hung-Tschang hat sie heute unterzeichnet.

Ob die beiden Friedensvermittler zu der Unterzeichnung vom 5. Tage autorisiert worden waren, wird nicht mitgeteilt. Besamlich hatte Li-Hung-Tschang erklärt, eventuell auf eigene Faust die Note unterzeichnen zu wollen. Durch die Unterzeichnung der Note ist den Mächten nun der Vorwand genommen, noch länger mit den Einzelheiten ihrer Forderungen geheimnisvoll hinterm Berge zu halten. Ob nunmehr wenigstens die Boxerjagden eingestellt werden?!

Prinz Chun

stattete dem deutschen Gesandten einen Besuch ab. Die Unterredung hatte, wie es heißt, ein günstiges Resultat. Die Ernennung Chuns zum kaiserlichen Abgesandten mit der Mission, sich nach Deutschland zu begeben, wurde gutgeheißen. Prinz Su wird ihn wahrscheinlich nach Europa begleiten.

Prinz Chun hatte unlängst die Boxerbewegung als nationale Bewegung bezeichnet und über die einseitige Beurteilung der chinesischen Verhältnisse seitens der Mächte Klage geführt. Sein Besuch in Berlin giebt ihm hoffentlich Gelegenheit, den Hunnenkrieg ein wenig in chinesischer Auffassung zu beleuchten.

Waldersee

meldet am 13. aus Peking: Kolonne Pabel kehrt morgen zurück, nachdem durch Vormarsch auf Kining festgestellt ist, daß die nach Suanhuwa zurückgekehrten chinesischen Truppen rechtzeitig Rückzug angetreten haben.

Die Chinarekruten.

Für den Rekrutentransport nach China ist der Lloyd-Dampfer „S. H. Meier“ gechartert, welcher am 18. Januar abgehen soll. Oberstabsarzt Dammann vom Expeditionscorps der Marine-Infanterie ist aus China hierher zurückgekehrt.

Kein Landerwerb, sondern — Anexion.

Nach einer Washingtoner Meldung aus Peking erklärte der dortige russische Gesandte v. Giers, als ihm das Gerücht gemeldet wurde, daß Rußland sich bemühe, ein Sonderabkommen mit China zu treffen, wenn das der Fall wäre, würde er die gemeinsame Note nicht unterzeichnen haben, wenigstens es ja möglich sei, daß, soweit die Mandchurei in Betracht komme, Rußland und China besondere Abmachungen trafen, die nicht gegen irgendwelche Verträge verstießen, die Rußland oder andere der verbündeten Mächte abgeschlossen hätten. Er glaube nicht, daß Rußland die Absicht hege, die Mandchurei tatsächlich zu behalten, sei aber andererseits der Ansicht, daß es nötig sein werde, die Eisenbahn auf unbestimmte Zeit zu bewachen. Er bestreite die Behauptung anderer Gesandten, daß Rußland sein Wort gebrochen habe, indem es eine Konzeption bei Peking erwartete, er sei vielmehr der Ansicht, daß Peking in Wirklichkeit eine Fremdenstadt sei. Rußland habe die Notwendigkeit gefühlt, im Interesse seiner Handelsbeziehungen einen bestimmten Landstrich in seinen Besitz zu bringen. Rußland werde aus diesem Stande ein wertvolles Besitztum machen, welches Russen und Chinesen zu gute komme; er betrachte die Angelegenheit daher nicht als Landerwerb.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Reichswahl in Oesterreich.

Wien, 14. Januar. (B. Z. B.) Nach den bisher vorliegenden Wahlergebnissen haben die Handelskammern in Kärnten, Steiermark und Oberösterreich zwei Anhänger der Deutschen Volkspartei und zwei Mitglieder der deutschen Fortschrittspartei gewählt. Der Bestzustand ist somit unverändert geblieben. Bei den Städtewahlen in Niederösterreich wurden bisher zwei Deutschvölkische und ein deutschfortschrittlicher Abgeordneter gewählt, ferner sind zwei Städtewahlen erforderlich geworden in Aorneuburg und Wiener Neustadt zwischen Socialdemokraten einerseits und einem Christlich-Socialen und einem Deutschvölkischen andererseits.

Von den Wiener Wahlbezirken ist vorläufig erst das Wahlergebnis aus folgenden Bezirken bekannt: Der zweite Bezirk wählte den Deutschfortschrittler Vogler, im dritten Bezirk wurde Steiner, im fünften Strobach, im sechsten Patai, im siebenten Gehmann, im achten Schlegelinger, im neunten Weichinger und im sechzehnten bis neunzehnten Prinz Lichtenstein, sämtlich Christlichsocial, gewählt.

Wien, 14. Januar. (B. Z. B.) Bei den Städtewahlen in der Städteturie wurde in Saaz der deutschfortschrittliche Schüler wieder gewählt gegen den Deutschradikalen Herold. In Leitzen unterlag der deutschfortschrittliche Journier gegen den Deutschradikalen Tichmann. Die deutschfortschrittlichen verlieren daher ein weiteres Mandat aus der Städteturie Böhmens. In der Städteturie in Niederösterreich unterlag in St. Pölten der bisherige Abgeordnete Joz (Christlichsocial) gegen den Deutschvölkischen Voelll. In Baden siegte der deutschfortschrittliche Mardet gegen den Christlichsocialen Adler.

Aus der französischen Deputiertenkammer.

Paris, 14. Jan. (B. Z. B.) Der Socialist Sembat interpellierte in der Deputiertenkammer über die Einmischung des Vatikans in die inneren Angelegenheiten Frankreichs. Sembat fragt, ob nicht die Regierung gegen die Veröffentlichung des jüngsten Briefes des Papstes an den Erzbischof von Paris anlässlich des Gefekentwurfs betreffend die Kongregationen protestiert habe. Ribot sagt, der Papst habe das Recht, seine Stimme zu erheben, wenn er die religiösen Interessen bedroht glaube. (Beifall rechts und im Centrum.) Waldeck-Rousseau führt aus, die Regierung sehe in dem Briefe des Papstes keine Drohung, werde aber dessen Einmischung nicht zulassen. Er schließt mit der Versicherung, daß die Regierung Toleranz habe, aber auch verlange, daß die Rechte des Staats gewahrt werden. (Beifall.) Ribot erklärt sich von den Ausführungen des Vorredners vollständig befriedigt. — Alsdann nimmt der Ministerpräsident Waldeck-Rousseau eine Tagesordnung an, in welcher die Erklärungen der Regierung gebilligt und auf deren Festigkeit gezählt wird, um die Rechte des Staats zu sichern. Der erste Teil, welcher die Billigung der Regierungserklärungen enthält, wird mit 409 gegen 95 Stimmen und der zweite Teil mit 810 gegen 92 Stimmen angenommen. Mehrere Deputierte beantragen Zusätze zu dieser Tagesordnung.

Sonderbare Attentäter.

Bukarest, 14. Januar. (B. Z. B.) Nach einer Meldung des „Unibersal“ hat die Wiener Polizei die rumänische Regierung verständigt, daß rumänische Anarchisten (?) ein Attentat auf den Erzherzog Milan vorbereitet, aber bis jetzt noch nicht Gelegenheit gefunden haben, dasselbe auszuführen. Die Regierung versagte die strengsten Maßregeln behufs Entzerrung der Verschworenen.

Die Boeren und der englische Friedensvorschlag.

Breslau, 14. Januar. (B. Z. B.) Herr Hans Hermann, der Specialkorrespondent verschiedener deutscher Zeitungen während des Transvaalkriegs, der kürzlich nach mannigfachen bitteren Erfahrungen zur Erholung nach Europa gekommen ist, giebt dem „Bresl. Gen.-Anz.“ nachfolgendes zur Veröffentlichung: Durch die Zeitungen laufen auf einmal Gerüchte, daß England Frieden mit den Boerenstaaten zu machen gedenkt. Die Unabhängigkeit der beiden Boerenstaaten solle garantiert werden, vorausgesetzt, daß sie ihre Forts schleifen und ihre Artillerie auflösen. Sie müßten ferner das Gebiet des Randb in Goldminendistrikt Johannesburg überlassen. Ich habe die Autorisation des Präsidenten Stejn, derartigen Gerüchten, sollten sie einmal bei Wendung der Wagschale nach der Boerenseite auftreten, entgegenzutreten. Der Kampf geht „um das Ganze“; es heißt entweder „siegen“ oder „unterliegen“ kein Mittelweg. Als es sich um die Kapitulation von Johannesburg handelte, gab es eine Partei, unterstützt von Abenteuerern aller Nationen, die die Mienen von Johannesburg, dem Janapfel der ganzen Situation, in die Luft sprengen wollte. An ihrer Spitze stand der Richter Rod, der Sohn des bei Elandsbaag gefallenen Generals gleichen Namens. Man einigte sich, Rod wurde arretiert. Der Kommandant von Johannesburg, Krassa, und General Louis Botha waren weise genug, einzugehen, daß sie, wie auch nach der Wendigung des Kriegs der Status wäre, wer die Regierung haben sollte, ob Briten oder Afrikaner, die Einnahmequelle des Landes intakt bleiben müsse. Das Gebiet Johannesburg wurde von beiden kriegführenden Parteien wie ihr Augapfel gehütet. Kräger sprach stets von „unsern“ Mienen und „unsern“ Dynamitkonzeptionen, dem Erstein des Staats“. Es heißt jetzt das Jahrhundert des Unrechts und der englischen Mißwirtschaft in Südafrika abzuschließen mit einem siegreichen Kriege oder in der Erreichung des Ziels untergeben. Alles dreht sich nur um die Frage der Zukunft, ein vereinigtes Südafrika. Selbst wenn England siegt, liegt es im Interesse des Kolosses von Rhodes und seiner Clique, auf die baldige Erreichung dieses Ziels hinzuwirken; die Boeren wollen das gleiche. Wir wollen abwarten, wer stärker ist.

Duisburg, 14. Januar. (B. Z. B.) Amlich wird gemeldet: Gestern abend 10 Uhr 54 Min. stieß auf Bahnhof Duisburg infolge dichten Nebels der vorzichende Personenzug 225, Duisburg-Oberhausen mit dem in der Ausfahrt nach Ethern begriffenen Güterzug 8615 seitlich zusammen. Personen wurden nicht verletzt. Der Betrieb ist nicht gestört.

Hamburg, 14. Januar. (B. Z. B.) Der Kommandeur der Schutztruppe in Kamerun, Major Kompp, ist hier eingetroffen, um im Prozeß gegen Hauptmann v. Besser als Zeuge vernommen zu werden.

Hamburg, 14. Januar. (B. Z. B.) Im Mobilienlager von Hugo Schid, Elbstr. 92, brach heute abend Feuer aus. Das Lager ist größtenteils zerstört. Der Geschäftsinhaber hat bei dem Feuer seinen Tod gefunden.

Paris, 14. Januar. (B. Z. B.) Kriegsminister André ordnete gegen den Brigadegeneral Gellin de Bourgoigne wegen einer von ihm gehaltenen anti-republikanischen Rede eine Untersuchung an.

Paris, 14. Januar. (B. Z. B.) „Patrie“ meldet aus Nizza die Verhaftung eines russischen Prinzen, dessen Name noch geheim gehalten wird, wegen Teilnahme an einem Komplott gegen das Leben des Jaren.

La Chiappa (Korsika), 14. Januar. Lloyd-Meldung. Der italienische Dampfer „Leone“ ist unweit der korsischen Küste zu Grunde gegangen. An der Küste werden viele Leichen gefunden.

London, 14. Januar. (B. Z. B.) Infolge einer Explosion in einer Gutfabrik wurden 10 Personen getötet und mehrere verwundet.

London, 14. Januar. (Lloyd-Meldung.) Von der Besatzung des italienischen Dampfers „Leone“, welcher unweit der korsischen Küste zu Grunde gegangen ist, sind 4 Mann ertrunken; 4 Mann wurden gerettet. Ueber das Schicksal der übrigen ist man in Ungewißheit.

Madrid, 14. Januar. (B. Z. B.) In dem hiesigen Palais des Marquis Veraldo, eines Vertreters von Don Carlos, hat heute eine polizeiliche Hausdurchsuchung stattgefunden; die Schriftstücke, welche man suchte, wurden jedoch nicht gefunden. Die Behörden lassen fortwährend die Carlisten sorgfältig überwachen.

Malaga, 14. Januar. (B. Z. B.) Die Leiche des Jugenkurds der „Gnefenan“ ist an Land gespült und wird auf dem englischen Friedhof beerdigt werden.

Reichstag.

25. Sitzung vom Montag, den 14. Januar 1901, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky.

Die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt. (Titel Staatssekretär.)

Abg. Dr. Sipe (L.):

Die 12 000 Mark-Affäre ist durch die präzisen Erklärungen des Herrn Reichskanzlers für uns erledigt und es wäre angebracht, nach den ausführlichen Erörterungen diese Angelegenheit nun endlich ruhen zu lassen. Auch die Remonstrationen des Herrn Bued können und nicht veranlassen, für die vorgestern von dem Herrn Abg. Fischer eingebrachte Resolution zu stimmen. Wir hoffen, daß das Vorgehen des Herrn Bued das Reichsamt des Innern davon überzeugt haben wird, wie gefährlich es ist, mit einem so einseitigen Interessenverband in Beziehung zu treten und wie geboten es erscheint, die Scheidelinie scharf zu ziehen. Die 12 000 Mark-Affäre bedauern auch wir, aber von einem System der Abhängigkeit des Reichsamts des Innern vom Centralverband kann nicht die Rede sein. Einer solchen Annahme stehen die Thaten des Herrn Grafen Posadowsky entgegen, ich erinnere nur an seine Stellungnahme für die Rentenstellen. — Wir meinen, auch die Rufe könnten nun zufrieden sein, nachdem endgültig das Nichtwahrnehmen dem Reichsamt des Innern und dem Centralverband durch das Vorgehen des Herrn Bued gesamt ist.

Ich komme nun zur Socialpolitik. Was die Väterverordnung anlangt, so sind wir stets für einen erhöhten Schutz der Vätergesellschaften eingetreten, nur über die geeigneten Wege dazu gehen die Ansichten auseinander. Vor allem sind wir der Meinung, daß in Bezug auf die Arbeitszeit eine Wochenregelung der Tagesregelung vorzuziehen ist. — Herr Bued hat das Register der Gewerbeinspektions-Berichte eingehend kritisiert. Ich kann mich dieser Kritik der überaus fleißigen Arbeit nicht anschließen, höchstens wäre es angebracht gewesen, alle Mitteilungen über die Beschäftigung verheirateter Frauen unter ein Stichwort zu bringen.

Was nun die Hauptsache, die Fortentwicklung der Socialreform anlangt, so haben die Herren Bostermann und Köfide bereits überaus dankenswerte Anregungen gegeben. Nach den Erklärungen des Herrn Staatssekretärs liegen ja genug Eisen im Feuer, aber die Entwicklung geht doch etwas sehr langsam vorwärts. Ueber die gewerbliche Kinderarbeit, über die Arbeit verheirateter Frauen, über die Lage der Handindustrie schweben schon lange Erhebungen, ohne daß positive gesetzliche Maßnahmen in nächster Aussicht ständen. Der gestrige Anregung des Abg. Bued über die Verächtlichmachung der Steinarbeiter schließe ich mich durchaus an. Ich habe die Denkschrift mit Interesse gelesen, sie bietet Anhaltspunkte genug. Auf die Frage des sanitären Maximal-Arbeitsstages ist noch nicht weiter fortgeschritten. Die Kommission für Arbeiterkassen schien eine Prüfung allmählich abzuschließen, jetzt ist aber doch erfreulicherweise eine Reihe von Aufträgen geworden, die eine fruchtbringende Tätigkeit dieser Kommission sichern. Dazu gehören Erhebungen über die Arbeitszeit der Angestellten im kaufmännischen Betriebe, und die Erhebungen über das Fleischereigewerbe. Der Reichstag hat übrigens auch eine Resolution angenommen betr. Erhebungen über das Bekleidergewerbe. Hoffentlich wird auch diese Materie der Kommission überwiesen. Daß die Krankenversicherungs-Novelle noch nicht kommt, ist ja bedauerlich, aber wohl durch die umfangreichen Vorarbeiten zu erklären. Was die Beschränkungen der freien Hilfestellen in dieser Vorlage anlangt, so möchte ich den Herrn Staatssekretär doch dringend bitten, nicht wieder Gesetze einzubringen, die doch abgelehnt werden und nur Mißstimmung hinterlassen. Weiter möchte ich den Herrn Staatssekretär um Auskunft darüber bitten, wie es mit dem Befähigungsnachweise im Handwerksgerber steht. — Man hat gesagt, für die soziale Reform sei jetzt eine Schonzeit nötig. Ich kann das nicht anerkennen. Sehr zweckmäßig wäre dagegen, nachdem nunmehr die Arbeiterschutz-Gesetze zehn Jahre lang bestehen, eine Erhebung über die Wirkung dieser Gesetze. Vielleicht können mit dieser Aufgabe die Gewerbeinspektoren betraut werden. — Alle socialpolitischen Aufgaben können nicht wirksam gefördert werden, wenn nicht ein Reichs-Arbeitsamt geschaffen wird zur Entlastung des Reichsamts des Innern. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Hoch (SoC.):

Jedes Jahr wird uns bei diesem Etat, wenn wir unsere Kritik anbringen, vorgehalten, unsere Angriffe seien übertrieben. Aber auch in diesem Jahre ist es nicht gelungen, irgend einen Angriff, der von uns erhoben ist, als ungerichtet zu erweisen. Auch dasjenige, was der Herr Vertreter der sächsischen Regierung gegenüber dem Genossen Wurm antwortete, war nicht geeignet, daß die Angriffe Wurms gegen die sächsische Fabrikinspektion unbedeutend gewesen wären. Der Regierungsvortrag spricht von dem allgemeinen Mißtrauen der Arbeiter. Es ist ja sehr leicht, das Bedauern über ein derartiges Mißtrauen auszusprechen. Aber man muß doch fragen, woher kommt das Mißtrauen? Es ist die naturgemäße Folge des Verhaltens der Gewerbe-Aufsichtsbeamten den Arbeitern gegenüber. Wenn die Arbeiter von diesen stets schikaneert und ungerecht behandelt werden, so schwindet naturgemäß das Vertrauen ganz von selbst. Wo dagegen die Beamten demütig sind, ihre Pflicht zu thun — und auch solche gibt es — dann gewinnen sie auch mit der Zeit das Vertrauen der Arbeiter. Lesen Sie nur die bayerischen, hessischen und württembergischen Berichte, da finden Sie fast auf jeder Seite die Erklärung, daß das Mißtrauen der Arbeiter mit der Zeit beseitigt werden konnte. Der Herr Regierungsvortrag schüttelt den Kopf, da hat er jedenfalls die Berichte nicht genau durchgesehen. In Württemberg kommen die Inspektoren mit den Arbeitern, sogar mit den socialdemokratischen Arbeitervertretern zusammen, ja in einer solchen Zusammenkunft fragte einmal ein Arbeiter, ob die in die Handlung des Inspektors nicht ungerecht wäre. Der Inspektor antwortete ruhig und sachlich, und das Vertrauen war wieder hergestellt. Der Herr Regierungsvortrag sprach von einem Beamten, der berichtet hätte, daß die Arbeiter in öffentlichen Versammlungen über Mißstände Klage geführt hätten, und daraus einfach den Schluß zog, daß ihnen wohl nichts daran gelegen hätte, mit ihm selbst in Verbindung zu treten. Ich verstehe nicht, wie der Regierungsvortrag es wagt zu behaupten, daß der Gewerbeinspektor den Arbeitern einfach diese Absicht unterschiebt, statt nach den Gründen zu forschen, weshalb wohl die Arbeiter sich nicht an ihn gewandt haben. — Der Herr Vorredner hat das Register meinen Kollegen Wurm gegenüber verteidigt. Die Angriffe meines Parteigenossen über die verkehrte Wahl der Stichworte sind aber nicht widerlegt worden. Schließlich ist aber das Inhaltsverzeichnis der Schlüssel zu den ganzen Gewerbeberichten.

Wir haben nun wieder das traurige Schauspiel erlebt, daß die Vertreter der bürgerlichen Parteien erklärten, mit den Leistungen der Socialpolitik nicht zufrieden zu sein. Der Herr Staatssekretär hat ihnen ja geantwortet: Was wollen Sie denn, Sie haben ja selbst die Regierungsvorlagen verschlechtert. Darin liegt durchaus ein richtiger Kern. Besonders die maßgebende Partei, das Centrum, trägt sehr viel Schuld an dem ungenügenden Ergebnis der Socialpolitik. Es wäre sehr wünschenswert, daß es ebenso eifrig für die Socialreform einträte, wie für die Verteuerung der Lebensmittel. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Es macht aber doch den Eindruck, daß vom Reichsamt des Innern selbst direkt darauf hingewirkt wird, alle Vorlagen möglichst zu verschleppen und selbst das Notwendige so lange hinauszuschieben, wie es irgend möglich ist. Das sehen wir wieder am Krankenversicherungs-Gesetz. Der Herr Staatssekretär wußte doch ganz

genau, daß das Material von den verbündeten Regierungen sehr allmählich einläuft, er hätte also viel früher das Material einfordern müssen.

Ganz ähnlich liegt es ja auch mit der Regelung der gewerblichen Kinderarbeit und der Frauenarbeit. Die Erhebungen liegen jetzt vor. Was aber ist Neues dadurch zu Tage gefördert worden? Absolut nichts. Die traurigen Zustände, die nun amtlich festgestellt sind, waren schon vorher jedem Sachkenner bekannt, nur dem Reichsamt nicht. So geht es immer. Enquêtes und Enquêtes, Denkschriften und Denkschriften werden ausgearbeitet und darüber vergehen Jahre. Jetzt soll über die Frauenarbeit wieder eine Denkschrift ausgearbeitet werden. Ja, wenn der Arbeiterklasse mit Denkschriften geholfen werden könnte, dann wäre ihre Lage glänzend. Beschämend ist manchmal die bureaukratische Unfähigkeit. So erklärt das Reichsamt des Innern bei der Enquete über die Kinderarbeit, daß es sich den Vorlaut der Gesetze über die Kinderarbeit in den Einzelstaaten Nordamerikas nicht habe verschaffen können. Ja, warum denn nicht? Die vorgeschrittenen australischen Gesetze über die Kinderarbeit werden mit keinem Wort erwähnt. Im Braunschweiger „Archiv“ haben aber Dr. Karpeles und andre über diese Gesetze eine Arbeit veröffentlicht. Was Privatmännern möglich ist, sollte doch auch eine Regierung leisten können! Da ist es kein Wunder, wenn im Reichsamt des Innern häufig die völlige Unfähigkeit herrscht, die Wünsche der Arbeiter auch nur zu verstehen. Die Frage des Bauarbeiterlohnes liegt für das Reich sehr einfach. Es soll nur für genügende Kontrolle sorgen und praktische Bauarbeiter als Controlleure anstellen. Diese Wünsche sind von den Bauarbeitern seit Jahren beim Reichsamt erhoben worden. Der Herr Staatssekretär ist auf diese Wünsche auch eingegangen und hat in einem Rundschreiben erklärt, wie er sich die Sache von den Einzelregierungen durchgeführt denkt; danach soll ein Arbeiter den Bau kontrollieren, der von dem Unternehmer selbst bezahlt wird, und wenn der Unternehmer die vorgeschriebenen Schutzvorschriften nicht durchführt, dann soll er ihn darauf aufmerksam machen. Belgert sich der Unternehmer, dem guten Rat seines Arbeiters zu folgen, so ist der Arbeiter verpflichtet, zur Polizei zu gehen und den Unternehmer zu denunzieren. Einen Scherz hat sich der Staatssekretär doch offenbar nicht leisten wollen. Man muß diesen Vorschlag wirklich für bitteren Ernst halten. Er muß wirklich glauben, daß irgend ein Unternehmer es sich gefallen lassen wird, von einem von ihm bezahlten Arbeiter kontrolliert und denunziert zu werden. Uebrigens hat keine Einzelregierung sich mit einer solchen Maßregel, wie sie der Staatssekretär empfiehlt, lächerlich gemacht. Nur in Preußen hat man auf das Rundschreiben reagiert und zwar so, daß man die Kontrollbeamten für die Rosten vor der Jmung stellen läßt. Das ist nun einmal preussische Socialreform. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Eine seine Antwort hat die lahrische Regierung dem Staatssekretär gegeben. Sie hat ihm gewissermaßen gezeigt, wie es richtig angefangen werden könnte. Sie hat nämlich eine Konferenz zur Besprechung der Frage einberufen, an der die Gewerbe-Aufsichtsbeamten, Vertreter der Regierung, der Unternehmer und der Arbeiter teilnahmen. Die „Baugewerks-Zeitung“ hat auch ersandt geschrieben, vier Arbeiter seien dagewesen, darunter drei wahrhafte socialdemokratische Agitatoren. Einheitsig war diese Konferenz der Ansicht, daß eine Kontrolle der Rosten durch Arbeiter notwendig sei, daß aber diese Arbeiter Beamten sein müßten und nicht in Lohn und Brot bei einem Unternehmer stehen dürften. Die Gemeinden München und Nürnberg haben auch dem entsprechenden Einrichtungen getroffen, ja, sie haben sich sogar direkt an die Arbeiterorganisationen gewendet.

Das Reichsamt des Innern hat ein besonderes Geschick, alle Dinge falsch anzufassen. Ueber die Art, wie die Statistik über die Kinderarbeit vorgeföhrt ist, führt das statistische Amt lebhaft Klage. Von den Erhebungen über die Frauenarbeit sagt der Gewerbeinspektor von Baden: „Das völlig negative Ergebnis hat seinen Grund in der zu schablonenhaften Art der Fragestellung. (Hört! hört! b. d. Soc.) Die vom Reichsamt des Innern vorgeföhrtene Fragestellung beruht auf der Unterstellung, daß für verheiratete Frauen andre gezielte Schutzmaßnahmen notwendig seien als für unverheiratete Fabrikarbeiterinnen. Die Antwort auf eine solche Frage konnte nur verneinend ausfallen.“ Es giebt eben Fragen, die der größte Mann nicht beantworten kann. Statt daß das Reichsamt des Innern bei allen Angelegenheiten, wo Arbeiterinteressen in Frage kommen, bestimmt, daß man sich an die Arbeiter in erster Linie zu wenden hat, geschieht das Gegenteil. Das zeigte sich besonders deutlich bei der Vorbereitung der Reform der Krankenversicherung. Solange die Orts-Krankenkasse von Frankfurt a. M. unter der Herrschaft der Unternehmer stand, herrschte in ihr die ärgsten Mißbräuche und sie ging auf den Vortritt zu. Nachdem die Arbeiter die Kasse erobert haben, ist sie ein Musterinstitut geworden. Davon scheint auch der preussische Regierungsrat Dr. Hoffmann aus Berlin nach Frankfurt a. M., um die Kasse zu inspizieren. Der Herr ging mit einem Vertreter des Frankfurter Magistrats hin, hielt sich eine halbe Stunde auf, richtete aber nicht eine Frage an die Vorstandsmitglieder der Kasse. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten; Bundesratsbevollmächtigter Fischer: In Dresden haben wir es anders gemacht.) Nun, einmal kann in Dresden schon etwas Besseres geschehen als in Preußen. (Heiterkeit.)

Präf. Graf Vasseström:

Ich bitte keine Privatgespräche zu führen. (Heiterkeit.)

Abg. Hoch (fortföhrend):

Man arbeitet direkt darauf hin, unrichtiges Material von den Polizei-Organen zu erhalten. Man schreibt ihnen vor, was sie berichten sollen. So ist der bekannte Artikel des Regierungsrats Dr. Hoffmann im preussischen Verwaltungsblatt erschienen, das von allen Beamten gelesen wird. Er sagt darin: so und so denke ich mir die Reform. Natürlich werden dadurch die Beamten ganz unwillkürlich beeinflusst, entsprechend zu berichten. Das ist eine unredliche Art und Weise, Material für die Gesetzgebung zu erhalten. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) In der geheimen Enquete, die die Regierung über die Reform der Krankenversicherung veranstaltet hat, findet sich auch folgende Frage: Sodan sind in einer Nachweisung diejenigen Orts-Krankenkassen aufzuführen, bei denen Vorstandsmitglieder sich als Angehörige der socialdemokratischen Partei bezeichnen und ob in diesen Klassen die Verwaltung zu socialdemokratischen Vorzeigenden mißbraucht worden ist besonders bei Streikthätigkeiten mit Ärzten, Apothekern usw. In dieser Frage liegt eine unerhörte Beschimpfung für die Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Es ist eine Verletzung von Recht und Verfassung (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wenn die Socialdemokraten ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen, so geht es die Behörde gar nichts an, ob sie Socialdemokraten sind. Im Krankenlastergesetz wird kein Unterschied zwischen socialdemokratischen und nicht socialdemokratischen Arbeitern gemacht. Es ist unerhört, daß Recht und Gesetz so verletzt werden können. Es ist eine Herabsetzung der socialdemokratischen Arbeiter zu Bürgern zweiter Klasse.

Vizepräsident Wähing:

Ich kann es nicht für zulässig erachten, daß der Redner sagt, die socialdemokratischen Arbeiter werden auf Anweisung von oben zu Bürgern zweiter Klasse herabgedrückt. Ich rufe den Redner deshalb zur Ordnung.

Abg. Hoch (fortföhrend):

Gegen ein solches Vorgehen bei der Fragestellung hat der Herr Staatssekretär die Pflicht einzuföhren. Wir haben die ethische Pflicht, mitzuwirken bei der socialpolitischen Gesetzgebung. Wenn aber so die Aufgabe durch Vorlegung falschen Materials er-

schwert und unmöglich gemacht wird, müssen wir wirklich die Luft verlieren.

Der Herr Staatssekretär meinte, wenn einmal der Tag kommen sollte, wo einer seiner Nachfolger den Weisfall eines Socialdemokraten finden könnte, so wäre dies das Ende der bürgerlichen Gesellschaft und des Deutschen Reichs. Nun wir haben niemals verlangt, daß die Regierung socialdemokratische Politik treiben solle, wir verlangen aber, daß die Regierung dasjenige durchföhrt, was unter den gegenwärtigen Verhältnissen möglich ist, daß sie vor allen Dingen überhaupt weis, was sie will und einen bestimmten socialpolitischen Plan verfolgt. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Die Arbeiter wollen Verbesserungen haben, aber sie wollen sie auf Grund genauer Erforschungen der Thatfachen haben. Die Organisation des Reichsamts des Innern ist doch von Grund aus verfehlt, so daß alle Vorbedingungen fehlen, damit sich die socialpolitische Gesetzgebung ergiebig entfalten kann. (Weisfall bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Der Herr Vorredner hat ein sehr zutreffendes Wort gesagt. Er meinte, er könne von den Vertretern der Regierung nicht mehr verlangen, als sie unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen leisten können. In seinen Ausführungen hat er sich aber nicht auf diesen Boden gestellt. Er hat nicht genügend berücksichtigt, daß ich als Minister in einem förderativen Staat mich stets mit sämmtlichen Staaten einigen muß und nicht so despotisch anordnen kann, wie er das glaubt. Wenn Sie wählen, was auserordentlich schwierig manchmal selbst das zu erreichen ist, was Ihnen hier vorgelegt wird, so würden Sie in Ihrem Urteil etwas ruhiger, etwas milder und damit etwas gerechter sein. Ueberhaupt würden wir weiterkommen, wenn Sie Ihre Beschwerden in einer etwas ruhigeren Weise hier vorbringen würden. Wenn wir hier von Tag zu Tag nur immer Vorwürfe hören und alles als böswillig, schlecht und ungeschickt gemacht hingestellt wird, dann stumpfe ich nicht nur dagegen ab, sondern auch meine Beamten. (Sehr richtig! reakt.) Sie wollen das Interesse der Arbeiter schützen und wir auch! Verlassen Sie sich darauf! Das geht besser bei der ruhigen Erörterung, wie wir sie ja auch in den Kommissionen mit den Socialdemokraten pflegen.

Ich muß noch auf einzelne Punkte eingehen. Was die Streik-Kaufel in den Verträgen des Fiskus angeht, so kann ich erklären, daß keineswegs die Absicht besteht, einen Streik stets als eine vis major anzusehen, die vom Vertrage entbindet, sondern es soll in jedem einzelnen Fall geprüft werden, aus welchen Ursachen der Streik hervor-gangen ist, und danach wird der Ministerpräsident entscheiden, ob die Frist zur Ausführung hinauszuschieben oder der Unternehmer zur Erfüllung seiner Pflicht anzuhalten ist. Was die Väterverordnung anbelangt, so ist zuzugeden, daß auf dem Gebiet der Väderei schwere Uebelstände durch gerichtliche Erkenntnis festgestellt sind (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) und es liegt im dringendsten hygienischen Interesse, diesen Uebelständen entgegenzutreten. Man muß aber den Vädereibesitzern eine ausreichende Uebergangsfrist gewähren, wenn sie nicht schwer geschädigt werden sollen.

Die Berichte sollen weiter allzu milde verfahren bei Vernachlässigung der Unfallverhütungs-Vorschriften seitens der Unternehmer. Dagegenüber ist von dem Justizminister im Oktober 1898 ein Rundschreiben an die Oberkassens-anwälte ergangen, um sie auf diese Angelegenheit aufmerksam zu machen. Auch beabsichtige ich eine besondere Denkschrift über dieses Vorgehen der Gerichte ausarbeiten zu lassen. — Was den Geheimrat des Herrn v. Berlepsch anlangt, so scheint dieser allerdings teilweise von den Beamten mißverstanden zu sein. Der Sinn dieses Erlasses war, die Beamten sollten die Beschwerden der Arbeiter entgegennehmen, sie sollten nur nicht den Vertretern der Arbeiter über den Erfolg dieser Beschwerden Bescheid erteilen. Herr Hoch hat wieder den Erlass über den Bauarbeiterlohn berührt. Er mußte selbst zugeben, daß das Vorgehen Bayerns eine direkte Folge meines Erlasses ist. Die andern Staaten haben allerdings meinen Vorschlag als zu weitgehend abgelehnt. Einen Zwang auf sie auszuüben, bin ich nicht in der Lage.

Schließlich wiederhole ich nochmals, daß die Unklarheit über das Krankenversicherungs-Gesetz eine reine Privatangelegenheit ist. Für das Verhalten irgend eines einzelstaatlichen Beamten bin ich nicht verantwortlich. Ich kann mich also auf eine sachliche Erörterung der gerügten Fragebogen hier nicht einlassen.

Sächsischer Bundesbevollmächtigter Geheimrat Dr. Fischer:

Herr Hoch hat das Mißtrauen der Arbeiter auf das Verhalten der sächsischen Gewerbeinspektoren zurückgeföhrt. In der That ist aber dieses Mißtrauen ein Produkt des bei den sächsischen Arbeitern von gewisser Seite geföhrt genährten Bestrebens, sich fern zu halten von den staatlichen Behörden. Daß die Gewerbeinspektoren nicht gerade gerne z. B. in Arbeiterversammlungen gehen, ist sehr erklärlich. Es kommt häufig vor, daß die Beamten in solchen Versammlungen beleidigt und beschimpft werden und ihnen die unläutersten Absichten untergeschoben werden.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Ich habe vorher vergessen, auf die Anfrage des Herrn Abg. Sipe zu erwidern, daß die Ausführungsverordnung zum § 105b der Gewerbe-Ordnung in aller nächster Zeit ergehen wird.

Geheimrat Werner

kommt nochmals auf die Registerfrage zurück. Sämmtliche vier Bände der Fabrik-Inspektorenberichte sind am 29. Oktober an den Reichstag gelangt; der Registerband am 6. November, also auch noch vor Inauguration des Reichstags. Die Klagen des Herrn Abg. Bued über das verspätete Erscheinen des Registers sind also unbegründet. Ueber das Register kann ich mich objektiv äußern, denn verletzter Autorenstolz kommt bei mir nicht in Frage. Wir machen das Register nicht für Herrn Bued und seine Freunde, sondern für den Reichstag, den Bundesrat und unsere Beamten. Wir werden uns doch nicht aus Wohlwolligkeit ins eigne Fleisch schneiden. Herr Bued hat das Register der preussischen Fabrikinspektoren-Berichte gelobt. Dieses Register ist in der That sehr zu Bequemlichkeit derjenigen eingerichtet, die eine abfällige Kritik über wollen. (Unruhe bei den Socialdemokraten.) Dazu ist es wie geschaffen, denn es ist kein Register, sondern ein gedrängte Inhaltsverzeichnis. Das konnte man rasch ansehen und sagen: hier ist eine Stelle, wo man anhalten kann und hier wieder eine. Dann brauchte man die Berichte nicht erst durchzulesen. (Unruhe bei den Socialdemokraten.) Das Schema für das Register fehlte bis jetzt. An dem Register werde ich festhalten, so lange mir nicht mit sachlichen Gründen nachgewiesen wird, daß ein besseres Register möglich ist. Daran werde ich festhalten, obwohl ich nach den Worten des Herrn Abg. Fischer nur ein meinungsloser Geheimrat bin. Wir meinungslosen Geheimräte haben für Sie (zu den Socialdemokraten), um einen Wörterausspruch zu gebrauchen, gar keine Meinung, wohl aber haben wir von Ihnen eine Meinung, die ich nur deshalb nicht ausspreche, weil sie Ihnen vermutlich ebenfalls gleichgültig ist, wie uns Ihre Meinung von uns. Wir meinungslosen Geheimräte werden nach wie vor unsere Meinung offen aussprechen, wo es sich für uns darum handelt, das allgemeine Wohl zu fördern.

Abg. v. Czarlinski (Pole)

bekümmert sich über die Verdrängung polnischer Eigennamen bei Eintragungen ins Ständesamts-Register, wird aber vom Vizepräsidenten Wähing darauf aufmerksam gemacht, daß diese Angelegenheit nicht zum Reichsamt des Innern gehöre, sondern möglicherweise zum Reichs-Justizamt.

fragt an, ob Deutschland der internationalen Gewerbebeschützung und Patentunion beigetreten sei oder nicht. Die hohe Bedeutung unseres Kunsthandels macht ein Gesetz zum Schutz der Erzeugnisse der bildenden Kunst dringend nötig. Ferner ist es für das deutsche Kunstgewerbe bedeutungsvoll, daß auch mit Rußland und Holland ein Abkommen getroffen werde. Das Warenzeichengesetz und das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb bedürfen dringend einer Reform. Ich bitte den Herrn Staatssekretär zunächst eine Enquete über die Wirkung des Gesetzes zu veranstalten. Mit welchen Staaten stehen wir in einem Gegenseitigkeitsverhältnis in der Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs? Die Schaffung einer Reichs-Centralbehörde für technische Angelegenheiten wäre sehr erwünscht. Welche Kreise der Industrie, vor allem der Ingenieure wünschen zu wissen, wie sich die Regierung zu dieser Frage stellt. — Schließlich komme ich noch auf eine Frage, die für Tausende deutscher Familien von großer Bedeutung ist, auf die Frage der Abschaffung der Phosphor-Streichhölzer. Ich siehe da auf einem ganz andern Standpunkt wie der Herr Abg. Wiemer. Die Phosphornorm ist viel weiter verbreitet als die Interessenten glauben machen wollen, und die Wirkungen dieser Krankheit sind furchtbar. Die strengsten Unfallverhütungs-Vorschriften haben ihr gegenüber nichts genützt. Ich bin daher lediglich im Interesse der betreffenden Arbeiter für ein vollständiges Verbot der Verwendung von Phosphor bei Herstellung von Streichhölzern. Ein bloßes Verbot bedeutete aber die Vernichtung der Existenz von Hunderten von Familien, eine Entschädigung der Arbeitgeber und Arbeiter durch das Reich müßte damit Hand in Hand gehen. (Bravo! links.)

Abg. Horn-Sachsen (Soz.):

Im vorigen Frühjahr hat der Reichstag über eine Reihe von Bestimmungen verhandelt, die den Arbeiterschutz in gewissen Industrien betreffen. Die Verordnung des Bundesrats geht dahin, daß z. B. in den Polierwerkstätten der Glashütten die Kinderarbeit bis zum 13. und 14. Jahre zulässig ist, allerdings nur auf 6 Stunden. Das stellt aber gegen den früheren Zustand eine wesentliche Verschlechterung dar, soweit es sich um die Kinderbeschäftigung in den Glashütten handelt. Die Schmelzerei in Glashütten ist eine gesundheitsgefährliche und besonders gefährlich für Kinder. Belanlich erreichen die Glasarbeiter nur ein verhältnismäßig geringes Alter, die Glashütten nur einen Durchschnitt von 35 Jahren. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten). Das sollte für die Regierung eine Mahnung sein, im Arbeiterschutz nicht rückwärts, sondern vorwärts zu schreiten. Gerade in den katholischen Bezirken, wo die Glasindustrie vorherrscht, in der Oberpfalz und in Oberfranken ist der größte Prozentatz Schwindsuchtstfälle. Da sollte das Centrum doch seine Arbeiterfreundlichkeit einmal beweisen. Nebenher führt dann ausführlich Reichswehr über die ungenügende Ueberwachung der Betriebe speziell in den Glashütten. Eine Enquete der Glasarbeiter hat festgestellt, daß die Verordnung des Bundesrats über die Sonntagsarbeit größtenteils nicht eingehalten wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten). In einer ganzen Reihe von Betrieben wird jeden Sonntag gearbeitet, und zwar nicht bloß 4-6 Stunden, sondern 10 Stunden, und auch während der Nacht von Sonntag auf Montag. Und auch Kinder unter 13 Jahren werden des Sonntags beschäftigt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten). Es ist weiter festgestellt worden, daß die Arbeit an den drei Sonntagen, wo das Arbeiten gestattet ist, in 12 Betrieben 12, in 15 aber 16-18 Stunden beträgt. Das ist doch kein Sonntag! Solche Zustände sind aber nur möglich, weil die ganze Art der Pflege der Sonntagsruhe in den Glashütten ein solches Ausmaß von Bestimmungen ist, daß sich nicht einmal viele Fabrikanten dabei herausfinden, viel weniger die Arbeiter.

Während der Weihnachtsfeiertage sind nach einem Brief, der mir vorliegt, die Kinder und selbst Frauen angepöbel worden. In der Verordnung des Bundesrats über die Beschäftigung der Frauen ist gefordert, daß in solchen Betrieben, in denen vor einem Ofen gearbeitet wird und eine außergewöhnlich hohe Wärme herrscht, Frauen nicht beschäftigt werden dürfen. Diese Verordnung wird so gar nicht beachtet. Die Fabrikspektion wendet den sanitären Vorschriften in den Glasbetrieben nicht die gehörige Aufmerksamkeit zu. Eine greifbare Regelung muß möglichst bald erfolgen. Viel von den Uebelständen wird dadurch verschleudert, daß den Aufsichtsbeamten zu wenig Rechte eingeräumt sind. Sie müßten empfindliche Strafen verhängen können, um die Unternehmer zu zwingen.

Nun zu der sächsischen Fabrikspektion. Der Herr Geheimrat Fischer meinte, das Verhältnis der sächsischen Arbeiter zur Fabrikspektion habe sich in letzter Zeit gebessert. Die Fabrikspektoren-Vereine bestätigen diese Behauptung leider nicht. Am allerwenigsten der Bericht des Dresdener Fabrikspektors. Wieviel Leute haben denn dort keine Vermittlung angerufen? Ausgezählt 19, darunter 10 mündlich, 9 schriftlich und einer darunter anonym. Das ist grade kein Zeichen für großes Vertrauen. Nach Herrn Dr. Fischer soll das an der Bekämpfung der Arbeiter liegen. Nein, nicht daran, sondern an den trübten Erfahrungen, die die Arbeiter gemacht haben. Besonders die Glasarbeiter des Dresdener Bezirks. Die Berichte, die die Fabrikspektoren in die Welt setzen, entfremden ihnen die Arbeiter. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten). So sind die Verhandlungen zwischen den Glasarbeitern und dem Fabrikspektor außerordentlich befangen dargestellt. Zum Beispiel wird behauptet, es hätten die Arbeiter in Inneberg über den Betrieb der Glashütte Behauptungen aufgestellt, die den Thatsachen nicht entsprächen. Alle Angaben der Arbeiter über die Staubentwicklung, die Gesundheitsgefährlichkeit des Aufenthalts und der langen Arbeit in einem Raum, der einem Schweinestall gleich, sind aber richtig. Auch die Treibriemen sind ohne den vorchristlichen Säug. Und das alles beschönigt der Fabrikspektor. Wie der Dresdener Herr berichtet, geht schon daraus hervor, daß er den Redacteur, der in dieser Sache in einer öffentlichen Glasarbeiter-Versammlung im Interesse seiner Kollegen gesprochen hat, höflich als „Redacteur“ bezeichnet hat. Es ist aber ein wirklicher Redacteur, kein Redacteur des Dresdener Journals. Haarsträubend sind die Zustände, die in den Glasbetrieben bezüglich der Unreinlichkeit der Werkstätten und der Aborte herrschen. In einem Bericht wird erwähnt, daß ein Arbeiter, der diese Unreinlichkeit habe beseitigen sollen, sich dessen geweigert habe und deshalb entlassen sei. Wenn sich ein Arbeiter weigert, an einer Beseitigung des Schmutzes teilzunehmen, so muß die Sache schon sehr weit gediehen sein. Die Verhältnisse sind in vielen Betrieben so, daß sich der Mensch einfach zu Tode elken müßte, wenn er eine solche Arbeit verrichten sollte. Hier muß Wandel geschaffen werden. Die Glasarbeiter haben an den Bundesrat eine Petition gerichtet um Beseitigung all dieser Uebelstände. Ich hoffe, daß ihre Forderungen endlich erfüllt werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hoffe-Kaiserlautern (W. d. L.):

Die 12 000 Mark-Affaire hat schon einen breiten Raum in der Debatte eingenommen, ich muß aber doch noch kurz darauf eingehen. Bezeichnend ist die Haltung der sozialdemokratischen Presse. Als im Verlauf der Debatte festgestellt wurde, daß auch bei der Vorbereitung zum russischen Handelsvertrag private Mittel der Regierung zur Verfügung gestellt worden seien, da erhob sich auf jener Seite kein Sturm der Entrüstung. Freilich handelte es sich damals auch nur um die Interessen der Landwirtschaft. Im übrigen muß ich den Herrn Staatssekretär doch gegen die sozialdemokratischen Vorwürfe verteidigen. Ich meine, er muß das Recht haben, zur Propagierung seiner Gesetze auch private Mittel anzunehmen. Freilich kann die Annahme solcher Gelder mit mehr oder weniger Geschäft gemacht. Ganz falsch ist es übrigens, wenn die Herren der Linken behaupten, wir verteidigten den Grafen Bogdanowich nur, weil er ein agrarischer Minister sei. Da muß ich doch sagen, einen agrarischen Minister denke ich mir ganz anders. Ein agrarischer Minister hätte

ganz anders für die Durchführung des Fleischbeschaugesetzes gesorgt, als Graf Bogdanowich gethan hat. Die Einfuhr der in diesem Gesetz angeführten Artikel, die aus sanitären Gründen verboten war, ist bis zum 1. Oktober 1900 erlaubt worden. Bis dahin hat sich dann die Einfuhr dieser Artikel gegen das vorhergehende Jahr um das Doppelte vermehrt. — Ich kann mir nur denken, daß bei dieser Hinauschiebung des Verbots der Einfuhr amerikanischen Wachsenfleisches und ähnlicher gesundheitsgefährlicher Waren wieder einmal unverantwortliche Einflüsse maßgebend gewesen sind. Schrieb doch die „Frankfurter Zeitung“ vor kurzem: „Es ist bekannt, daß Herr Vallin zu denjenigen gehört hat, die in den maßgebenden Kreisen das Fleischbeschaugesetz in einzelnen Punkten als unannehmbar erklärt haben.“ Wohin sollen wir aber kommen, wenn fortgesetzt derartige Einflüsse von Seiten wirksam sind, die nicht zur Verantwortung gezogen werden können. (Sehr richtig! rechts.) Weiter muß ich auch darauf aufmerksam machen, daß die Vorbereitung der Handelsverträge viel zu langsam vor sich geht. Wenn die Arbeiten des Wirtschaftlichen Ausschusses nicht erheblich gefördert werden, ist es ausgeschlossen, daß die Handelsverträge rechtzeitig gekündigt werden können. Ich richte daher die Anfrage an den Herrn Staatssekretär und erwarte eine klare, bestimmte Antwort darauf, ob der neue Zolltarif uns noch in dieser Tagung vorgelegt werden wird, und ob die Regierung an der Absicht festhält, die bestehenden Verträge rechtzeitig zu kündigen?

Hierauf verlegt sich das Haus.
Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Duellinterpellation Trimborn. Fortsetzung der zweiten Etatsberatung.)
Schluß 6 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

3. Sitzung vom 14. Januar, 11 Uhr.

Am Ministerische: Dr. v. Miquel, Frhr. v. Rheinbaben, Frhr. v. Hammerstein, Schönstedt, v. Thielen, v. Feld, Studl.
Vizepräsident Frhr. v. Heeremann eröffnet die Sitzung.
Zur Beratung steht die erste Lesung des Etats.

Abg. Frihen (C.):

Trotz des Aufschwungs der Staatsfinanzen bewegt sich das getverblide und landwirtschaftliche Leben in absteigender Linie. Die Landwirtschaft leidet, die Textilindustrie ist sehr herunter, auch der Eisenindustrie geht es schlechter und bei den Bergwerksbetrieben ist es ähnlich. Hoffentlich werden die Voranschläge für die Staatsbergwerke auch erreicht. Unsere Einnahmestellung ist besser als im Reich. Das ist das Verdienst des Finanzministers v. Miquel. Ich erkenne das an, obwohl ich eine Anschauung nicht teile, daß zwischen den Finanzen des Reichs und der Einzelstaaten ein wider Strich zu ziehen ist. Das ist ein partikulärer Standpunkt, der überwinden sein sollte. Was nun die einzelnen Etats anbelangt, so meine ich, um beim Kultusetat zu beginnen, daß es höchste Zeit ist, das Schuldotations-Gesetz vorzuliegen. Dann sollte man den Krankenpflegeeinneuen katholischer Konfession die Niederlassung erleichtern. Für die Oberlehrer sollte endlich die Gleichstellung im Gehalt mit den Lehrern zur Tat werden.

Weite Kreise sind durch den Krach der Spielhagenbanken stark beunruhigt. Ich frage, wo war die Staatsaufsicht? Ich hoffe, der Landwirtschaftsminister wird uns genügende Aufklärung geben. Im Justizetat wird eine Erhöhung der Polizeilohnen gefordert. Das führt uns auf die Mißstände innerhalb der Kriminalpolizei, die der Prozeß Sternberg wieder bloßgelegt hat. Die erwiesene Verantwortlichkeit eines höheren Beamten geht um so mehr zu Bedenken an, als der Tausch-Prozeß schon arge Mißstände an den Tag gebracht hat. Die damals versprochene Besserung ist nicht eingetreten. Sind die Befugnisse richtig abgegrenzt? Sollte man nicht einmal versuchen, die Kriminalpolizei durch andere Mittel als aus Militärkreisen aufzufrischen? Die Unterstellung der Kriminalpolizei unter die Staatsanwaltschaft scheint mir nicht der richtige Weg zu sein. Gehten wir aber etwas.

Der Ministerpräsident ist hier für die Kanalvorlage eingetreten. Ich bedauere die Einbringung der Vorlage gerade in dieser Tagung. Denn sie ist nun einmal zum Jantapfel der Parteien geworden. Heute, wo der Zolltarif-Entwurf vor der Thüre steht, sollte man aber alles vermeiden, was die Parteien und die Regierung zu entzweien geeignet ist. Unsere Pflicht ist es natürlich, die neue Vorlage ruhig und objektiv zu prüfen und dieser Pflicht werden wir uns nicht entziehen. Wir hoffen aber, daß die Regierung auf einer Ablehnung der Vorlage nicht zu einer Auflösung des Hauses kommen wird. (Hört! hört! links.) Das würde zu unabschätzbaren Schwierigkeiten für die Parteien und für die Regierung führen. (Beifall im Centrum und rechts.)

Abg. Graf von Limburg-Sturum (L.)

(auf der Tribüne schwer verständlich): Das Centrum hat seine Finanzpolitik geändert, es scheint jetzt bereit zu sein, die Einzelstaaten stärker als bisher zu den Beiträgen für das Reich heranzuziehen. Früher hat es doch die Einzelstaaten wirtschaftlich wie politisch so selbständig wie möglich machen wollen. Unsere Finanzen sind noch gut, aber es fragt sich, ob das so bleiben wird. Wir müssen deshalb neue große Ausgaben vermeiden und sparsamer als sonst wirtschaften. Die Notlage der Landwirtschaft muß ich auch in diesem Jahr in den Vordergrund stellen. Sie wird am besten illustriert durch den Rückgang der Pachterträge aus den Domänen um 25 Prozent (Hört, hört! rechts.) Es muß gelingen, die Landwirtschaft zu schützen, damit sie wie Handel und Industrie in Mitleid kommt, sonst wird der Staat sehr geschädigt. Ich mißgönne natürlich dem Handel und der Industrie ihr Gedeihen nicht, sondern ich verlange nur Gerechtigkeit. Die Eisenbahnen haben einen Ueberfluß von 180 Millionen bei einem Gesamtüberschuß von 528 Millionen, d. h. sie betragen 1/3 des Gesamtüberschusses. Dieses Verhältnis ist bedenklich. Eine kleine Schwelung oder Depression in Handel und Verkehr kann da schlimme Verwirrungen anrichten.

Wir sind bereit, die Regierung in ihren Plänen für die Erhaltung des Zeuschismus im Osten zu unterstützen, wir müssen nur prüfen, ob die Absichten immer zweckentsprechend sind. Wir bedürfen im Osten einer zielbewußten starken Politik. Das Schwanken muß aufhören. (Beifall rechts.) Die Vorgänge auf dem Hypothekemarkt zeigen, wie richtig es war, die Handbriefe nicht den staatlichen und andern sichern Anlagepapieren gleich zu stellen. In der Budgetkommission wird diese Sache noch näher erörtert werden müssen.

Auf dem Gebiete des Schulwesens verlangen wir die Einbringung eines Schuldotations-Gesetzes und eines Schulgesetzes unter Wahrung und Abgrenzung der Rechte der Eltern und der Kirche. (Zustimmung rechts und im Centrum.)

Ich komme nun zur Rede des Ministerpräsidenten. Wir sind erfreut, nun einen wirklichen Ministerpräsidenten zu besitzen. Wir hoffen, daß er in großen Fragen energisch vorgehen wird, insbesondere gegen die Mächte des Umsturzes. Wir freuen uns, daß Graf Sillow die Notwendigkeit des Schutzes für die Landwirtschaft anerkannt hat. Solche entscheidende Anerkennung haben wir in den letzten Jahren vermisst. Wir freuen uns, daß die Landwirtschaft nicht nur als wirtschaftlicher, sondern auch als politischer Faktor behandelt werden soll. Wir hoffen, daß der Ministerpräsident sein Programm in Bezug auf die Landwirtschaft in die That umsetzen wird. Geschickt das, dann werden wir auch helfen, Handel und Industrie zu fördern. Meine politischen Freunde unterstützen die Regierung lieber, als daß sie zu ihr in Opposition treten und nur ein Dissens in grundlegenden Fragen hat uns zu unserer oppositionellen Haltung bestimmt. Wir hoffen auf den Ministerpräsidenten im Kampfe gegen den Umsturz. Wir glauben nicht an eine Ausweitung der Sozialdemokratie. Hier heißt es einschreiten, ehe es zu spät ist. (Zustimmung rechts.)

Die Einbringung der Kanalvorlage bedauere ich. Unzureichend ist die ruhige und verständliche Form, die bei

der Einbringung beobachtet worden ist. Wir haben in der Frage der Behandlung der Kanalvorlage nie einen Gegensatz zwischen Handel und Industrie und zwischen Industrie und Landwirtschaft gesehen. Rücksichten auf die Landwirtschaft sind für uns Ablehnung nicht maßgebend gewesen. Es ist richtig, wir haben von ihr eher einen Vorteil als einen Nachteil für die Landwirtschaft erwartet, hätten wir aber die Ueberzeugung erlangt, daß die Vorlage die gemeinsamen Interessen des Landes zu fördern geeignet sei, wir hätten gleichwohl für sie gestimmt. Wir wollten durch einen solchen Kanal nicht die Herrschaft über die Tarife verlieren und unser Finanzwesen gefährden. Diese Bedenken sind noch nicht beseitigt, aber wir werden die Vorlage objektiv prüfen und dann nach rein sachlicher Ueberzeugung stimmen. Ich glaube, die verhältnismäßige Art der Einbringung bürgt dafür, daß, mag nun der Kanal angenommen oder abgelehnt werden, eine Verstimmung zwischen den Parteien, die auf einander angewiesen oder auf ein Zusammenwirken mit der Regierung angewiesen sind, nicht einzutreten braucht. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Richter (fr. Sp.):

Die Rede des Ministerpräsidenten war eine schöne Rede, er hält ja stets schöne Reden. (Heiterkeit.) Zu beklagen ist das Mißverständnis zwischen gesichertem und gesteigertem Zollschutz. (Erneute Heiterkeit.) Liegt das noch immer an der fehlerhaften Aufstellung des Hauses? (Heiterkeit.) Uebrigens ist doch jeder gesetzliche Zollschutz auch gesichert. Wir befinden uns in absteigender Linie. Wir werden die Konjunktur überwinden, wenn uns die Weltpolitik keine Rückschläge giebt. Die Landwirtschaft hat einige gute Ernten hinter sich. (Lachen rechts.) Der Rückgang der Domänenpachten ist bedeutungslos, wenn man die Preise von heute mit denen vor 20 Jahren vergleicht. Der Finanzminister hat hebenmäßig viel Geld. Die Steuern sind im Verhältnis von 100 zu mehr als 250 gestiegen, das Einkommen der Steuerzahler aber nicht. (Sehr richtig!) Dabei ist der Einfluß der Volkswirtschaft auf die Finanzen sehr gering. Trotz der steigenden Einnahmen der Staatsbahnen giebt es keine durchgreifende Tarifreform. Der Reformeifer ist bei der Kälte eingefroren. Herrn Frihen stimme ich darin zu, daß die Einzelstaaten mehr wie bisher zu den Beiträgen des Reichs herangezogen werden müssen. Es ist unerhört, daß man in Preußen Hunderte von Millionen thesauriert, während im Reich um lumpiger 900 000 M. willen eine neue Steuer eingeführt werden muß. Hoffentlich vereinigt sich das Centrum mit uns, damit wir es durchsehen, daß die Ueberschüsse ins Reich fließen. Herr v. Miquel hat von der Wohnungsnot der Beamten gesprochen. Er braucht den Beamten nur sozialer Zuspruch zu geben, daß sie die Wohnungen bezahlen können, dann ist die Wohnungsnot beseitigt. (Sehr richtig! links.) Ein Schuldotations-Gesetz wünsche ich jetzt nicht, es würde nur den Streit wieder aufleben lassen, der beim Jeddlichen Entwurf entbrannt ist.

Die Aufhebung von Theatern und dergleichen versuchen. Wenn die Bekämpfung der Polen auf diesem Wege geschieht, dann möchten andre Provinzen wohl gern auch einige Polen besitzen. (Heiterkeit.) Bei den Spielhagenbanken hat sich die Staatsaufsicht blamiert. Dem Grafen Sillow rechne ich es als ein Verdienst an, daß er aus Anlaß des Sternberg-Prozesses den Minister des Innern zu einer Konferenz über diese Zustände eingeladen hat. Er hat auch Flug daran gethan, diesen Schritt der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Offenbar hat ihn das Schicksal des Herrn v. Warschau dazu bewogen, der vor der Polizei in die Öffentlichkeit flüchten mußte. (Sehr gut! links.) Im Sternberg-Prozeß wurde der Staatsanwalt, der gegen den angeklagten Millionär einen schweren Stand hatte, von der Polizei einfach im Stich gelassen. Herr Frihen hat also recht, wenn er von der Unterstellung der Kriminalpolizei unter die Staatsanwaltschaft nicht entläßt ist. Die Polizei beschäftigt sich jetzt zu viel mit Politik, man entlaste sie von der Ueberwachung der Versammlungen und Personen, die meist überflüssig sind. Die Kommissare haben sich als selbständige Mächte gezeigt. Sie inspizierten — im Tausch-Prozeß — mit Ministern. Kommt es einmal zum Klappen, dann wird einer oder der andre pensioniert, das ist alles! Die politische und die Wohlfahrts-Polizei muß in Berlin wenigstens vom Polizeipräsidenten abgelöst werden. Bedenken sind gegen die jetzige Handhabung der Theaterzensur zu erheben. Sie will jetzt auch gegen Stücke „vorklauer Grundtendenz“ vorgehen, gegen Stücke von „preilhaftem Kunstwert“. Die Stücke sind ja schließlich fast sämtlich freigegeben worden, aber nach wie viel Arbeit! Lebten Schiller und Goethe noch: Wehe ihnen! Sie wären keine Klaffler geworden. (Heiterkeit.) Herr Dumrath — den Minister lasse ich außer Konkurrenz, würde es nicht erlaubt haben. (Erneute Heiterkeit.)

Die vielen Räder, die sich mit Berlin beschäftigen, verderben den Verei. Man mündert sich nur, daß Berlin trotz der vielen Aufsichtsinstanzen, die hineinreden, den erwachsenden Aufgaben gerecht werden kann, und nun soll noch eine neue Instanz, der Vizepräsident von Berlin geschaffen werden. Schon um seine Exekutivberechtigung zu erweisen, wird er in das Nebenwerk der Berliner Verwaltung eingreifen und den Reibungscoefficienten vermehren.

Ich bedauere nicht, daß das Geld für die Kanalvorlage sumfrei gehalten wird. (Sehr gut! links.) Ob es wieder zum Sturmlauf gegen die Regierung mit dem vorjährigen Sturm lauten können wird? (Heiterkeit.) Es war gut, daß der Ministerpräsident nicht von der Unerschütterlichkeit der Regierung gesprochen hat. Solche Redensarten machen auf keiner Seite mehr Eindruck. Wie steht heute Herr v. Miquel zum Kanalprojekt, von dem im Vorjahre Graf Sillow nicht wußte ob er dafür oder dagegen gesprochen habe. Meinete er die Kanalvorlage, als er in seiner Etatsrede sagte: Wir haben so viel Geld, daß wir auch einmal ein Unternehmen beginnen können, das nicht ganz sicher ist? (Heiterkeit.) Ich glaube, diesmal wird der Kanal nicht abgelehnt. Er wird angenommen oder verschleppt. (Wurren rechts.) Seien Sie nur ruhig, er wird angenommen. (Heiterkeit.) Warum auch nicht! Es sind ja 25 neue Regierungsstellen im Etat vorgezogen. Wenn also noch ein paar Landräte umfallen, fallen sie in weiche Sessel. (Heiterkeit links, Lachen rechts.) Jetzt, wo die Rosinen im Kuchen sind, ist er zu schön, als daß man ihn verschmähen könnte. Die Kompensationstheorie bedauere ich, sie ist eine Schwärze ohne Ende. (Sehr gut! links.) Je eifriger wir im Vorjahre für den Kanal eintraten, desto lauer wurde die Regierung. Unsere Freundschaft schien ihr unheimlich zu sein, deshalb werden wir uns der Regierung nicht als Vortruppen aufdrängen. Wir haben unsere Schuldigkeit gethan. Thue nun die Regierung die ihrige. (Lebhafte Beifall links.)

Finanzminister Dr. v. Miquel:

Meine Pflicht als Finanzminister ist es, vor einer Ueberschätzung wie vor einer Unterschätzung der Finanzen zu warnen. Herrn Richters Politik will aber alle Einnahmen einer glänzigen Zeit sofort wieder ausgeben. In einer schlechten Zeit würde sich ein solcher Mann nicht helfen können. Herr Richter meinte, wir stehen an einer Wende unserer wirtschaftlichen Verhältnisse. (Abg. Richter: Im Gegenteil!) Er gab zu, daß die Einnahmen sich vermindern werden. (Abg. Richter: Im Gegenteil! Große Heiterkeit.) Die höheren Steuerbeträge beruhen auf der Steigerung der Wohlhabenheit. (Der Minister wird hier unverständlich.) Er schließt mit dem Satz: Die Gestaltung der preussischen Finanzen nach meinen Anschauungen ist dem Staat jedenfalls nützlich, als wenn Herr Richter sie leitete. (Der Minister geht auf seinen Platz zurück, geht aber wieder auf die Tribüne und beginnt unter großer Heiterkeit des Hauses von neuem mit den Worten: Ich will noch zum Kanal reden. Die Regierung hätte die Kanalvorlage benutzen können, um eine andre politische Konstellation im Lande herbeizuführen, die Regierung hat es nicht gethan, weil sie in Frieden mit dem hohen Hause leben will. Herr Richter sprach hier von „Manipulationen“, mit denen der Kanal durchgeführt werden soll. Herr Richter würde der Kanalvorlage einen Dienst erweisen, wenn er solch unrichtige Dinge nicht vorbrächte. (Beifall.)

Minister des Innern Hr. v. Rheinbaben:

Ein Minister, der den Befehl des Herrn Richter fände, wäre mit einer etwas bedenklichen Erscheinung. (Oho! links.) Es ist nicht richtig, daß ich die Censur dahin beabsichtige habe, in ihrer Grundtendenz bedeutende Etappen abzulehnen. Er verliest seine hierauf bezügliche Verfügung und fährt fort: Ich erfahre von Censurverboten erst, wenn sie erlassen sind und denke nicht als Beschwerde-Institut in den geordneten Instanzenweg eingegriffen. Ich bin aber kein Beteiligter dritter Ordnung. Ich habe in der Rheinprovinz einen Schillerverein gestiftet und mein Schiller (Ruf: Herr von Schiller! Heiterkeit) lebte, würde er sich vielleicht für mich erklären und nicht für Herrn Richter. Ich halte die dramatische Kunst für ein Bildungsmittel ersten Rangs. Gerade deshalb muß die Astenkunst abgewiesen werden, müssen wir die jugendlichen Gemüter nicht vergiften lassen. Der Minister läßt sich über Tolstois „Nacht der Finsternis“ und „Die Dame von Maxim“ aus. Das letztere Stück verleihe jedes moralische Gefühl. Tolstois „Nacht der Finsternis“ sei aber in der Grundtendenz nur billigenwort und deshalb billige er auch die Aufhebung des Censurverbots durch den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg. Freilich sei das Censurverbot zu erklären aus der Kraft der Vorgänge in dem Drama Tolstois.

Im Gegensatz zu Herrn Richter bin ich der Meinung, daß der Spreckelsack der Stadt Berlin ganz dienlich sei. Die vertrauten Verhältnisse der Militärämter in der Berliner Verwaltung, das Fehlen jeglicher Fürsorge für die unteren Bevölkerungsschichten machen einen wohlwollenden Ratgeber nötig. Bei der Kriminalpolizei sind Mißstände zu Tage getreten, unsere Reformpläne werden hoffentlich zur Überwindung der Mißstände führen. Schon jetzt werden übrigens die Beamten keineswegs alle aus militärischen Kreisen rekrutiert. Ueber die Unterstellung der Kommissare unter die Staatsanwaltschaft haben wir mit dem Justizminister verhandelt, sind aber zu dem Ergebnis gekommen, daß die Unterstellung nicht möglich ist. Bei den jetzt tätigen Kommissaren wird nachgeforscht, ob sie Schulden haben. Das hat einen inquisitorischen Beigeschmack. Bei unverschuldeten Schulden soll die Behörde den Beamten beispringen.

Abg. Dr. Sattler (natl.):

Das Centrum geht jetzt mit seiner Finanzpolitik darauf aus, die Macht der Einzelstaaten zu Gunsten der Zentralisierung zu beschränken. Das Charakteristikum der Finanzlage ist: Preußen schwimmt im Gold und die Kommunen werden und senken unter den Kosten. (Sehr richtig!) Wir wünschen nur, daß das preussische System auch im Reich Platz griffe. Die Landwirtschaft leidet sehr stark unter dem Arbeitermangel. Die schlechtere industrielle Konjunktur halte ich nur für vorübergehend. Herr von Miquel ist bei den einzelnen Ressorts herumgegangen wie ein Löwe und hat gepart. Ich hoffe, er wird jetzt Löwenmäher vor uns hintreten und sagen: Jetzt haben wir das Geld, jetzt folgt auch mir, die Ihr mir in der Sparbarkeit gefolgt seid, und bewilligt die Kanalvorlage. (Sehr gut! links.) Für Kulturzwecke geforderte Summen werden mir immer bewilligt. Auch mit der Anbahnung einer Wohnungsreform sind wir einverstanden. Die Gedankt der Minister den Kommunen zu helfen? Ich meine, man solle die Provinzialdotationen um 50 Millionen erhöhen. Redner führt Beschwerde über das Verhalten der hannoverschen

Verwaltungsbeamten, die ihren amtlichen Einfluß zur Gründung eines konservativen Particiblatts, ja zum Gewinn von Annoncen mißbraucht hätten. Landräte und Kreissekretäre läden zu Versammlungen gegen die Kanalvorlage die Gemeindevorsteher ein.

Eine Reform der Kriminalpolizei ist dringend notwendig. Die Polizei ist sehr furchtbar, aber Mörder zu entdecken gelingt ihr nicht, der Mörder muß sich schon selbst anzeigen. (Heiterkeit.) Wie stellt sich der Finanzminister zur Reform der Tarife? Wir folgen nur einem alten bewährten Führer unserer Partei, dem Oberbürgermeister Miquel (Heiterkeit), wenn wir verlangen, daß an den Staat nur ein Teil der Eisenbahnüberschüsse abgegeben werden muß, das andre aber der Eisenbahnverwaltung selbst zur Durchführung von Tarifreformen gelassen werden muß. Bei dem Offenbacher Unfall soll keine neuen Beamten Schuld treffen, dann liegt die Schuld an den Einrichtungen. Mit den Ausführungen des Ministerpräsidenten sind wir völlig einverstanden. Landwirtschaft und Industrie müssen gleichermaßen gefördert werden. Deshalb hängt die Erhöhung des Zollschutzes mit der Entwicklung des Verkehrs im Innern eng zusammen. Das eine bedingt das andre. Ich hoffe, daß der Kanal angenommen wird und fürchte mich nicht vor der Auflösung. Die Regierung darf die Gegner der Vorlage nicht im Zweifel lassen, daß es ihr mit diesem Kulturwerk nun wirklich ernst ist und daß sie Annahme der Vorlage wirklich ernstlich verlangt. (Beifall.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Personlich bemerkt

Abg. Richter (fr. Sp.):

Der Minister hat mich falsch verstanden. Ich habe ihm die Censurverbote nicht in die Schuhe geschoben. Herr v. Rheinbaben möge aber die Art seines parlamentarischen Auftretens der Verschiedenheit seiner bisherigen parlamentarischen Erfolge anpassen suchen.

Minister Hr. v. Rheinbaben

erwidert, er habe den Abg. Richter so verstanden, als habe dieser ihn persönlich für die Censurverbote verantwortlich gemacht.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr (Fortsetzung der Etatsberatung).

Schluß 7/5 Uhr.

Verfassungen.

Professor Quide aus München sprach am Sonntag in einer stark besuchten Volksversammlung im Duggenbagenischen Saal über das Thema: An der Schwelle des Jahrhunderts. Er sagte: Das neunzehnte Jahrhundert sei das Jahrhundert der demokratischen Entwicklung gewesen. Es habe und den Verfassungsstaat, das allgemeine Wahlrecht, die Selbstverwaltung und die Anfänge einer sozialen Politik gebracht. So groß aber auch — verglichen mit den Zuständen früherer Jahrhunderte — der Fortschritt des demokratischen Gedankens im neunzehnten Jahrhundert sei, von dem, was wir als Ideal erstreben, seien wir noch weit entfernt, ja unsere gegenwärtigen Zustände befinden sich in einem Gegensatz zu der demokratischen Entwicklung des neunzehnten Jahrhunderts. Das komme daher, weil die kriegerischen Erfolge von

1806 und 1870/71 das Bürgertum für den Militarismus begeistert haben und weil das Bürgertum aus Angst vor der nachrückenden Arbeiterpartei sich schützend vor der Staatsgewalt in die Arme geworfen habe. Es scheint, daß diese Periode des demokratischen Niedergangs jetzt überwunden sei und wir am Anfang einer neuen demokratischen Entwicklung des Bürgertums stehen. Der Redner beleuchtete eingehend die gegenwärtigen politischen Zustände und zeigte dabei, daß wir in Deutschland zur Zeit noch in einem schroffen Gegensatz zu den Forderungen der Demokratie stehen. Als er zur Besprechung der Handelspolitik kam, sagte er, er sei im Gegensatz zu seinen politischen Freunden der Meinung, daß ein Getreidezoll, wie wir ihn heute haben, zur Überwindung der Krise im Getreidebau nötig sei. Redner ist aber gegen Erhöhung der Getreidezölle und gegen Doppeltarife. Das Bündnis zwischen Industrie und Agrarierum in der Handelsvertragsfrage sei gefährlicher wie das Agrarierum allein. — Nach einer treffenden Kennzeichnung und eingehenden Beurteilung der Westpolitik kam der Redner zu dem Schluß: So trübe das Bild der gegenwärtigen Zustände auch sei, es fehle doch nicht an erfreulichen Erscheinungen. Mitten in dieser reaktionären Zeit, im Niedergange des demokratischen Bürgertums haben eine Anzahl von Fortschritten in der Stille eingeleitet. Eine Socialpolitik hat begonnen, wir haben eine Arbeiterchambré-Gesetzgebung, die Gewerbegerichte mit der Beteiligung von Arbeitern an der Rechtsprechung, die Krankenkassen von Arbeitern verwaltet und mit der Gleichberechtigung der weiblichen Mitglieder in Verwaltungsangelegenheiten, also das Frauenstimmrecht als hoffnungsvollen Anfang für weitere Entwicklung. Also eine demokratische Unterströmung sei trotz aller Reaktionen vorhanden. Die Socialdemokratie näherte sich immer mehr den rein demokratischen Forderungen, denen auch von den Mittelparteien manche Zugeständnisse gemacht werden. Wenn auch die Demokratie als Partei schwach sei, so mache doch die Idee Fortschritte, und sie werde im zwanzigsten Jahrhundert die Welt erobern. — Der zweistündige Vortrag fand allgemeinen Beifall.

In der staatswissenschaftlichen Abteilung der Berliner Hinkenschast spricht am Donnerstag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Bogenhof“, Friedrichstr. 71, Herr Stadtschreiber Heinrich Freese über „Die Gemeindeführung der Arbeiter in modernen Großbetrieben“. Gäste herzlich willkommen.

Berliner Zweigverein der Internationalen Föderation. Mittwoch, den 16. Januar, abends 8 Uhr, Bürgeraal des Rothens: Vortrag des Herrn Dr. med. Hoyer aus Leipzig: „Die Aufgaben des Staats auf dem Gebiete der Moral und Hygiene“. Diskussion. Damen und Herren haben freien Eintritt.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) ist (siehe das 15. Heft des 19. Jahrgangs erschienen) aus dem Inhalt haben wir hervor: Der Ursprung des preussischen Königtums. — Die Genossenschaftsbewegung und der Socialismus. Von G. Knieke. — Die Ausstände in Frankreich. Von Hubert Vogardelle. — Rodwald Rosenkranz und Götli. Von E. Kautsky. — Literarische Rundschau: Georg v. Mayr, Die Pflicht im Wirtschaftsleben. Walter Gausen, Schweizer Bauernpolitik im Zeitalter Ulrich Zwinglis. — Feuilleton: Ein kleineres Zeugnis für die historische Wirklichkeit Jesu von Nazareth. Von Rudw. Holtmann.

Socialdemokr. Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Osten)

Dienstag, den 15. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Gr. Frankfurterstr. 117:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Paul Singer über: „Aus dem Reichstage“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. [243/1*] Um zahlreiches Besuch ersucht

Der Vorstand.

III. Wahlkreis.

Am Mittwoch, den 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Möhring, Admiralsstr. 18c:

General-Versammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Tages-Ordnung: [242/1] Bericht des Vorstands und des Kassierers vom 4. Quartal. Antrag des Vorstands auf Abänderung des Statuts. Vorstandswahl. Verschiedenes. Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Socialdemokratischer Verein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Freitag, den 18. d. M., abends 8 1/2 Uhr,

General-Versammlung im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11/12.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstands, des Kassierers und der Revisoren. 2. Vereinsangelegenheiten. [245/1*] Nur Mitglieder haben Zutritt. Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Centralverband der Zimmerer Deutschlands Zahlstelle Berlin.

Dienstag, den 15. Januar ex., abends 7 1/2 Uhr:

Ausserordentliche

Mitglieder = Versammlung im Gewerkschaftshaus, Engel-Ner 15.

Tages-Ordnung: 1. Regelung der monatlichen Versammlungen für 1901. 2. Stellung von Anträgen zur 14. Generalversammlung. 3. Wahl der Delegierten zu derselben. 4. Verbandsangelegenheiten. Die Mitglieder werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. [254/1] Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Achtung! Rixdorf. Achtung! Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 16. Januar, abends 8 Uhr, in den Wipfels-Tälchen (Zub. Ph. Thomas), Hermannstr. 48-50:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Kassensbericht vom 4. Quartal. 2. Bericht der Gantagsdelegierten. 3. Bericht der Ortsverwaltung und Neuwahl derselben. 4. Verschiedenes. [76/14] Mitgliedsbuch legitimiert! Die Ortsverwaltung. Die nächste Vertrauensmänner-Versammlung findet am Dienstag, den 20. Januar, abends 8 Uhr, im Verkehrslokal, Rollenstr. 24, statt.

Tichtbilder + Männervortrag

Morgen Mittwoch, ab. 8 1/2, Kommandantenstraße 20, Götze 20 Pf. 1 Broschüre, prof. Naturwissl. Grundmann

Achtung! Maurer. Norden! Grosse Abendsprache.

Mittwoch, 16., abds. 7 1/2 Uhr, bei Jrmert, Weinmünderstr. 26: J. H.: Aug. Löwenstol.

Sonnabendabend 8 1/2 Uhr verharb noch kurze, schweren Zeiten mein guter Wille und Vater Rudolf Fiedler. Die trauernde Witwe und Sohn. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 16. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Hochstraße 28, aus nach dem neuen Friedhof Kirchhof (Widensee) statt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht [246/2] Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner Rudolf Fiedler am 12. d. M. verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Hochstraße 28, aus nach dem neuen Friedhof Kirchhof (Widensee) statt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht [246/2] Der Vorstand.

Danksagung. Allen Freunden, Verwandten und Kollegen, die bei der Beerdigung meiner lieben Frau teilgenommen haben, insbesondere dem Geliebten Herrn Adberts 1., sage hiermit meinen besten Dank. [1985] Gustav Müller nebst Kindern.

Bekanntmachung. Die Betriebs-Krankenkasse der Stadtgemeinde Berlin ist am 18. Januar 1901 geschlossen. Berlin, den 14. Januar 1901. [270/5] Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr. Westen und Süd-Westen: in Habels Brauerei, Vergmannstr. 5-7.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Rechtsanw. Fränkl über: „Deutsche und preussische Verfassung“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. [Frauen sind willkommen.]

Vertrauensmänner-Versammlungen der

Drechsler

Mittwoch, den 16. Januar 1901, abends 8 1/2 Uhr, Ost u. Nordost: Koppenstr. 41 bei Matthes, Südost u. Südwest: Admiralsstr. 18c bei Möhring, Norden: Brunnenstr. 150 bei Neumann.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommissionen. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Branchenangelegenheiten. Jede Werkst. muß vertreten sein. Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.

Musikinstrumenten-Arbeiter. Branchen-Versammlung.

Mittwoch, 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ner 15: Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommissionen und Neuwahl derselben. 2. Bericht vom Gantag. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Sonnabendabend 8 1/2 Uhr verharb noch kurze, schweren Zeiten mein guter Wille und Vater Rudolf Fiedler. Die trauernde Witwe und Sohn. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 16. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Hochstraße 28, aus nach dem neuen Friedhof Kirchhof (Widensee) statt. [1977b]

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Todes-Anzeige. Am 12. Januar verstarb unser langjähriges Mitglied, der Klempner Rudolf Fiedler. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. Januar, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Hochstr. 28, aus nach dem Postkirchhof, Seestraße, statt. [119/12] Die Ortsverwaltung.

Danksagung. Für die große Teilnahme an der Beerdigung meines lieben unvergesslichen Vannes Hermann Mania sage ich allen Verwandten, Bekannten und Freunden, sowie den Sängern und Turnern der Berliner Turnerschaft, dem Verein der Bade-Anstaltsbesitzer, dem Radfahrerklub Humboldt und für die so reiche Kranzspende meinen herzlichsten Dank. [1981] Witwe Anna Mania.

Verein Berliner Buchdruck-Maschinenmeister.

Dienstag, den 15. Januar, abends 8 Uhr, in Cohus Restoran, Wehlstr. 20:

Vereins-Versammlung.

Vortrag des Herrn H. Stenz über: „Bivisektion, die Folter und der Nord im Dienst der Wissenschaft.“ [105/3] Gäste willkommen! Der Vorstand.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. Bureau: Engel-Ner 15, Zimmer 1-5. Sprechstunde: Amt VII, 353. Dienstag, den 15. Januar 1901, abends 8 1/2 Uhr, bei Nümann, Brunnenstr. 188:

Versammlung aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Steiner über Professor Häfels Beiräte. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. Nichtmitglieder als Gäste willkommen! Die Kollegen und Kolleginnen werden dringend ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Bezirks-Versammlung für den Osten bei Keller, Koppenstr. 29.

Tages-Ordnung: 1. Obligatorische Schiedsgerichte und Streitschlichtung. Referent: Redakteur Hugo Poetzsch. 2. Diskussion. Kollegen! Da jeder deutsche Metallarbeiter der Streikschlichtung-Gesetzgebung des französischen Handelsministers Willard interessiert wird, und dieser Gesetzgebung die Unterlage des obigen Referats bilden wird, so erwarten wir zahlreiches Besuch in dieser Versammlung. Die Bibliothek befindet sich im Verbands-Bureau, Engel-Ner 15 I, und ist täglich während der Bureaustunden von 9-1 Uhr vormitags und 4-7 Uhr nachmittags geöffnet; Dienstags und Donnerstags außerdem von 7-9 Uhr abends. Sonnabends nachmittags ist die Bibliothek geschlossen. [110/11] Die Ortsverwaltung.

Centralverband der Töpfer. (Filiale Berlin).

Mittwoch, den 16. Januar, abends 6 Uhr, bei Stechert, Andreasstr. 21: [105/1]

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstands, Bibliotheks- und Arbeitsnachweiser und Kassensbericht. 2. Wahl des gesamten Vorstands. 3. Gewerkschaftliches. Pflicht jedes Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Achtung! Brauerei-Arbeiter!

Der feiner Zeit mit den ringfreien Brauereien vereinbarte Arbeitsnachweis, Blumenstr. 38, wird von der Direktion des Münchener Brauhaus Akt.-Ges., Johannisstr. 18/19, nicht anerkannt. [41/2] Agitations-Kommission der Brauerei-Arbeiter Berlins und Umgegend. J. A.: Richard Schüler.

Eine seit dreißig Jahren bestehende Fischerei von ca. 20 Bänken mit feinsten, feinsten Fischerei ist insbesondere für den Inventarwert sofort zu verkaufen. Eventuell kann sich ein Companion mit Kapital mit dem ältesten Sohn zusammen daran beteiligen. Offerten sud F. E. 753 an Hassenstein & Vogler, Berlin, Leipzigerstr. 31/32. * Café Schurig, Dresdenstr. 128, - nahe Rothens Thor. - Kaffee 15, Bier 10; ca. 50 hiefige u. auswärtige Zeitungen; zwei Billards (Reifen); Stunde 40 Pf. Zahlstelle Briele Wolfshagen.

Der Prozeß gegen Hrn. Platho und Herrn Arndt

wegen Verleumdung des Oberstaatsanwalts Dr. Jsenbiel, welcher gestern vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung gelangte, hatte einen kolossalen Menschenandrang nach dem kleinen Sitzungszimmer der Strafkammer verursacht. Der Zuschauerraum war im Ru gefüllt und die Gerichtsdiener hatten schwere Arbeit, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. — Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Voigt, die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Dr. Eger, als Verteidiger sind die Rechtsanwälte Morris und Dr. Hahn-Charlottenburg zur Stelle. Auf der Anklagebank hatten Platz zu nehmen: 1. Fräulein Harries Platho, 39 Jahre alt, evangelischer Konfession; 2. der Grundstücksbesitzer Hugo Arndt, 39 Jahre alt, evangelischer Konfession. — Unter den vorgeladenen Zeugen befinden sich Oberstaatsanwalt Dr. Jsenbiel, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Roman, Landgerichtsdirektor Müller, Landgerichtsrat Kämpfe, Schutzmann Sierstädter, Kriminalkommissar Tziel, Rechtsanwalt Dr. Werthauer, Staatsanwalt Braut, Zeitungsverleger und Redakteur Bruhn, Bankier Fritz Wehrens, Gerichtsbuchhändler Dr. Störmer, verwitwete Frau Regierungsrätin v. Gräfe geb. Döventhal und Frau verwitwete Sanitätsrat Pfeffer. — Fräulein Platho wird in einem Fall, Herr Arndt in 8 Fällen der Verleumdung des Oberstaatsanwalts Dr. Jsenbiel nach § 187 bezw. 186 Str.-G.-B. beschuldigt. — Die Angekl. Platho erklärt auf Befragen des Vorsitzenden: Sie betreibt seit Jahren unter den Linden 16 ein Bank- und Kommissionsgeschäft und sei mit dem Angeklagten geschäftlich bekannt. Sie kenne Sternberg und da dieser nach seiner Beurteilung ihr leid getan und sie ihm Dank schulde, habe sie den Plan gefaßt, alles zu thun, um dessen

Begnadigung herbeizuführen.

Sie habe sich deshalb mit Herrn Arndt in Verbindung gesetzt, der mit dem Bankier Fritz Wehrens bekannt war und gesagt habe, daß dieser mit vornehmen Kreisen Verbindung habe. Sie habe Herrn Arndt gesagt, er solle Herrn Wehrens für ein Gnadengesuch zu gewinnen suchen; Sternberg würde für eine wohltätige Stiftung 500 000 M. geben und beim Gelingen des Gnadengesuchs 50 000 M. bewilligen, welche Summe sie sich mit Herrn Arndt teilen wollte. Die ganze Sache sei nicht zur Ausführung gekommen und nicht über das Stadium eines Entwurfs zu einem Begnadigungsgesuch hinausgekommen. Dieser Entwurf sei wahrscheinlich im Bureau des Rechtsanwalts Dr. Werthauer hergestellt worden. Letztere habe sich ihr gegenüber ablehnend gegen ein Gnadengesuch verhalten, ebenso dem Angeklagten Arndt gegenüber, als dieser selbst mit Dr. Werthauer in Verbindung trat. Als Herr Arndt von Dr. Werthauer kam, habe er sich darüber beklagt, daß dieser nichts von dem Gnadengesuch wissen und

wahrscheinlich das Geld selbst verdienen wolle.

Arndt habe ihr hierbei nichts davon mitgeteilt, daß Dr. Werthauer bei dieser Rücksprache vom Reichsgericht gesprochen habe. Die Angeklagte giebt ferner zu, daß sie vielleicht davon gesprochen habe, daß sie mit der dem Staatsanwalt Dr. Jsenbiel bekannten Frau v. Gräfe über Sternberg gesprochen habe, sie bestreitet aber entschieden, daß sie sich wegen der Begnadigung der Beihilfe der Frau v. Gräfe bedienen wollte. Deren ablehnendes Verhalten bei einer Unterhaltung über die Sternberg-Affaire habe ihr gezeigt, daß daran nicht zu denken sei. Die Angeklagte erkennt einen an Arndt gerichteten Brief als von ihrer Hand geschrieben an, in welchem es ungefähr heißt: Können Sie ermitteln, ob Herr J. v. die Mitglieder des Strafenats des Reichsgerichts kennt und mir Empfehlungen mitgeben kann? Ich will hinfür fahren und soll für die Reise noch 2 Mille bekommen. Die Angeklagte nimmt an, daß dieser Brief von ihr auf Veranlassung von Arndt geschrieben sei. Letzterer habe den Brief vielleicht Herrn Wehrens vorlegen wollen, um diesem zu zeigen, daß man mit der Sache wirklich Ernst mache. Ihr habe niemand 2000 M. für eine Reise nach Leipzig zugesichert. Auf direktes Befragen des Vorsitzenden erklärt die Angeklagte: Sie habe mit Frau v. Gräfe nie über Schritte gesprochen, die diese zu Gunsten einer Begnadigung Sternbergs bei dem Oberstaatsanwalt Dr. Jsenbiel unternehmen sollte, sie habe auch nie gehört, daß Frau v. Gräfe mit Dr. Jsenbiel in dieser Sache gesprochen habe, nehme es auch nicht an. Es folgt die Vernehmung des

Angeklagten Arndt.

Derselbe giebt zu, daß er seit Jahren mit Hrn. Platho in Geschäftsverbindung gestanden habe. Das Fräulein habe zuerst über Sternberg zu ihm gesprochen und sein Interesse für die Sache erregt. Schon bevor er den Namen des Herrn Wehrens genannt, habe Hrn. Platho denselben erwähnt. Sie habe auch vorgeschlagen, den Herrn Wehrens in Anspruch zu nehmen. Der Angeklagte Arndt erzählt dann, daß er zu Herrn Wehrens gegangen sei und ihn gebeten habe, sich für Sternbergs Begnadigung zu verwenden. Herr Wehrens habe erwidert, daß er nur dann für Sternberg sich verwenden würde, wenn er die Gewähr habe, daß Sternberg durch sein Verbleiben und seine Vergangenheit eine solche Empfehlung verdiene. Er selbst, Wehrens, wolle ja keinen Pfennig für seine Bemühungen haben, aber es wäre ihm keineswegs unangenehm, wenn ihm zu wohltätigen Zwecken 500 000 Mark zur Verfügung gestellt würden. Hrn. Platho habe zuerst davon gesprochen, daß auch er, Arndt, etwas für seine Mithatung haben müsse und 30 000 M. vorgeschlagen. Er habe gefragt: „Soll ich die allein haben?“, worauf Hrn. Platho erwidert habe, daß sie die Hälfte davon haben müsse. Darauf habe er denn vorgeschlagen, daß sie 50 000 M. fordern solle, es erhalte jeder dann 25 000 M.

Abhandeln

Könne man sich immer noch etwas lassen. Hrn. Platho habe dann den Entwurf des Begnadigungsgesuchs selbst zu Herrn Wehrens gebracht, dieser habe aber, wahrscheinlich aus Grund der eingezogenen Erkundigungen, die Sache auf sich beruhen lassen. Nachdem dieser Versuch gescheitert sei, habe Hrn. Platho erzählt, daß ihr gegenüber eine Frau v. Gräfe wohne, die im Hause des Oberstaatsanwalts Dr. Jsenbiel verkehre, vielleicht ließe sich durch diese Dame etwas erreichen. Hrn. Platho sei zunächst zum Dr. Werthauer gegangen, um mit ihm betreffs des Begnadigungsgesuchs Rücksprache zu nehmen. Sie sei zurückgekommen mit der kurzen Erklärung, daß Dr. Werthauer ihn selbst sprechen wolle. Er sei zu ihm gegangen und habe von Dr. W. gehört, daß ihm an einer Begnadigung gar nichts gelegen sei, er wolle lieber die Revision abwarten. Dr. Werthauer habe im Laufe des Gesprächs gesagt, daß sein (des Angeklagten) Gewährsmann, wenn er so hohe Beziehungen habe, vielleicht den Oberstaatsanwälten Dr. Jsenbiel und Wahler näher treten und ihnen nahe legen könne, daß Sternberg ein Opfer von Intrigen sei; eventuell würde auch schon viel gewonnen sein, wenn der Staatsanwaltschaftsrat Dr. Roman nichts mehr bei der Sache zu thun habe. Der Angeklagte Arndt bekennt weiter: Er habe dem Dr. Werthauer gesagt, daß sein Gewährsmann sich auf solche Dinge nicht einlassen würde. Am nächsten Tage habe er dem Hrn. Platho dies mitgeteilt und diese habe gesagt: na, sie möchte vielleicht doch den Versuch machen, Herrn Wehrens die Sache vorzustellen. Sie seien dann beide zu Herrn Wehrens gegangen und Hrn. Platho habe ihm die Bitte vorgetragen, ob sie nicht von ihm Empfehlungen erhalten könne, um Beziehungen zu den Herren Oberstaatsanwälten Dr. Wahler und Dr. Jsenbiel herzustellen. Der Angeklagte Arndt giebt auf Vorhalt zu, daß er einen anonymen Brief, den seine Frau geschrieben, an den Staatsanwaltschaftsrat Roman gerichtet habe. Darin wird

Dr. Roman vor den Machinationen gewarnt, die im Gange seien, um Sternberg frei zu bekommen und ihn, den Dr. Roman, zu beseitigen. Eine verwitwete Regierungsrätin hat bereits den Oberstaatsanwalt Dr. Jsenbiel, der in dieser Sache ihr Gegner ist, gewonnen und dieser ist bereits vor dem Termin am Reichsgericht nach Leipzig gereist. Der Angeklagte erklärt dies dahin, daß er von der vollen Wahrheit der ihm von dem Fräulein Platho gemachten Mitteilungen überzeugt gewesen sei und da er sich von der ganzen Sache zurückgezogen hatte, habe er den dringenden Wunsch gehabt, den Staatsanwalt Dr. Roman von den Vorurteilen in Kenntnis zu setzen. Der Vorsitzende meint, daß der Angeklagte doch ein doppeltes Spiel getrieben zu haben scheint und es fast so aussehe, als ob der Angeklagte aus Verger über den ihm entgangenen Gewinn gehandelt habe.

Auf weiteren Vorhalt erkennt der Angeklagte Arndt auch ein die ganzen angeblich vorgekommenen Beeinflussungsversuche und Machinationen zusammenfassendes Schriftstück als von ihm geschrieben an. Er ist damit zunächst zum

„Vorwärts“ gegangen.

Er habe denselben erproben (!) wollen, ob er nicht nur Beamte beschuldigen, sondern auch Beamte in Schutz nehmen könne. Der Redakteur des „Vorwärts“ habe, nachdem er diesem mündlich über die Dinge Mitteilungen gemacht, gesagt, die Dinge seien ja allerdings haarsträubend, und wenn er die volle Verantwortung übernehmen wolle, solle er die Sache zu Papier bringen. Er sei dann am zweitfolgenden Tage mit dem Schriftstück zum „Vorwärts“ gegangen, habe aber einen andern Redakteur dort angetroffen und diesem das Schriftstück übergeben. — Präsi.: Sie haben dem Redakteur des „Vorwärts“ ausdrücklich gesagt: Sie könnten nicht glauben, daß Dr. Jsenbiel die Richter in Leipzig beeinflusst habe und trotzdem haben Sie ihm ein Schriftstück übergeben, in welchem klipp und klar steht, daß Dr. Jsenbiel es getan habe. — Angeklagter: Ich habe gesagt, daß ich die Sache für ganz ungeheuerlich halte und wollte dem Dr. Jsenbiel Gelegenheit geben, sich gegen die im förmlichen verbreiteten Beschuldigungen zu rehabilitieren. — Präsi.: Für die Verbreitung dieser ungeheuren Beschuldigungen haben Sie selbst bestens besorgt, obgleich der Redakteur des „Vorwärts“ Ihnen Ihr Scripsium zurückgeschickt und Sie auf den richtigen Weg verwiesen hatte, indem er Ihnen sagte, Sie sollten sich an den Vorsteher der Strafkammer Landgerichtsdirektor Müller wenden. Statt dessen haben Sie das Schriftstück nach der

„Staatsbürger-Zeitung“

getragen und es dort veröffentlicht lassen. Als erster Zeuge wird der Redakteur und Verleger der „Staatsbürger-Zeitung“,

Wilhelm Bruhn,

vernommen. Derselbe bekennt: Bei der Uebergabe des Manuskripts habe Arndt nur gesagt, daß er die Thatfachen bezüglich des Oberstaatsanwalts Dr. Jsenbiel von Hrn. Platho habe, er habe aber nicht gesagt, ob er dies selbst glaube oder nicht glaube. Vor Veröffentlichung des Artikels sei dieser Herrn Arndt vorgelesen worden und er habe sich mit der Form des Artikels einverstanden erklärt. Arndt habe gesagt, er habe sich zunächst an den „Vorwärts“ gewandt und sei dort abgewiesen worden; er habe hinzugefügt: er habe den Eindruck gehabt, daß dies nur geschehen sei, weil es sich hier um Angriffe gegen Juden, den Dr. Werthauer z. B. handelte! Der Zeuge bekennt ferner: Arndt habe ihm gesagt, er habe sich mit anonymen Briefen an Dr. Roman u. a. gewandt, weil er sehe, daß zu Unrecht alles mögliche gegen Herrn Sierstädter ausgespielt werde. Als der Zeuge dann Arndt die Frage vorgelegt, warum er sich denn nicht an das Gericht wende, habe dieser gesagt, er wünsche nicht, daß sein Name dabei bekannt werde.

Zeugin Frau v. Gräfe, Regierungsrätin v. Gräfe, Frau Platho habe an sie niemals das Ansuchen gestellt, auf Dr. Jsenbiel einzuwirken, sie würde auch nicht gewagt haben, ihr Geld anzubieten.

Zeuge Bankier Fritz Wehrens kann sich absolut nicht erinnern, daß irgendwie Hrn. Platho von ihm Empfehlungen an den Oberstaatsanwalt Dr. Wahler und den Oberstaatsanwalt Dr. Jsenbiel erbeten habe.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Roman bekennt auf Befragen des Vorsitzenden, daß es selbstverständlich ein ganz blödsinniges und wahnwitziges Hirngespinnst sei, wenn irgend jemand behaupte, daß er seine Berufung in das Kriegsministerium Herrn Sternberg zu verdanken habe.

Der folgende Zeuge, Rechtsanwalt Dr. Werthauer, erklärt, daß ihm der Besuch des Angeklagten Arndt vollständig aus seinem Gedächtnisse verschwunden war und erst durch den Artikel in der „Staatsbürger-Zeitung“ wieder in seiner Erinnerung wachgerufen worden sei. Wenn der Angeklagte Arndt behaupte, er habe ihm gesagt, Arndt solle doch für eine Befreiung des Staatsanwalts Roman sorgen, wenn er sich so hoher Beziehungen erühre, so müsse er erklären, daß dies entweder eine bössartige Verleumdung seiner Person, oder auf einen mangelhaften Intellekt des Arndt zurückzuführen sei. Eine derartige Redensart könne er garnicht gelten lassen.

Es wird darauf der Redakteur Wegler vom „Vorwärts“ vernommen. Er bekennt, daß Arndt ihm eines Tags in der Redaktion einen Besuch abgestattet und ihm die Mitteilungen mündlich gemacht habe, die gleichzeitig den Inhalt eines von Arndt verfaßten Manuskripts bildeten. Der Zeuge habe das Schriftstück mit nach Hause genommen und dort gelesen. Als der Angeklagte am folgenden Tage wieder erschienen sei, habe ihm der Zeuge das Schriftstück mit dem Rote zurückgegeben, er möge es dem Vorsitzenden des Sternberg-Prozesses, Landgerichtsdirektor Müller zur Verfügung stellen.

Der

Staatsanwalt

beantragt gegen die Angeklagte Platho vier Monate Gefängnis, gegen Arndt wegen des anonymen Briefs an Herrn v. Tressdow vier Monate, wegen des Briefs an Dr. Roman fünf Monate, wegen des veröffentlichten Artikels acht Monate und eine Gefängnisstrafe von einem Jahr Gefängnis. Sollte der Gerichtshof wider Erwarten nur § 186 annehmen, so beantrage er gegen Arndt neun Monate Gefängnis.

Die Verteidiger plädieren auf Freisprechung der Angeklagten.

Nach kurzer Veratung fällt der

Gerichtshof

folgendes Erkenntnis: In Bezug auf die Angeklagte Platho sei festgestellt, daß sie wußte, daß die ihr benachbart wohnende Frau von Gräfe mit dem Oberstaatsanwalt Dr. Jsenbiel bekannt sei; gegen sie spreche auch der Brief, den sie an Arndt geschrieben. Hier handele es sich aber um die Behauptung, daß Dr. Jsenbiel nach Leipzig gefahren sei und die Reichsgerichtskate beeinflusst habe. In dieser Beziehung werde sie nur durch Arndt belastet und der Gerichtshof habe es vorgezogen, sie freizusprechen, weil ihre Schuld nicht klar erwiesen sei. Gegen Arndt habe der Gerichtshof auf eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten Gefängnis erkannt. Wenn die Behauptungen auch außerordentlich fragwürdig und ihr nicht gewesen, so habe der Gerichtshof doch nicht angenommen, daß sie wider besseres Wissen aufgestellt worden und nur § 186 in Anwendung gebracht. Des Schutzes des § 186 sehe dem Angeklagten nicht zur Seite. Bei der Abmessung der Strafe habe der Gerichtshof erwogen, daß der Angeklagte aus den schäblichsten Motiven gehandelt habe. Mit dem Gold habe er angefangen und mit der Rache habe er aufgehört.

Lokales.

Der alte Goldheim von der hiesigen „Volks-Zeitung“

ist wie dies Blatt mittelalt, gestern im Alter von 76 Jahren gestorben. Mit Goldheim ist einer der lautersten und opfermütigsten Charaktere aus der bürgerlichen Journalistik dahingegangen. Zwei- und fünfzig Jahre hat der tapfere Kämpfer dem Blatte angehört, in dessen Redaktion er seit der Gründung am 1. April 1849 thätig war. Als Dreißigjähriger sah ihn die März-Bewegung auf den Barricaden Berlins; er gehörte zu denen, die am 19. März als Gefangene nach Spandau geführt wurden. Aber auch als Redakteur hat Goldheim tapfer seinen Mann gestanden; mehr als fünfzigmal hatte er vor Gericht zu erscheinen und etwa fünf- und zwanzigmal ist er zu Freiheitsstrafen verurteilt worden. Das sind Vorbeeren, deren heutigen Tags, von ganz seltenen Ausnahmen abgesehen, sich nur noch Socialdemokraten rühmen können. Am 1. April 1899 feierte Goldheim unter vielen und wohlverdienten Ehrungen sein fünfzigjähriges Arbeitsjubiläum in der „Volks-Zeitung“. Nun ist er dahingegangen, ein wackerer Mann, ein tapferer Verfechter des demokratischen Gedankens. Sein Andenken wird auch von uns in Ehren gehalten werden.

Hohenzollern-Festspiele für Arbeiter.

Unter Patrioten ist es eine ausgemachte Sache, daß der Umsturz auch in solchen Kreisen seine stützen Anhänger und Förderer hat, die durch ihre Stellung an sich vor allen Staatsfeindlichen Tendenzen immunisiert sein sollten. Fast muß man an die Nichtigkeit dieses Verdachts glauben, wenn man von der neuesten Verlesung des Patriotismus vernimmt. Wird da im Neuen Königl. Opern-Theater von Dilettanten ein Hohenzollern-Festspiel gegeben, das in der gutgesinnten Presse mit Bedauern als gehaltlos und des erhebenden Moments der Zweijahrsfeier, mit dem Freuen am 18. Januar bedacht wird, recht wenig würdig bezeichnet worden ist. Bombastische, ordensspielende Gelegenheitsarbeit, die mit den Zwecken des Theaters nichts gemein hat und ganz danach angethan ist, selbst aufrichtigen Patrioten melancholisch zu stimmen.

Nun scheint es, daß, was ja zu begreifen ist, der Besuch dieses seit acht Tagen wiederholten Festspiels zu wünschen übrig läßt, und da ist nun die Zeitung auf den unheilvollen Gedanken gekommen, das Berliner Unternehmertum mobil zu machen. Nicht daß dieses selber das Opfer auf sich nehmen sollte, sich ein paar Stunden im Parkett zu möpeln. Bewahre. Wohl aber haben die Festspiel-Förderer von „Arbeitgebern“ gehört, die ihre wirkliche oder eingebildete Macht dazu benutzen, an die für sie Mehrwert schaffenden Arbeiter die Pastor Hülsele Verlesungslektüre und ähnliches Zeug zu verteilen. Da ging nun von einem Ehrenkomitee der hiesigen Arbeitgeberchaft gestern folgendes Schreiben aus: „Ev. Hochwohlgeborenen teilen wir im Namen unseres Ehrenkomitees mit, daß eine Verfügung ergangen ist, Arbeiter und Angestellten größerer Betriebe Preisermäßigungen auf allen Plätzen unter drei Mark zu gewähren. Wir bitten, davon Gebrauch zu machen und im Interesse der Sache Ihrer Einflusssphäre unsere Veranstaltung zu erschließen.“

Die Preise für die minderwertigen Plätze sind dem auch recht niedrig bemessen; sie gehen von einer Mark bis zu 25 Pf. herunter. Trotzdem glauben wir, daß sogar solche Unternehmer, die es sich sonst nicht verheßen können, ihre Arbeiter zu benachteiligen, das Angebot als unprofitabel zurückweisen. Der Patriotismus, worunter natürlich die Anpreisung der heute noch bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zu verstehen ist, ist ein schönes Ding, wo Hochachtung und Arbeiterehrerbildung unter seiner Firma besorgt werden. Was nützt aber der Patriotismus, der die Arbeiter drei Stunden lang zum Langweilen verdammt und sie dadurch am Ende gar auf profane Gedanken bringt?

Den schick ich einfach tot! In der dritten Vorklassse eines Gymnasiums müssen die 6 und 7jährigen Waben zum 18. Januar folgendes Gedicht auswendig lernen:

Der kleine Patriot.

In jeder Hütte, jedem Haus
Sah hängen ich ein Bild,
Es sah so gut und freundlich aus,
So lächeln und doch so mild.
Ich hab' die Leute nicht gefragt,
Hieß keinen erst herein.
Mir hat das Herz es gleich gesagt:
Das muß der Kaiser sein!
Denn ich, bin ich auch jung und klein,
Hab' doch den Kaiser lieb,
Und wenn ich erst Soldat werd' sein,
Dann läß' ich auch und Sieb;
Und wer dem Kaiser etwas thut,
Den spick' ich einfach tot.
Wis dahin nim' ich Gott in Hut
Denn hat es keine Rot.

Zu gleicher Zeit lernten die Jungen in der Religionsstunde das fünfte Gebot: „Du sollst nicht töten.“ Man kann Mitleid mit den Eltern haben, die es dulden müssen, daß die unreifen Köpfe der armen Kinder mit solchen patriotischen Anschauungen und unlösbaren Widersprüchen angefüllt werden.

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat die von den beiden städtischen Körperschaften beschlossene Festsetzung eines Gehalts von 12 000 M. für die vom 1. Januar ds. Js. ab vakante Stadt-Schulratsstelle genehmigt. Für diese vom Magistrat ausgeschriebene Stelle haben sich 20 Bewerber gemeldet. Aber von diesen die besten Aussichten hat, läßt sich heute noch gar nicht vorhersehen. Für die später zum 1. April d. J. frei werdende Stadt-Schulratsstelle soll, einer offiziellen Meldung zufolge, der Direktor Stadt. Verfenberg die besten Aussichten haben, gewählt zu werden.

Eine neue Geschäftsanteilsweisung für die Direktion der städtischen Gaswerke, durch die der Verwaltungs-Direktor nach der technischen Seite hin entlastet werden soll, ist jetzt ausgearbeitet, vom Magistrat genehmigt und wird den Stadtverordneten zur Annahme überreicht und empfohlen werden.

Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten-Versammlung um ihre Zustimmung, daß das Unternehmen der Bespannung, Bedienung und Unterhaltung der städtischen Nähmaschinen an die Unternehmer A. Wehne und Gebr. Krause für die Zeit vom 1. April 1901 bis 31. März 1904 gegen eine Entschädigung von 745 M. für je eine Maschine und Log vergeben wird. Bisher war dem Unternehmer A. Wehne, Schulstraße, das Unternehmen übertragen worden, der mit den Gebr. Krause, Kottbusser Damm 88, zu den Mindestfordernden gehörte.

Der Ausschuss zur Vorberatung einer Vorlage über die Errichtung eines städtischen Amtes zur Untersuchung von Nahrungs- und Genussmitteln sowie Gebrauchsgegenständen hat beschlossen, die vom Magistrat vorgelegte Bau-Plätze den Stadtverordneten nicht zu empfehlen und somit folgenden Beschluß zu fassen: Die Verammlung erklärt sich damit einverstanden, daß das zwischen der Fischerstraße, am Mühlendamm und der Fischerbrücke belegene Grundstück neben der Feuerwache zur Errichtung eines städtischen Amtes für die Untersuchung von Nahrungs- und Genussmitteln sowie Gebrauchsgegenständen verwendet werde.

Als Zeitpunkt für die Uebernahme des Kaiser und Kaiserin Friedrich-Krankenhauses in städtische Verwaltung war

Vermischtes.

Zur Ermordung Winters. Der Sonntag brachte wieder ein Ereignis, das den durch die letzten Tage ohnehin schon stark erregten Bewohnern neuen Stoff zu Debatten, Kombinationen und Vermutungen gegen die Mordgesellen oder ihre Helfer lieferte.
Man hat am Vormittag nämlich im Logengarten das Beinleid des unglücklichen Winters aufgefunden. Der Kommissar Kuntze teilte hierüber folgendes mit: Diebstahl also hat der Verleugerte des so lange aufbewahrten Kleidungsstücks ganz nahe dem Centrum der Stadt, unweit dem Rönchsee, wahrscheinlich begünstigt von dem Dunkel und Nebel der letzten Nacht, ungeführt das Beinleid des Ermordeten über einen Haufen geworfen und zwar wieder an einem Ort, von dem er wusste, daß er öfters abpatrouilliert werde, so daß das Kleidungsstück bald gefunden werden mußte.
Herr Kriminalkommissar v. Kracht aus Berlin, der seit einigen Tagen in Königs. fuhrt, wie man sieht, noch ein weites Feld für erprießliche Thätigkeit.

Schiffunglück. Eine Lloyd-Meldung besagt: Der deutsche Dampfer "Limanda", von Hamburg nach Antwerpen unterwegs, ist bei Bremerhaven (Holland) gestrandet.

Durch falschen Feuerlärm im jüdischen Theater zu Chicago in der Turnhalle entstand am Samstagabend eine Panik. Die Zuschauer, etwa 800 an der Zahl, drängten dem Ausgange zu; drei Frauen, drei Mädchen und ein Knabe wurden getötet und 22 Personen verwundet.

In einem Abteil erster Klasse des Gotthard-Schnellzugs fand man Sonntag früh zwei Leichen, die gerichtlich agnosziert wurden als Oskar Dreher, Kaufmann, geb. 1870, aus Konstanz und Margarete Günther, geb. 1883, aus Halle a. d. Saale. Der Tod war durch Revolvergeschosse herbeigeführt. Es handelt sich um ein Liebesdrama. Nach letztwilliger Bestimmung soll die Beerdigung in Olen stattfinden.

Unersättliche Schneestürme wütheten dauernd in der Krime, im Kaukasus und Südwesten Russlands. Der Eisenbahnverkehr erleidet große Störungen. In den besartabischen und taurischen Steppen sind ganze Dörfer vom Schnee verweht. Viele Menschen werden vermisst. Es werden täglich zahlreiche Erfrorene aufgefunden. In Laurien sind 100 000 Schafe vom Schneetreiben überfahren und umgelommen; über die Säcker fehlt noch jede Nachricht. Das von der Regierung abkommandierte Militär vermag nur wenig zu helfen, da die freigelegten Wege sofort wieder zugeweiht werden.

Aus Konstantinopel, 13. Januar, wird gemeldet: An Bord des von Alexandria nach Beirut zurückgeführten französischen Schiffs "Sénégal" wurde ein pestverdächtig erkrankter Passagier konstatiert. Die Provencen aus Alexandria und Port Said wurden einer ärztlichen Untersuchung unterworfen. Das Gepäck der Passagiere sowie der Schiffbesatzung wurde desinfiziert.

Briefkasten der Redaktion.

C. N. Sie leben auch jetzt außerhalb Gütergemeinschaft. - 3. 3805.
Ueber die Verfolgung im öffentlichen Interesse wird nach Stellung des Strafantrags schonend durch den Staatsanwalt entschieden. Wenn die Staatsanwaltschaft die Verfolgung ab, so können Sie den Weg der Privatklage beschreiten. - Nachd. Schriftliche Antwort erteilen wir nicht. Der Erhebung der Privatklage müßte ein Schiedsgericht bei dem Schiedsmann vorausgehen, in dem die zu Verfolgende wohnt. - Marx. Es ist möglich, daß die betreffende Idee geschieht ist. Kaufamt darüber, ob dies der Fall ist, können Sie im Patentamt (Warenprobe) erhalten. - H. 2. 1. Mit Ablauf des 31. Dezember 1901, falls nicht inzwischen eine Unterbrechung der Verjährung eintritt, verjährt die Forderung für einen im Jahre 1899 geleisteten Ankauf, sowie eine solche im Jahre 1898 durch Verjährung aber noch anerkannte Forderung. 2. Die Frau haftet nicht für die Schulden ihres Mannes.

vom Magistrat nach vorhergegangenen kommissarischen Verhandlungen über die Uebergangsbewilligungen der 1. April 1902 in Aussicht genommen worden. Inzwischen ist durch ein Schreiben des Anstaltsvorstands dem Magistrat die Mitteilung zugegangen, daß die verfügbaren Mittel nicht ausreichen, um die Erhaltung der Kranken in dem Verhältnis zu dem gegenwärtigen Bedarfs und die Verwaltung des Krankenhauses über den laufenden Monat hinaus fortzuführen. Der Magistrat schlägt deshalb den Stadtvorordneten vor: 1. für das laufende Etatsjahr einen weiteren städtischen Zuschuß von 30 000 M. und 2. für das nächste Jahr statt des bisherigen Zuschusses von 50 000 M. einen Zuschuß von 100 000 M. zu gewähren und vom 1. April 1902 ab das Kinder-Krankenhaus in städtische Verwaltung zu übernehmen.

Seinen Verletzungen erlegen ist der 12 Jahre alte Schüler Erich Fiedler aus Neuenhagen, der vor einigen Tagen von einem elektrischen Straßenbahnwagen überfahren wurde, als er auf einem Gange, den er schon öfter allein gemacht hatte, durch die Stallgerstraße kam.

Aus den Nachbarorten.

Lichtenberg. Die am Donnerstag stattfindende Gemeindevertreter-Sitzung wird sich mit der Errichtung neuer Lehrstellen an der katholischen wie an der evangelischen Gemeindegemeinschaft, sowie der Errichtung eines neuen Schulhauses zu beschaffen haben. Hier wie in allen Orten fliegende Klassen, lebende Lehrkräfte, hohe Frequenz (75-80 Schüler) und - angeblich keine Mittel, dafür 50 000 M. Liebesgabe an die Herren Hausbesitzer in Form eines Gemeindebeitrags zur Kanalisation.

Die Wählerlisten zu den Gemeindevertreter-Wahlen liegen nur noch bis Sonnabend, den 19. d. M., im Zimmer 20 des hiesigen Rathauses in der Zeit von 8-8 Uhr zur Einsichtnahme aus. Einsprüche gegen diese müssen bis dahin erfolgt sein.

Wenn keine andre Gelegenheit gegeben ist, kann die Listen im Bureau des sozialdemokratischen Wahlkomitees, Frankfurter Allee 181 bei Gruner einsehen.

Wer nicht in der Wählerliste steht, kann an der am Ende dieses Monats stattfindenden Neuwahl der Gemeindevertretung nicht teilnehmen.

Neu-Weißensee. Ein großes Schadenfeuer entstand in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag in einem im Hause Königs-Chaussee und Pfaffenstraße-Ecke befindlichen Wäschergeschäfts-Gebäude. Die hiesige freiwillige Feuerwehr war nicht in der Lage, das Feuer Herr zu werden; die Schlauchleitungen waren nicht in Ordnung. Wasser kam sehr wenig an den Brandherd, sondern lief vielmehr stromweide die Treppen hinunter. Wäre dies nicht der Fall gewesen, hätte das Feuer eine solche Ausdehnung nicht angenommen. Erst der zur Hilfe herbeigeholten Berliner Feuerwehrt war es möglich, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Der angerichtete Schaden ist sehr erheblich, ob dieser von der Versicherung, soweit das vollständig ausgebrannte Garderobengeschäft in Frage kommt, gedeckt werden wird, erscheint sehr fraglich, da die letzte Prämienquittung nicht eingelöst wurde.

Die so oft schon geforderte Errichtung einer Berufsfeuerwehr hat sich bei dieser Gelegenheit als unbedingt notwendig erwiesen. Es kann schließlich von jemand, der am Tage wie jeder andre oft schwer arbeiten muß, nicht solche Elastizität des Körpers und Geistes als vorhanden angenommen werden, die ein solch schwerer Beruf erfordert. Die Nothwendigkeit der Gemeindevertretung ist verantwortlich zu machen für den Schaden, der den einzelnen Gemeindegliedern aus der Ablehnung des Antrags auf Errichtung einer Berufsfeuerwehr erwachsen ist und noch erwächst.

Einen wüsten Kampf gab es in der Nacht zum Sonntag in Charlottenburg zwischen dem Athletenklub "Vorussia" und dem Ban- und Erbarbeiter-Verein. Dieser feierte einen Maskenball in der Gambrius-Brauerei in der Wallstr. 9, jener in Schweigers Salon in der Rosinenstr. 3. Unter Mitgliedern beider Vereinigungen

haben schon öfter Reibereien stattgefunden. Als ein Schläger ist namentlich der Vorstehende Oskar Schulz vom Athletenklub bekannt. Er hat schon mehrfach mit dem Gericht zu thun gehabt und sollte heute eine viermonatige Gefängnisstrafe antreten. Schulz ging nun um 2 Uhr nachts mit einem als Schutzmann maskierten Klubgenossen zu den Ban- und Erbarbeitern hinüber. Diese wußten, daß beide nicht mit freundschaftlichen Absichten kamen, und empfingen sie dementsprechend. Die beiden hinausgeworfenen Athleten alarmierten nun ihre Klubgenossen, und es wurde ein regelrechter Sturmangriff auf das Lokal der Segner unternommen. Die Athleten eröffneten den Kampf mit einem Bombardement von Steinwürfen, die sie in großen Haufen auf dem Hofe der Brauerei fanden, mühten sich aber schließlich vor der Uebermacht auf die Straße zurückziehen. Hier zerschmetterten sie noch das Brauereischild, das etwa 400 M. wert war. Ein Schutzmann, der auf den Lärm kam, wurde sofort tödlich angegriffen. Durch die Notpeife bekam er von zwei Kameraden Hilfe. Mit der blauen Waffe machten die drei Beamten dem Kampfe um 4 Uhr ein Ende. Beträumerte Stühle u. d. bedeckten hundert Schritte weit den Damm der Wallstraße. Festgenommen wurden Schulz und einige Klubgenossen. Bedeutende Verletzungen fanden auf beiden Seiten statt. Vom Ban- und Erbarbeiter-Verein meldeten sich gleich sechs Verwundete, um gegen die Angreifer Strafantrag zu stellen.

Ein gräßliches Brandunglück hat sich am Sonntagmittag in Potsdam zugetragen. Dort wohnt im Hause Neue Königsstraße 94 in der dritten Etage der seit 1 1/2 Jahren angestellte Schuhmann Dürhard, dessen Ehefrau, mit welcher er erst seit Jahresfrist verheiratet ist, gegen Mittag für ihr 1/4 Jahre altes Kind eine Flasche mit Milch zurecht machen wollte, während der Mann sich im Dienst befand. Frau Dürhard hielt gerade eine Flasche mit Spiritus in der Hand, als sie gewahrt wurde, daß der in dem Bratofen der Kochmaschine brodelnde Gänsebraten anbrennen wollte. Eiligst sprang sie zu und legte dabei unbedacht die Flasche mit Spiritus auf die heiße Platte der Kochmaschine. Während sie nun in gebückter Stellung mit dem Braten beschäftigt war, explodierte die Flasche mit Spiritus und ihr brennender Inhalt ergoß sich über Frau Dürhard und in die Küche. Im Umhertrennen standen die Kleider der Frau in Flammen, so daß sie förmlich in ein Flammenmeer eingehüllt war. Sie rief laut um Hilfe, aber ehe ihr dieselbe durch Nachbarn gebracht wurde, hatte sie am ganzen Körper so gräßliche Brandwunden davongetragen, daß sie nach qualvollen Stunden im städtischen Krankenhaus, wohin sie durch die zur Abloschung des Brands herbeigerufenen Feuerwehr gebracht wurde, ihren Geist aufgab.

Ein großes Unglück hat sich beim Schlittschuhlaufen ereignet. Am Sonntag unternahm zwei junge Landschaftsmaler aus Berlin mit einer jungen Dame von Fersch aus eine Schlittschuhpartie über den Schwielowsee. Auf der Rückfahrt gerieten sie in der Nähe von Caputh unter das Eis. Die beiden Herren ertranken, während die Dame gerettet werden konnte und sich zu Caputh in Pflege befindet. Es gelang, eine Leiche zu bergen. Die so jäh ums Leben gekommenen sind die Maler von der Wende, Dessauerstr. 2, und Guido Großberg, Trebbinerstr. 15 wohnhaft.

Witterungsübersicht vom 14. Januar 1901, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Barometer, Wind, Wetter. Rows include: Ostpreußen, Danzig, Berlin, Frankfurt, München, Wien, Caparanda, Petersburg, Kiew, Moskau, Paris.

Thalia-Theater

Dienstag, 15. Januar.
Cervantes. Così fan tutti. (So machen es alle.) Anfang 7 1/2 Uhr.
Schnapshaus. Der neue Herr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Michael Kramer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leising. Nachmann als Erzieher. Anfang 7 1/2 Uhr.
Derliner. Die strengen Herren. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nessens. Frauen von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nenes. Liebesprobe. Hiesig: Die Hand. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wesens. Frau (Margarete). Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Schöne von New York. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionstheater. Der Leibarzt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Freiwild. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Amor von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Obersteiger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weick. Der Brandstifter. Anfang 7 1/2 Uhr.
Eulens. Kurze Vorl. Anfang 8 Uhr.
Welle Alliance. Schuster und Zerst. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitätenvorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Mythe. Spezialitäten-Vorstellung. Das Bösen Erwachen. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panopticum. Spezialitäten. D. Vorstellung. Anfang nachmittags 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Zur Theatercafé) Abends 8 Uhr: Mittelmeerfahrten. Im Hörsaal: Ueberblick über die Geschichte der Erde. Invalldenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte. Nachmittags 8-10 Uhr.

Schiller-Theater

(Waller-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr: Freiwild.
Schauspiel in 3 Akten von Schiller.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Freiwild.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Welt, in der man sich langweilt.
Freitag, abends 8 Uhr: Die Maschinbauer.
Palast-Theater.
früher Foen-Palast, Burgstr. 22.
Das durchweg neue und phänomenale Januar-Programm!
9 Uhr: Neu! 9 Uhr: Eine tolle Nacht!
Voll mit Gesang in 2 Akten von Kuno Blech, Hofmusik: Dir. Rich. Winkler.
Cecil St. Gernals und Mlle. Therese.
Neu! Im Reich der Jüdisen! Neu!
Die 3 Hanions, humorvollerege Groß-Produktionen.
Dazu 12 Schau-Nummern I. Rangs.
Anfang: Sonntag 7 Uhr.
Wochentags 7 1/2 Uhr.
Entree 50 Pf.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Im Theater
Dienstagabend 8 Uhr: Mittelmeerfahrten.
Im Hörsaal: Ueberblick über die Geschichte der Erde.
Invalldenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 8-10 Uhr.

Central-Theater

Abends 7 1/2 Uhr:
Die Schöne von New York.
(The belle of New York.)
Bühnen-Operette in 3 Akten v. Benno Jacobson. Musik von Julius Reuter.
Morgen und folgende Tage:
Die Schöne von New York.
Sonntagabend, 8 Uhr zu halb. Breiten:
Die Geisha. - Abends 7 1/2 Uhr:
Die Schöne von New York.

Reichshallen

Stettiner Sänger.
Zum Schluss:
Weihnachten in China.
Anfang 8 Uhr.
Vorher:
Militär-Konzert.
Theater Grand-Hotel
Alexander-Platz.
Budapester Vokal- und Operetten-Ensemble.
Folies Caprice.
Joel Gelger. Lebensbild.
Ein Don Juan in tausend Aengsten. Pöffe.
Pinkas & Comp. Burleske.
Anf. 7 1/2 Uhr. Entree 60 Pf. inkl. Gard.

Cirkus Busch

Dienstag, den 15. Januar 1901.
abends 7 1/2 Uhr:
Elite-Gala-Abend.
Zum 48. Male:
Die eiserne Maske.
Dr. historisches Manège-Schauspiel in 4 Akten und 3 Hauptbildern.
Original-Pantomime des Cirkus Busch. - Besonders hervorzuheben:
Eine veritable Falkenjagd und
Der feuchste Goldast mit der Wunderfontaine.
Vorher: Großes amerikan. Konfusions-Springen zwisch. den besten Springern mit Saltomortale und Doppel-Saltomortale über 10 Werde u. 20 Sekunden.
Sonntag, 20. Januar, nachmittags 4 Uhr:
„Berliner Landpartien“,
wobei jeder Erwachsene auf allen Sitzplätzen 1 Kind frei hat; weitere Kinder die Hälfte.

Thalia-Theater

Dienstag, 15. Januar.
Cervantes. Così fan tutti. (So machen es alle.) Anfang 7 1/2 Uhr.
Schnapshaus. Der neue Herr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Michael Kramer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leising. Nachmann als Erzieher. Anfang 7 1/2 Uhr.
Derliner. Die strengen Herren. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nessens. Frauen von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nenes. Liebesprobe. Hiesig: Die Hand. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wesens. Frau (Margarete). Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Schöne von New York. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionstheater. Der Leibarzt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Freiwild. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Amor von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Obersteiger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weick. Der Brandstifter. Anfang 7 1/2 Uhr.
Eulens. Kurze Vorl. Anfang 8 Uhr.
Welle Alliance. Schuster und Zerst. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitätenvorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Mythe. Spezialitäten-Vorstellung. Das Bösen Erwachen. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panopticum. Spezialitäten. D. Vorstellung. Anfang nachmittags 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Zur Theatercafé) Abends 8 Uhr: Mittelmeerfahrten. Im Hörsaal: Ueberblick über die Geschichte der Erde. Invalldenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte. Nachmittags 8-10 Uhr.

Palast-Theater

früher Foen-Palast, Burgstr. 22.
Das durchweg neue und phänomenale Januar-Programm!
9 Uhr: Neu! 9 Uhr: Eine tolle Nacht!
Voll mit Gesang in 2 Akten von Kuno Blech, Hofmusik: Dir. Rich. Winkler.
Cecil St. Gernals und Mlle. Therese.
Neu! Im Reich der Jüdisen! Neu!
Die 3 Hanions, humorvollerege Groß-Produktionen.
Dazu 12 Schau-Nummern I. Rangs.
Anfang: Sonntag 7 Uhr.
Wochentags 7 1/2 Uhr.
Entree 50 Pf.

Apollo-Theater

Phänomenaler Erfolg:
Valentine Petit
Helene Gérard • Rachettas
Minstreels parisiens
Salambos • Miss Zelia
Quartett Légay • Rob. Steidl
Messieurs Kosmograph: Chinabilder.
Des Löwen Erwachen.
Kom. Operette in 1 Akt v. J. Brandt.
Anfang 8 Uhr.

Passage-Panopticum

Die zusammengewachsenen Zwillinge.
Die 12 unverbrennb. Fakire
Eintritt einschließl. Theater 50 Pf.

Metropol-Theater

Behrenstr. 55/57.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Eine tolle Nacht.
Berliner Kasinostück.
Das sensat. Debut der American Zouaven
und das vollständig neue
Januar-Spezialitäten-Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Der „Tollen Nacht“ 1/2 Uhr.
Rauchen in allen Räumen gestattet.
Sonntag, 19. Januar:
Zweiter grosser Metropol-Theater-Ball.

W. Noacks Theater

Krausenstraße 19.
König Allgold
oder: Drei Thronen.
Original-Schauspiel in 4 Aufzügen von Adm. Kuchel. Musik von Dr. Schmidt.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
Mittwoch:
Die Grille.

Thalia-Theater

Dienstag, 15. Januar.
Cervantes. Così fan tutti. (So machen es alle.) Anfang 7 1/2 Uhr.
Schnapshaus. Der neue Herr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Michael Kramer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leising. Nachmann als Erzieher. Anfang 7 1/2 Uhr.
Derliner. Die strengen Herren. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nessens. Frauen von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nenes. Liebesprobe. Hiesig: Die Hand. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wesens. Frau (Margarete). Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Schöne von New York. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionstheater. Der Leibarzt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Freiwild. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Amor von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Obersteiger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weick. Der Brandstifter. Anfang 7 1/2 Uhr.
Eulens. Kurze Vorl. Anfang 8 Uhr.
Welle Alliance. Schuster und Zerst. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitätenvorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Mythe. Spezialitäten-Vorstellung. Das Bösen Erwachen. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panopticum. Spezialitäten. D. Vorstellung. Anfang nachmittags 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Zur Theatercafé) Abends 8 Uhr: Mittelmeerfahrten. Im Hörsaal: Ueberblick über die Geschichte der Erde. Invalldenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte. Nachmittags 8-10 Uhr.

Passage-Theater

Unter den Linden 22.
D-Vorstellung
v. 3 Uhr nachm. b. 11 Uhr nachts.
The two Cirnoos
Die Ueberwinder Houdinis.
Ravizetta d'Aragon
Der Herr von Maxim
17 erstklassige
17 Spezialitäten
Eintritt einschließl. Panopticum 50 Pf.

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke.
Täglich
4 ausländische
4 Kapellen
Gr. Theater-Vorstellung.
Sanssouci
Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns Nordl. Sänger.
Nach jeder Soutte:
Tanzkränzchen.
Lustige Bagabonden.
Zähne 2 Mark.
10 Jahre Garantie.
Teilzahlung Woche 1 M.
Vollkomm. schmerzlos Zahnziehen 1 Mk.
Blumberg, Gieselerstr. 33.
a. Oranienb. Thor. Spr. 8-7, Sptg. 8-1.

Wedding-Park

Haller-Strasse 178.
Jeden Dienstag
Jeden Donnerstag
Norddeutsche Sänger.
Biegler, Wolff, Hohenberg etc.
Nachher: Tanz. W. Trapp.
Künstl. Zähne 2 Mark
bekannt vorzähl.
Plombieren, Schmerzloses Zahnziehen,
Reparaturen in 2 Stunden. Spr. 8-8.

Cirkus Schumann

Heute Dienstag, den 15. Januar 1901, abends prächtige 7 1/2 Uhr:
116. Aufführung! Ein Beweis des kolossalsten Erfolgs!
Größter und sensationellster Schlager der Saison!
Darstellendes Personal 600 Personen. - Der Krieg in Ost-Asien. - Im Zeichen des Drachen. - Die Wägen in Klausur. - Der Aufstieg der Boyer. - Krieg. - Die Verbündeten vor Taku. - Pekin.
Vorher ganz exquisit Programm, u. a.:
Rein! Familie Nagel.
Rein! W. Lino.
Rein! W. Marguerite.
Die neuesten Original-dressuren des Dir. H. Schumann.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
Mittwoch 7 Uhr.
Sonntag 5 Uhr.
Spezialitäten. J. M. Hilt.
Jeden Sonntagabend nach der Vorstellung:
Tanz ohne Nachzahlung
10 Jahre Garantie.
Vollkommen schmerzlos, Zahnziehen
1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentlich
1 M. Alfred Apenburg. Invalldenstrasse 33.
Nähe Stettiner Bahn. Spr. 9-7.
Reparat. sofort.